

Jakov Drabkin

# Die Idee der Weltrevolution und ihre Transformation in der Kominterngeschichte

## Vorbemerkung

Die „Weltrevolution“ gehört in unseren Tagen zu den am meisten mythologisierten und mystifizierten Begriffen. Sie wird öfters nicht nur als Illusion oder Utopie traktiert, sondern als ein Symbol des Strebens der Kommunisten zur Weltmacht durch Krieg und Aggression verwendet, das mit dem Drang der deutschen Faschisten zur „Weltherrschaft der höheren Rasse“ verwandt sei.

Einerseits hört man Stimmen, dass die Bolschewiki das leichtgläubige russische Volk wie „Reisigbündel ins Feuer der Weltrevolution“ geworfen hätten; zum anderen existiert eine quasiwissenschaftliche Version, laut derer Lenin erst „Russland dem deutschen Generalstab verkauft“, dann aber die deutsche Revolution sabotiert und dadurch die Weltrevolution „verraten“ habe<sup>1</sup>.

Schon deshalb erscheint es wichtig, die primitivsten Vorstellungen vom „Urkommunismus“, d. h. die utopistischen Dichtungen der Phalanstère-Kolonien, italienischen Carbonari oder Pariser Kommunarden, wie auch die illusionären Visionen der im Gleichschritt marschierenden proletarischen Bataillone, von den wirklichen Versuchen, den Ersten Weltkrieg durch eine sozialistische Weltrevolution zu stoppen und in einen internationalen Bürgerkrieg gegen den für den Krieg verantwortlichen Kapitalismus umzuwenden, zu unterscheiden. Zu diesem Zweck wurde nun die Komintern berufen.

Bekanntlich wurde das 20. Jahrhundert mehrmals und aus verschiedenen Sichtweisen heraus als eine „*Epoche der Weltkriege und der Revolutionen*“ bezeichnet. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland erschien vielen als ein entscheidender positiver Wendepunkt zur Befreiung der Völker vom Joch der Kriegstreiber und Ausbeuter. Andererseits gab und gibt es Meinungen, die alle Schuld an dem Unheil der Nachkriegszeit den Revolutionären aufzubürden versuchen. Da wichtige Urkunden und Dokumente zur Geschichte dieser Zeit lange streng geheim, den Historikern unzugänglich archiviert blieben, wurden manche Ereignisse, Prozesse, Organisationen und Personen politisch sowie ideologisch auch einmal einseitig bewertet oder falsch gedeutet.

Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, schon nach dem Fall der kommunistischen Regime in Europa, haben das Kominternarchiv in Moskau und die meisten

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Aussagen des Schriftstellers Vadim Košinov und die Einschätzungen im Buch des Historikers Jurij Fel'stinskij: *Krušenje mirovoj revoljuci. Očerk pervyj. Brestskij mir. Oktjabr 1917–nojabr 1918*. London: Overseas publications interchange 1991.

Staatsarchive viele ihrer Bestände den russischen und auswärtigen Forschern zur Einsicht freigegeben. Bald darauf wurden auch mehrere Bände mit Materialien der Komintern, die ihre 25-jährige Existenz dokumentieren, veröffentlicht.<sup>2</sup> Daraufhin folgten Publikationen der Dokumente allerhöchster Behörden des Sowjetlandes, die es dem russisch lesenden Publikum ermöglichten, neue Kenntnisse und Erkenntnisse über die stürmischen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg in aller Welt zu erwerben.<sup>3</sup> Allmählich kamen dann neue Analysen und auch Übersetzungen in andere Sprachen hinzu.<sup>4</sup> Eine Neubewertung vieler Komplexe wurde möglich.

Im März 1999, genau am 80. Jahrestag der Gründung der Komintern, beschloss die damals gerade gegründete „Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen“, um zunächst die Sprachbarriere zu überwinden, einen Sammelband *„Die Komintern und Deutschland“* in deutscher Sprache in der BRD herauszugeben. Die Vorarbeiten jedoch – die Erschließung weiterer Dokumente, ihre Übersetzung und Kommentierung – erforderten viel mehr Zeit und Mühe als vorgesehen war. Nun liegt der strukturierte, umfangreich gewordene Band in deutscher Sprache vor. Die Einleitungen sollen dem Leser dabei helfen, sein eigenes Verständnis der reichen Dokumentation, namentlich über Ideologie und Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu erarbeiten, und dazu noch einen wissenschaftlich begründeten komparativen Zugang zu unterschiedlichen Auffassungen über die Vergangenheit und die Gegenwart zu erlangen.

---

2 Diese Einleitung stützt sich auf meinen Artikel: *The Idea of World Revolution and its Transformations*. In: *Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents*. Hrsg. v. Mikhail Narinsky u. Jürgen Rojahn. Amsterdam: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam; Fondazione Feltrinelli, Milano; Université Libre de Bruxelles 1996. S. 46–54; Ders.: *Komintern i Germanija v svete novych archivnyh dokumentov*. In: *Germanija i Rossija. Sobytiya, obrazy, ljudi*, Voronež, Voronežskij Gosudarstvennyj Universitet 2000. Vol. III. S. 66–71. Darüber hinaus auch die Vorworte und Einleitungen zu den Bänden: Natalia Lebedeva u. Michail Narinskij (Hrsg.): *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*. 2 vols. Moskva: Pamiatniki Istoričeskoj Mysli 1994–1998; Jakov Drabkin, Leonid Babičenko, Kirill Širinja [u. a.] (Hrsg.): *Komintern i ideja mirovoj revoljucii*. Dokumenty. Moskva: Nauka 1998; Vadim Dam'e, Nelli Komolova, Marianna Korvotčagina, Kirill Širinja (Hrsg.): *Komintern protiv fašizma*. Moskva: Nauka 1999; Aleksandr O. Čubar'jan [u. a.]: *Istorija Kommunističeskogo Internacionala. 1919–1943*. Dokumental'nye očerki. Moskva: Nauka 2002 (Rossijskaja Akademiya Nauk, Institut vseobšej istorii).

3 Grant M. Adibekov, Eleonora N. Sachnazarova, Kirill K. Širinja: *Organizacionnaja struktura Kominterna. 1919–1943*. Moskva: ROSSPEN 1997, im Folgenden: *Orgstruktura*.

4 Jurij N. Amiantov (Hrsg.): *V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty 1891–1922*. Moskva: ROSSPEN 1999; Grant M. Adibekov e.a. (u. a.): *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) I Evropa. Rešenija „osoboj papki“ 1923–1936*. Moskva: ROSSPEN 2001; Ders.: *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg*. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004; Fridrich Firsov: *Sekretnye kody istorii Kominterna. 1919–1943*. Moskva: AIRO-XXI 2007.

## Zur Idee der „sozialistischen Weltrevolution“

Die Ursprünge der heute gängigen Begriffe „*Revolution*“, „*Sozialismus*“, „*Kommunismus*“, „*Internationale*“ sind in der Menschheitsgeschichte viel tiefer verankert, als der Aufstieg und Fall der drei im 19. und 20. Jahrhundert aktiven Arbeiter-Internationalen. Die Grundbegriffe entstammen der humanistischen Tradition der Aufklärung und den historischen Erfahrungen zahlreicher Volksbewegungen, vor allem der großen bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa und Amerika. Es trifft deshalb nicht zu, dass die Voraussetzung für den internationalen Kommunismus nur der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Sozialdemokratie gewesen seien.

Bereits am Vorabend der europäischen Revolutionen von 1848 wurde in London von den deutschen Emigranten Karl Marx und Friedrich Engels das bald darauf weltberühmt gewordene „*Manifest der Kommunistischen Partei*“ veröffentlicht. Hierin wurden die Kommunisten – im Unterschied zu den verschiedenen sozialistischen Parteien und Strömungen, die den reaktionären (feudalen, kleinbürgerlichen, deutschen oder „wahren“), konservativen oder bourgeoisen, kritisch-utopistischen Sozialismus predigten – als Träger eines wissenschaftlich begründeten Sozialismus/Kommunismus bezeichnet. Ihr Verhältnis zu den bereits vorher entstandenen Arbeiterparteien war auf die Unterstützung jeder revolutionären Bewegung gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Zustände, auf eine Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien, vor allem aber auf die Vereinigung der Proletarier aller Länder gerichtet. Dabei wurde festgehalten, dass eine sozialistische (oder kommunistische), also eine *proletarische* Revolution, anders als die vorherigen *bürgerlichen*, nicht national begrenzt bleiben könne, sondern zu einer *internationalen*, letztendlich allgemeinen *Weltrevolution* werden solle. Diese Idee war von ihrem Ursprung her kein eigenständiges Ziel der Arbeiterbewegung, vielmehr stellte sie anstatt der ungerechten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassenkämpfen ein Mittel zur Schaffung einer noch zu keiner Zeit und nirgendwo existierenden, erst vorausgeahnten Assoziation auf der Erde dar, „*worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*“.<sup>5</sup>

Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Begriffe *Weltpolitik*, *Weltökonomie*, später auch *Weltkrieg* bereits so tief in die wissenschaftlich-politischen Lexika und die Praxis eingedrungen, dass die Bezeichnung *Weltrevolution* als ihre legitime logische Fortsetzung erschien. Eben in diesem Zusammenhang wurden die am Ende des Ersten Weltkrieges Platz greifenden Revolutionen in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn in den Jahren 1917 bis 1919 sowie kleinere revolutionäre Aufbrüche in anderen Ländern von vielen Zeitgenossen (Freunden und Feinden) als eine international bedeutsame europäische Völkererhebung betrachtet. Diese prognostische Vorstellung war allerdings – wie übrigens immer in der Geschichte – nur teilweise richtig.

<sup>5</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies.: Werke. Bd. IV. Berlin (Ost): Dietz 1964. S. 459–493, hier: 482, 493.

Denn der konkrete Werdegang dieser Revolutionen war alles andere als einheitlich und linear. Die Erfahrungen aus der „Epoche der Kriege und Revolutionen“ sind auch heute noch wissenschaftlich nicht vollständig erfasst. Ähnlich den Hoffnungen auf einen allgemeinen *ewigen Frieden* bleibt die Vorstellung eines den Kapitalismus verdrängenden *Sozialismus* – trotz kostspieliger Versuche, diese Ordnungen in der Welt aufzurichten – immer noch ein ersehnter Wunschtraum. Belassen wir jedoch den Zweifelnden ihr Recht auf Kritik und Skepsis, die bisweilen auch zur Negierung des Fortschritts als solchen führt. Versuchen wir lieber den besten Denkern und Kämpfern zu folgen, die sich immer wieder darum bemühten, das Leben auf Erden nicht dem Verfall preiszugeben, sondern es menschenfreundlicher zu gestalten. Man bezeichnet sie häufig insgesamt als „*internationale Sozialisten*“, obwohl es in ihrer Mitte und im breiten Umkreis mannigfaltige Mitdenker und Mitstreiter gab und noch gibt, die sich auf zahlreichen Ebenen auch kritisch mit den Idealen des Sozialismus/Kommunismus auseinandergesetzt haben.

Noch vor der Schwelle zum 20. Jahrhundert entstand in der Arbeiterbewegung Deutschlands und anderer fortgeschrittener Staaten in den Reihen des revolutionär ausgerichteten Marxismus und des Ideenguts der Ersten Internationale und der Pariser Kommune, bald nach der Überwindung des putschistischen Anarchismus, ein gefährlicher Aufbruch des reformistisch orientierten „*Revisionismus*“, der in höhnischer Weise das „sozialistische Endziel“ zurückwies.<sup>6</sup> Er war es, der die Sozialistische (Zweite) Internationale in die sich gegenseitig bekämpfenden Flügel – der „*Reformisten*“ und der „*Revolutionäre*“ – spaltete. Der in diesem Umfeld der russischen Sozialdemokratie 1903 entstandene Bolschewismus verstand sich eigentlich nur als eine russische Weiterentwicklung des internationalen Sozialismus, insbesondere des deutschen oder europäischen revolutionär-marxistischen Kommunismus<sup>7</sup>.

Die positiven wie negativen Erfahrungen der ersten Russischen Revolution von 1905 bis 1907, die sich aufschaukelnde Gefahr eines vom Kapitalismus-Imperialismus-Militarismus ausgebrüteten grossen Krieges drängte die linken Kräfte in der Sozialistischen Internationale zur Sammlung und Gegenwehr. Auf dem Weltkongress in Stuttgart 1907 wurde eine von August Bebel vorgetragene Antikriegsresolution einstimmig angenommen. Allerdings wurde sie durch eine von Rosa Luxemburg, Lenin und Jurij Martov eingebrachte prinzipielle Erklärung ergänzt. Ihren Kern bildete der Gedanke,

---

6 Vgl. dazu Boris N. Ponomarev, T. T. Timofejev, A. I. Sobolev (Hrsg.): Die Internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie in sieben Bänden. Einführung von Akademiemitglied A. N. Ponomarev. 7 vols., Moskau: Progress 1980–1985. Bd. I: Entstehung des Proletariats und sein Werden als Revolutionsklasse; Bd. II: Die Arbeiterbewegung in der Periode des Übergangs zum Imperialismus; Bd. III: Beginn der Revolutionskämpfe des 20. Jahrhunderts.

7 Vgl. W. I. Lenin: Karl Marx. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1960. S. 31–80; Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? [1899]. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. I, 1. Hbd.: 1893 bis 1905. Berlin: Dietz 1972. S. 369–445; Franz Mehring: Die Bolschewiki und wir (Mai/Juni 1918). Marx und die Bolschewiki (1918). In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. XV: Politische Publizistik 1905 bis 1918. Berlin: Dietz 1966. S. 761–780.

dass, wenn es auch bei Anwendung aller Mittel nicht gelingen sollte, den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern, für dessen rasche Beendigung einzutreten sei und die Krise zur Beschleunigung des Sturzes des Kapitalismus als solchem zu nutzen. Obwohl dies vom Baseler Sozialistenkongress 1912 noch bekräftigt wurde,<sup>8</sup> vertiefte sich die nationale, soziale und politische Spaltung der Völker, die sich immer stärker auch auf die Arbeiterschaft auswirkte, ihre antimilitaristische Haltung schwächte und danach fast völlig zersetzte.

Die sicherlich positive Friedensbotschaft reichte weder aus, um 1914 den Beginn des Weltkrieges zu verhindern, noch um das Vertrauen des Volkes in die Parteiführungen der Sozialdemokratie und der rechten Gewerkschaftsführer zu brechen, auch nachdem sie ihre eigenen internationalen Bekenntnisse und Versprechen verworfen und die imperialistischen Regierungen unterstützt hatten.

Nur die russischen Bolschewiki, in Deutschland einige wenige „Aufrechte“ (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und ihre Anhänger),<sup>9</sup> wie auch zerstreute Internationalisten in anderen Ländern, blieben ihren Prinzipien treu. Lenin hatte bereits im November 1914 in der Schweiz das Manifest „Der Krieg und die Russische Sozialdemokratie“ veröffentlicht. Hierin wurde der Zusammenbruch der Zweiten Internationale konstatiert und zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Krieg für Demokratie und Sozialismus, in einen Bürgerkrieg, zum revolutionären Sturz europäischer Monarchien in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn aufgerufen. Auch die Gründung einer neuen, von jeder Versöhnung mit den am Krieg Schuldigen befreiten, wirklich proletarischen Internationale wurde als Perspektive angegeben.<sup>10</sup>

Karl Liebknecht trat am 3. August in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entschieden gegen die Bewilligung der Kriegskredite auf. Am 2. Dezember votierte er als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen diese. Entgegen der parlamentarischen Geschäftsordnung wurde ihm die Möglichkeit verweigert, seine Abstimmung zu begründen. Seine Erklärung zirkulierte nur als Flugblatt von Hand zu Hand, in dem es u. a. hieß: „Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.“<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Igor' M. Krivoguz: Vtoroj internacional. 1889–1914. Moskva: Mysl' 1964.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Jakow Drabkin: Die Aufrechten. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin. Berlin: Dietz 1988; Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie. Berlin: Aufbau-Verlag 1996.

<sup>10</sup> W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1960. S. 11–21, hier: S. 18f.; Boris A. Ajzin [u. a.]: Lenin v bor'be za revoljucionnyj internacional. Moskva: Nauka 1970.

<sup>11</sup> Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg. Material zum „Fall Liebknecht“. In: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VIII: August 1914 bis April 1916. Berlin: Dietz 1966. S. 63f. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknecht/1914/12/reichstag.htm> (1.9.2013). Vgl. Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie. Berlin: Aufbau-Verlag 2007.

In Berlin erschien 1915 ein von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenes Heft der Zeitschrift „Die Internationale“, bald darauf entstand eine entsprechende deutsche Gruppe (später „Spartakus“ genannt). Auf ihrer Konferenz am 1. Januar 1916 im Anwaltsbüro der Liebknechts wurden die *„Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“* angenommen und von den Teilnehmern scherzhaft und zur Tarnung „Tante Rosas Testament“ genannt, die als Anhang zur illegal in der Schweiz erscheinenden „Junius-Broschüre“ von Rosa Luxemburg bald veröffentlicht wurden.<sup>12</sup> In ihnen wurde die *„Lebensnotwendigkeit, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen“* hervorgehoben, welche „die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt“. Die Leitsätze enthielten einen ausgearbeiteten Plan der Anwendung des Erfurter Programms der SPD von 1891 auf die Probleme der Gegenwart. Die Dritte Internationale sollte auf der Grundlage der Solidarität der Proletarier aller Länder, ohne die es keinen Sozialismus geben könnte, aufgebaut werden.

„In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats, – so lautete der Beschluss. – Die Internationale entscheidet über die Taktik der nationalen Sektionen“ im Krieg wie im Frieden. „Die Pflicht der Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran“. Das Hauptaugenmerk der Taktik nationaler Sektionen war somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und entschlossener Initiative zu erziehen und „die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren“.

In den Worten von der neuen Internationale als dem „Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muss“, wie auch in der Feststellung, dass es um eine streng zentralisierte Organisation mit harter Disziplinpflicht ging,<sup>13</sup> war ein deutlicher Nachklang des *„Kommunistischen Manifests“* und bester marxistischen Tradition, keinesfalls jedoch eine Geringschätzung nationaler Arbeiterparteien hörbar.

Diese in Deutschland geborenen und von den Bolschewiki ernst genommenen Prinzipien führten die revolutionären Gruppen vieler Länder – allerdings erst nach dem Weltkrieg – zum Zusammenschluss ihrer Kräfte sowie zu der Gründung eigenständiger kämpferischer Parteien und einer neuen Internationale. Denn die Voraussetzungen hierfür konnten nicht allein die mit Begeisterung angenommenen, feurigen antimilitaristischen Resolutionen bieten, sondern vielmehr die realen Volksbewegungen in den unterschiedlichen Ländern und die dort heranreifenden Revolutionen.

---

<sup>12</sup> Junius [d. i. Rosa Luxemburg]: Die Krise der Sozialdemokratie. Anhang 1: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Bern: Unions-Druckerei 1916; ebenfalls in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. IV: August 1914 bis Januar 1919. Berlin (Ost): Dietz 1974 (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED). S. 49–164.

<sup>13</sup> Luxemburg, Entwurf zu den „Junius“-Thesen. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 43–47, hier: S. 46.

## Russische Revolutionen 1917 und Brester Frieden

Je länger der blutige Weltkrieg dauerte, desto stärker wuchs die Ernüchterung in den Massen und erhöhte ihren Friedensdrang. Das schwächste Glied in der Länderkette wurde Russland. Die Februarrevolution von 1917 und der Sturz des Zarenreichs der Romanovs hatten eine Bresche im Weltsystem geschlagen. Auch die Imperien der Hohenzollern und der Habsburger reihten sich in die Abfolge der Revolutionen ein. Doch der Krieg tobte weiter auf vollen Touren. Die provisorischen Regierungen Russlands fanden keinen Ausweg aus ihm und bewiesen keinerlei Fähigkeiten, um dem allgemeinen Zerfall der Volkswirtschaft und dem Hungerdasein vorzubeugen.

Aus dem Schweizer Exil gab Lenin seiner Überzeugung Ausdruck, dass die in Petrograd begonnene Revolution sich nicht mit ihrer ersten Etappe begnügen und auch nicht auf ein einziges Land beschränkt bleiben würde. Denn das europäische, so meinte er, und vor allem das deutsche Proletariat werde dazu verhelfen „die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.“<sup>14</sup>

Anfang April 1917 war Lenin mit Dutzenden anderer Arbeiterführer in dem angeblich „plombierten“ Waggon aus der Schweiz durch Deutschland in Petrograd angekommen, was ihm Vorwürfe seitens aller russischen Nationalisten einbrachte. Er verwies wiederholt auf die Aufgabe der russischen Sozialdemokratie – gemeinsam mit Karl Liebknecht und anderen revolutionär gesinnten Internationalisten – eine Dritte, Kommunistische Internationale ins Leben zu rufen. Doch in der Atmosphäre von Kriegswahn und nationaler Verhetzung war das keine leichte Aufgabe; für die Verwirklichung dieser Idee wurden noch fast zwei weitere Kriegsjahre benötigt.

Die Oktoberrevolution 1917, die die Bolschewiki in Russland an die Macht brachte, wurde von ihnen als der erste Schritt der proletarischen *Weltrevolution* angesehen. Im „Dekret über den Frieden“ wurden alle kriegführenden Staaten aufgefordert, unverzüglich einen gerechten demokratischen Frieden zu schließen. Es gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeiterschaft der größten fortgeschrittenen Länder – England, Frankreich, Deutschland – die in der Geschichte Vorbilder des proletarischen Heldentums und der historischen Kreativität waren, dem jungen Sowjetrussland helfen würden, die Sache des Friedens und zugleich der Befreiung aller werktätigen Volksmassen von jeglicher Sklaverei und Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.<sup>15</sup>

Da sich jedoch die Hoffnungen auf einen schnellen, allgemeinen, demokratischen Friedensschluss als trügerisch erwiesen und die Aufrufe, von allen Kriegstreibern ignoriert, keinen breiten Widerhall fanden, verblieb der Sowjetregierung nur

<sup>14</sup> W. I. Lenin: Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1957. Bd. XXIII. S. 380–387, hier: S. 386.

<sup>15</sup> W. I. Lenin: Rede über den Frieden. 26. Oktober (8. November). In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. S. 239–243, hier: S. 242. Siehe auch Aleksandr O. Čubarjan: Brestskij mir. Moskva: Nauka 1964.



noch eine einzige Möglichkeit, ein Ende des Völkergemetzels zu erzwingen, und zwar in Form direkter Verhandlungen mit den deutschen Militärs, die als einzige auf die Aufforderung eingingen. Sie wollten jedoch nichts anderes, als durch einen aufgezwungenen separaten Gewaltfrieden das Ausscheiden Russlands aus dem Weltkrieg zu erreichen und dazu noch Annexionen und Tribute einzuheimsen.

Lev Trotzki, als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und Leiter der Anfang Januar 1918 nach Brest-Litowsk gekommenen sowjetischen Delegation, versuchte den deutschen ultimativen Forderungen und Drohungen mit einer höchst pathetischen Deklaration entgegenzutreten. Gerade die deutsche Delegation benutzte diese Kritik. Die Parole „Weder Krieg, noch Frieden“ wurde ausgerufen, der Annexionsfrieden abgelehnt. Trotzki schlug zunächst vor, „den Kriegszustand für beendet zu erklären, die Armee zu demobilisieren und nach Hause zu schicken, doch den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen“. Diese großzügige Rechnung war jedoch falsch: Deutsche Militärs begannen sofort eine breite Offensive in der Ukraine und im Baltikum.<sup>16</sup>

Der Zerfall der gesamten russischen Front erzwang die Unterzeichnung eines noch härteren Friedens mit Annexionen und Kontributionen durch neue nach Brest gesandte Delegierte zusammen mit Sokol'nikov und Georgi Čičerin an der Spitze. Bereits während der Verhandlungen entstanden im Lande und in der führenden Partei Russlands heftigste Gegenreaktionen, doch Lenin erzwang unter Rücktrittsdrohung gegen Bucharin, Radek, Sinowiew u. a. die Unterzeichnung. Die Achse der Auseinandersetzungen bildete das Verhältnis von nationalen und internationalen Aufgaben der begonnenen Revolution, die in Russland bereits gesiegt, in den anderen Ländern Europas aber nur Vorzeichen (Januarstreik 1918 in Deutschland und Österreich) gezeigt hatte. Die sowjetischen Kommunisten waren sich alle im Prinzip darin einig, dass die sozialistische Revolution ein internationales Ereignis sei, die russische hingegen nur ihren ersten Akt bilde. Die Revolution im Westen, vorerst in Deutschland, habe sich zwar verspätet, sie komme jedoch mit Sicherheit. Im Übrigen sei ein Revolutionskrieg gegen erbitterte Friedensgegner im Prinzip gerechtfertigt, doch in der Praxis nicht immer möglich.<sup>17</sup>

Die Meinungen gingen jedoch diametral in der Frage auseinander, ob Sowjetrussland dazu imstande sei, einen solchen Krieg erfolgreich zu führen und welcher Gesichtspunkt gerade den Interessen der *Weltrevolution* besser entspreche: Zunächst die Sowjetmacht in Russland zu verteidigen und zu stärken oder sofort zu versuchen, durch einen Revolutionskrieg den Ausbruch der Revolution, beispielsweise in Deutschland, zu fördern bzw. zu „beschleunigen“.

<sup>16</sup> W. I. Lenin: Nachwort zu den Thesen über den sofortigen Abschluss eines annexionistischen Separatfriedens. In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. S. 451–452, hier: S. 451.

<sup>17</sup> W. I. Lenin: Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens. In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. Berlin 1961. S. 442–450, hier: S. 446f.



Lenin war festen Willens und hatte klare Vorstellungen: „Es besteht kein Zweifel, dass die sozialistische Revolution in Europa kommen muss und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus gründen sich auf diese Überzeugung und diese wissenschaftliche Voraussicht. Unsere propagandistische Tätigkeit im allgemeinen und die Organisierung der Verbrüderung im besonderen müssen verstärkt und entwickelt werden. Es wäre aber ein Fehler, die Taktik der sozialistischen Regierung Russlands darauf aufzubauen, dass man festzustellen versucht, ob die europäische und insbesondere die deutsche sozialistische Revolution im nächsten halben Jahr (oder in einer ähnlich kurzen Frist) ausbrechen wird, oder nicht. Da man das auf keinen Fall bestimmen kann, so würden alle solchen Versuche objektiv auf blindes Hasardspiel hinauslaufen.“<sup>18</sup> Aus diesen Erwägungen ergab sich der Schluss, dass nach dem Sieg der Revolution in einem Lande nun alle Fragen vom Standpunkt der besten Bedingungen für die Entwicklung und Festigung dieser bereits begonnenen Revolution entschieden werden können. Als Grundlage sollte demnach das Prinzip gelten, dass man sich zunächst in dem entsprechenden Land festigen oder zumindest halten müsse, bis sich andere Länder ihm anschließen.<sup>19</sup>

Diese Auffassung über die Priorität innenpolitischer Aspekte stieß jedoch auf energische Kritik seitens der „linken Kommunisten“ (Bucharin, Opokov-Lomov, Urickij u. a.). Lenin wurde offen vorgeworfen, es handele sich dabei um eine Überhöhung nationaler, zum Schaden internationaler Aspekte sowie eine Unterschätzung der Gefahr, dass die Sowjetmacht ein „Agent des deutschen Imperialismus“ werden könnte. Lenin lehnte derartige Schlüsse ab, distanzierte sich jedoch von Stalin, der in seiner Polemik gegen die „Linken“ erklärte, es gebe im Westen keine revolutionäre Bewegung, sondern nur „eine potenzielle Möglichkeit, mit der wir nicht rechnen können“. Obwohl es dort – widersprach Lenin – noch keine Revolution gebe, könne die Ignorierung der Massenbewegungen in Europa zur Degradierung des internationalen Sozialismus führen.<sup>20</sup>

Lenin hatte dabei auch die schroffe Möglichkeit erwogen, dass die russischen Revolutionäre sich zugunsten der deutschen Revolution sogar opfern müssten: denn diese werde ihrer Dynamik wegen „viel höher als die russische stehen“ (Dok. 4). Jedoch der Kern der Situation bestehe eben darin, dass dort die Revolution noch nicht begonnen habe, sie „bei uns“ jedoch ein neugeborenes und laut schreiendes Kind geboren habe. Wenn „wir in diesem Augenblick nicht klar sagen, dass wir auch einen schwersten Frieden annehmen, werden wir untergehen“.<sup>21</sup>

Lenins Standpunkt, der dem im Volke weit verbreiteten und tief verwurzelten Patriotismus offensichtlich widersprach, setzte sich nur unter großen Schwierigkeiten

<sup>18</sup> Lenin, Zur Geschichte, S. 443f.

<sup>19</sup> Lenin, Zur Geschichte, S. 443f.

<sup>20</sup> Institut Marksizma-Leninizma (Hrsg.): Protokoly Central'nogo Komiteta RSDRP(b). Avgust 1917 – fevral 1918. Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury 1958. S. 169f.

<sup>21</sup> Institut Marksizma-Leninizma, Protokoly, S. 171.

durch. Die beschränkte Atempause musste mit dem überhöhten Preis großer territorialer, materieller und moralischer Verluste bezahlt werden.

Wie stellten sich die deutschen Revolutionäre zum Frieden von Brest-Litovsk? Rosa Luxemburg im Gefängnis und Karl Liebknecht im Zuchthaus konnten selbstverständlich nicht versprechen, dass die deutsche Revolution, die sie mit aller Mühe zu erwecken suchten, sofort beginnen würde. Im Nachgeben der Bolschewiki gegenüber dem deutschen Militär sahen sie jedoch nicht nur eine echte Tragödie der russischen Revolution, sondern auch eine ernste Gefahr für die kommende deutsche Revolution. Als prinzipientreue Internationalisten verstanden sie, dass einzig und allein der revolutionäre Aufbruch der deutschen Arbeitermassen das Signal für die internationale Beendigung des Völkermords geben konnte.

Die russischen „linken Kommunisten“ erkannten bald die Richtigkeit der auf eine „Atempause“ zielenden Politik Lenins. Inzwischen wurde unter Anspannung aller Möglichkeiten die Rote Armee aufgebaut, versorgt und bewaffnet. Dabei bildeten die ausländischen Kriegsgefangenen in Russland – auch bewaffnete – Gruppen von Internationalisten, die im Bürgerkrieg die Bolschewiki unterstützten. Die Föderation ausländischer Gruppen der RKP(B) mit dem Ungarn Béla Kun an der Spitze vereinigte eine deutsche (die die Zeitung „Weltrevolution“ herausgab) mit ungarischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen (später auch französischen, italienischen und anglo-amerikanischen) Gruppen. Ihnen schlossen sich wiederum Immigranten an, die bei der „revolutionären Zersetzung“ westlicher Besatzungstruppen aktiv propagandistisch mitwirkten.<sup>22</sup>

## Novemberrevolutionen 1918 in Europa und Gründung der Komintern

Endlich brachen 1918/1919 die langersehnten Revolutionen in Österreich-Ungarn und Deutschland aus, wodurch die militärische Kapitulation der Zentralmächte und somit das Weltkriegsende beschleunigt wurden. Jedoch die Entwicklung dieser Revolutionen war für die Revolutionäre selbst enttäuschend.

Karl Liebknecht, der vom Balkon des Berliner Schlosses aus am 9. November die „freie sozialistische Republik Deutschland“ proklamierte (und zwar mit dem Zusatz, dass der Sturz der Monarchie nur ihr erster Schritt sei), konstatierte bald, dass der Revolution selbst ein Widerspruch anhaftete: Ihre politische Form sei „die einer pro-

---

<sup>22</sup> Vadim V. Zagladin (Hrsg.): Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie. Bd. IV: Der Grosse Oktober und die internationale Arbeiterklasse (1917 bis 1923). Moskau: Progress 1983. S. 113ff., 146ff.

letarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform“.<sup>23</sup> Rosa Luxemburg meinte in ähnlicher Weise: „Bevor die Revolution noch Kraft, Schwung, Anlauf genommen hat, wird ihre einzige Lebenskraft – ihr sozialistischer, proletarischer Charakter eskamotiert“.<sup>24</sup> Nachdem ihr „sozialer Kern“ zunächst noch „verschleiert“ geblieben war, erhoben sie, zusammen mit Leo Jogiches und anderen Genossen (darunter Wilhelm Pieck, Franz Mehring, Hugo Eberlein, Paul Levi, Hermann und Käthe Duncker), die kleine Spartakusgruppe zum „Spartakusbund“.

Sobald die Nachricht von der Revolution Russland erreichte, fixierte Lenin ebenfalls: „Im Grunde ist bei den Deutschen also Februar, nicht Oktober. Die Richtigkeit dieser Einschätzung bestätigt auch die Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung“.<sup>25</sup> Tatsächlich waren die an die Macht gelangten rechten Führer von SPD und USPD, obwohl sie sich „Volksbeauftragte“ nannten, keine Träger der sozialen Revolution. Friedrich Ebert hatte dem Prinzen Max von Baden, der ihm den Reichskanzlerposten übergab, um die Monarchie der Hohenzollern zu retten, exakt geantwortet: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde“. Philipp Scheidemann war nicht weniger deutlich: „Meine Partei wird dafür sorgen, dass Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt“.<sup>26</sup> Hugo Haase, der die Annahme russischer Getreidelieferungen von bereits in Bewegung gesetzten Güterzügen ablehnte, teilte der Sowjetregierung mit, dass „im Ergebnis der von uns unternommenen Schritte bei Präsident Wilson (...) sich zum Glück die Möglichkeit eröffnet [hat], Lebensmittelvorräte von jenseits des Ozeans zu erhalten“.<sup>27</sup>

Die neuen sozialdemokratischen Machtinhaber verzichteten auf jede Solidarität mit Sowjetrussland und schoben die Wiederherstellung der kurz zuvor von deutscher Seite provokativ abgebrochenen diplomatischen Beziehungen hinaus. Dagegen suchten sie Kontakte mit den westlichen Invasionstruppen in Russland. Trotz der über den Betrieben und Kasernen wehenden roten Fahnen und den Reden von der Macht der überall entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte und der in Kürze erfolgenden „Sozialisierung“ blieben alle ernstesten Schritte in Richtung Demokratie und Sozialismus durch die Sozialdemokraten versperrt.

Führungspersonen von SPD und USPD schlossen vielmehr drei gegen die Weiterführung der Revolution gerichtete geheime Bündnisse ab: (1) den „Ebert-Groener-Pakt“ mit dem hohen Militär; (2) das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen Monopolherren und Gewerkschaftsführern (Stinnes-Legien-Abkommen). Rechnet

<sup>23</sup> Karl Liebknecht: Das, was ist. In: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX: Mai 1916 bis 15. Januar 1919. S. 604–607, hier: S. 604.

<sup>24</sup> Rosa Luxemburg: Der Anfang [18.11.1918]. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 397–400, hier: S. 399.

<sup>25</sup> *Izvestija VCIK*, Moskau, 12.11.1918.

<sup>26</sup> Max Prinz von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart/Berlin/Leipzig: DVA 1927. S. 599, 618.

<sup>27</sup> *Izvestija VCIK*, Moskau, 19.11.1918.

man (3) die Anbiederung an die Entente, gemeinsam Sowjetrussland zu bekämpfen (was freilich Deutschland nicht vor dem Versailler Gewaltfrieden retten konnte), dazu, so ergab sich eine Art „*Komplotz gegen die Revolution*“.<sup>28</sup> Friedrich Ebert und Gustav Noske, der nach einer Regierungskrise und dem Ausscheiden der Unabhängigen Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten die Rolle des militärischen Oberbefehlshabers spielte, bereiteten mit Hilfe des heimkehrenden Westheeres und gestützt auf offizierstreue „Freikorps“ die bewaffnete Niederrückung revolutionärer Arbeiter und Matrosen in Berlin und anderen Orten vor.<sup>29</sup>

Mitte Dezember 1918 wurde die Kardinalfrage nach der Weiterentwicklung der Revolution, die Frage „Rätemacht oder Nationalversammlung?“ zugunsten letzterer entschieden. Der Reichsrätekongress verübte Selbstmord, indem er die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar vorverlegte und den Abbau des Rätesystems beschleunigte. Die Konterrevolution konnte ihren direkten Vormarsch beginnen. Kurz vor dem Kongress wurden die von Rosa Luxemburg formulierten Programmthesen „*Was will der Spartakusbund?*“ veröffentlicht (vgl. Dok. 8), deren wohl wichtigste lautete: „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslands, um die sozialistische Revolution auf die internationale Basis zu stellen.“<sup>30</sup> An der Jahreswende 1918/1919 wurde in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) gegründet, die nun die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse in sich vereinigte. Allerdings mussten Karl und Rosa den vom Gründungskongress beschlossenen Wahlboykott als „Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus“ der jungen Delegierten schlucken, wie Rosa an Clara Zetkin schrieb (Dok. 10).

---

**28** Jakow Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin (Ost): VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1968. S. 173ff. Es liegt bereits 40–50 Jahre zurück, dass ich diese Forschungshypothese konstruiert habe. Weitere ergiebige Quellenfunde sowie konstruktive Analysen von Historikern ganz verschiedener Richtungen haben m. E. diese These kaum erschüttert. Man könnte eventuell den Begriff „Komplotz“ durch den des „Geflechts“ ersetzen. Übrigens bleibt die damalige Hypothese völlig vogelfrei für jede wissenschaftliche Kritik.

**29** Vgl. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Reichskriegsministeriums bearb. u. hrsg. v. der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Bd. VI: Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920. Im Auftrag des Oberkommandos des Heeres. Bearb. u. hrsg. v. der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres. Berlin: E. S. Mittler & Sohn 1938; Vgl. dazu Joachim Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus. Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1963; Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. Wiesbaden: Steiner 1968; Sebastian Haffner: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19. Bern/München/Wien: Scherz 1969; Wolfgang Ruge: Novemberrevolution: Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918–19. Berlin (Ost): Dietz 1978; Günter Rosenfeld: Sowjet-Russland und Deutschland. Bd. I: 1917–1922. Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1984; Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Düsseldorf: Droste 1987.

**30** Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund [14.12.1918]. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1974. S. 442–451, hier: S. 447.

Als umso wichtiger erwies sich der nächste notwendige Schritt einer raschen Konsolidierung der kleinen revolutionäre Gruppen in den verschiedenen Ländern. Allerdings blieben dabei gewisse ernste Zweifel bestehen, da außer der RKP(B) und der KPD in anderen Ländern fast noch keine vollwertigen kommunistischen Parteioorganisationen gegründet worden waren. Kurz vor Weihnachten wurde Eduard Fuchs als Vertrauter des Spartakusbundes von Berlin nach Moskau geschickt, der von Lenin herzlich empfangen wurde und diesem den Programmentwurf *„Was will der Spartakusbund?“* und einen persönlichen Brief Rosa Luxemburgs mit folgendem Inhalt überreichte (siehe Dok. 12): *„Teurer Wladimir! Ich benutze die Reise des Onkels um Ihnen allen einen herzlichen Gruß von unserer Familie, von Karl [Liebknecht], Franz [Mehring] und den anderen zu übersenden. Gebe Gott, dass das kommende Jahr alle unsere Wünsche erfüllen wird. Rosa“*.<sup>31</sup>

Lenin gab sofort in einer längeren Dienstnotiz dem Volkskommissar des Auswärtigen, Georgi Čičerin, den Auftrag, die Einberufung einer *internationalen Konferenz der Sozialisten* zur Gründung der Dritten. Internationale zu forcieren: „in Berlin (offen) oder in Holland (geheim) etwa am 1.II.1919“. Als Grundlage der Plattform sollten die Theorie und Praxis des Bolschewismus sowie der Aufruf *„Was will der Spartakusbund?“* herangezogen werden. Es war dabei vorgesehen, nur die Parteien und Gruppen einzuladen, die bereit waren mit den „Sozialpatrioten“ zu brechen und „für die sozialistische Revolution heute und für die Diktatur des Proletariats, im Prinzip für den Typ der Sowjetmacht auf[zu]treten“ (Dok. 6). Aus dem Antwortschreiben Georgi Čičerins an Lenin wird ersichtlich, dass zwischen ihnen keine prinzipiellen Widersprüche bestanden, jedoch wichtige konkrete Fragen (so über die Niederlande als möglichen Tagungsort, die Liste der Eingeladenen, die Stellung zu den Räten/Sowjets als „neuer Staatsform“) noch zu klären bzw. weiter zu diskutieren waren (Dok. 7).

Die Januarereignisse 1919 in Berlin änderten alles auf radikale Weise (Dok. 9, 11). Bis heute findet sich darüber in der Geschichtsschreibung eine breite Palette von Meinungen. Häufig werden die Abwehrkämpfe unbegründet als *„Spartakusaufstand“* oder gar „Putsch“ dargestellt. Einen Versuch der gewaltsamen Machtergreifung gab es aber in Wirklichkeit nicht, es sei denn, die Besetzung der *„Vorwärts“-*Redaktion und einiger Häuser im Zeitungsviertel durch eine halbbewaffnete Arbeitergruppe sowie ein von Karl Liebknecht gezeichneter Zettel mit dem unernsten „Befehl“ zur Absetzung der Regierung Scheidemann zählten als solcher.

Bei dieser Beurteilung werden entscheidende Tatsachen zur Bewertung der Lage ignoriert, die nämlich den planmäßig vorbereiteten, gewaltsamen und bewaffneten Vormarsch der Konterrevolution betreffen. So die Zusammenballung mehrerer hundert, vom Krieg verwilderter Soldaten in der Hauptstadt und Umgebung, die von den monarchistischen Offizieren in „Freikorps“ organisiert und gegen „Spartakus“ aufgehetzt worden waren. Von Ebert und Noske wurden sie anlässlich einer Parade

<sup>31</sup> Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Hrsg. v. Annelies Laschitzka. Bd. VI. Berlin: Dietz 1993. S. 212.

in Zossen sowie an der Reichskanzlei gemustert und begrüßt und waren den unbewaffneten und durch die Absetzung des von der USPD gestellten Polizeipräsidenten Eichhorn unmittelbar provozierten Arbeitern weit überlegen.

Dem Häusersturm im Zeitungsviertel mit Kanonenbeschuss und der Erschießung der Parlamentäre folgte die Besetzung aller Knotenpunkte der Reichshauptstadt durch reguläre Truppen des Generals von Lüttwitz. Die grausame Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Nacht zum 15. Januar durch Soldateska des von Noske eingesetzten Majors Waldemar Pabst vom Stab der Garde-Kavallerie-Schützendivision war als Höhepunkt der schmerzlichste Teil dieser Tragödie.<sup>32</sup> Die blutige Bekämpfung der Berliner Arbeiter mit hunderten Toten, Verwundeten und Verhafteten hatte schwere und weitgehende Folgen.

In den neuesten Forschungspublikationen finden sich ausgewogenere Beurteilungen des vermeintlichen „Aufstands“. So ist Ottokar Luban der Meinung, dass die Berliner Januarunruhen von 1919 den Namen „Spartakusaufstand“ zu Unrecht tragen. Nach einer sehr detaillierten Analyse der Handlungen und Fehler seitens der Linken kommt er zu dem Schluss, dass „die Regierung Ebert-Scheidemann unter dem Motto „Die Stunde der Abrechnung naht!“ die gewaltsame Niederschlagung angekündigt“ hatte.<sup>33</sup>

Im vorliegenden Dokumentenband klären die Briefe an Lenin von Adol'f Ioffe (Dok. 1, 5), Karl Radek und Leo Jogiches aus Berlin (Dok. 9, 11, 12) zahlreiche Facetten der realen Lage auf. Sie zeugen von den hohen revolutionären Erwartungen seitens der linken Arbeiterführer. Darüber hinaus lässt sich hier aus erster Hand erfahren, wie die Schwächen und Hemmnisse der europäischen Revolutionen zu jener Zeit aussahen.

Nach der Januarniederlage der Revolutionäre in Berlin blieb als Konferenzort zur Gründung der Dritten Kommunistischen Internationale nun allein Moskau als Alternative; unverzüglich wurden die Einladungen versandt. Jedoch bereits in der vorbereitenden Sitzung der am 1. März 1919 eingetroffenen Delegierten wurde klar, dass Hugo Eberlein (Pseudonym: Max Albert) von Rosa Luxemburg ein imperatives Mandat erhalten hatte: Er sollte seine Stimme nicht für die sofortige Gründung der

<sup>32</sup> Im Jahr 1969 schrieb Pabst in seinen Erinnerungen: „Daß ich die Aktion ohne Noskes Zustimmung gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar (...). Als Kavalier habe ich das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.“ Zit. in Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.. Berlin: Verlag 1900 1995, S. 109f.

<sup>33</sup> Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2008; Ottokar Luban: Das Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 bei Eberhard Kolb, Susanne Miller, Heinrich August Winkler und Helga Grebing. In: Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. Hrsg. v. Dietmar Bartsch [u. a.], Bd. VII: Ständiges Kolloquium zur Historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung. Berlin: Helle Panke 2009 (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Pankower Vorträge. 129), S. 38–47.

neuen Internationale abgeben (der zweite deutsche Delegierte, Eugen Leviné, wurde bereits an der deutschen Grenze verhaftet).

Aus zahlreichen, zwischenzeitlich publizierten Dokumenten, darunter den Erinnerungen Eberleins, ergibt sich erstens, dass Rosa Luxemburg nicht aus persönlicher „Feindschaft zu Lenin“, die es nie gegeben hatte, die Gründung der Komintern hinausschieben wollte. Zweitens ging es nicht um einen Zeitgewinn, um mehrere kommunistische Massenparteien in den großen Staaten der Welt aufbauen zu können, um – wie es manchmal formuliert wurde – gegenüber den Bolschewiki ein „Gegengewicht“ zu schaffen. Die Gründung, so meinte Rosa, „*sei eine bedingungslose Selbstverständlichkeit*“ und, was die Verlegung anging, war die Rede von etwa zwei bis drei Monaten („zwischen Ostern und Pfingsten“) im Interesse einer besseren Vorbereitung des Kongresses (Dok. 14).

Diese Berichtigung soll kein Grund für eine wie auch immer geartete Verwischung der ernsten Widersprüche unter den „Gründungseltern“ der Komintern sein. Diese lagen jedoch nicht auf der Nationalitätenebene, namentlich waren sie nicht im deutsch-russischen Verhältnis begründet. Jeder Versuch, daraus derartige Schlüsse zu ziehen, wäre grundfalsch. Allerdings hatte Rosa Luxemburg gewichtige Gründe, wenn sie neben der höchsten Wertschätzung ihrer internationalen Verdienste die revolutionäre Taktik der Bolschewiki kritisch bewertete, was sie in den „Spartakusbriefen“ und ausführlich in ihrer (erstmal 1922 veröffentlichten) Gefängnisschrift „*Zur russischen Revolution*“ tat.

Die wichtigsten Streitpunkte waren damals divergierende Auffassungen über die Demokratie, die Freiheit für Andersdenkende und auch über Diktatur und Terror. „Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie – so meinte Rosa Luxemburg – ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ‚Diktatur *oder* Demokratie‘ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich (...) für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, (...) Lenin-Trotzki (...) umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, ‚d.h. für Diktatur nach bürgerlichem Muster‘. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik (...). Sozialistische Demokratie (...) beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.“<sup>34</sup>

Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass Rosa Luxemburg eine begeisterte Anhängerin der in den beiden Revolutionen geborenen Räte-macht war, in der sie eine bessere Verankerung der Demokratie sah als im parlamentarischen System. Sie äußerte jedoch Bedenken in dem Sinn, dass durch die Abschaffung elementarer demokratischer Garantien gerade die Herrschaft breiter Volksmassen undenkbar werde: Ohne „freies politisches Leben werden auch die Sowjets erlahmen,

<sup>34</sup> Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: Dies.: *Gesammelte Werke*. Bd. IV. S. 332–365, hier: S. 362f.



die Bürokratie allein wird herrschen, eine Verwilderung des öffentlichen Lebens führe zu Attentaten, Geiseler-schießungen etc.“ Sie sah dazu noch eine akute Gefahr darin, dass die Bolschewiki „aus der Not die Tugend machen und ihre in der extremen Lage erworbenen Erfahrungen der russischen Revolution einfach auf andere Länder übertragen“, sie als „Muster für Alle“ hinstellen versuchen werden.<sup>35</sup> Auch die weitere Entwicklung der Komintern zeigte, dass die von Rosa Luxemburg ausgesprochenen Befürchtungen und die von ihr gegebenen Anregungen ernst zu nehmen waren.

Um zum Gründungskongress<sup>36</sup> zurückzukommen, sollte daran erinnert werden, dass Hugo Eberlein bei der Abstimmung über die sofortige Gründung seine Stimmenthaltung aufrecht demonstrierte. Nachdem sich jedoch die überwiegende Mehrheit der Delegierten für die Gründung entschieden hatte, nahm er im Präsidium des Kongresses der neuen Internationale Platz und wirkte konstruktiv an der Gestaltung der Komintern mit. Er formulierte zusammen mit Nikolai Bucharin die *Richtlinien der Kommunistischen Internationale* und unterzeichnete das von Lev Trotzki vorgetragene *Manifest der Kommunistischen Internationale* (vgl. Dok. 14). Das alles kann ihm nicht zur Last gelegt werden, zumal er kurz zuvor auf dem Gründungsparteitag der KPD als einer der wenigen Sachkundigen über Organisationsfragen referierte.

In den „Richtlinien“ der Komintern wurde betont, dass aus dem imperialistischen Weltkrieg eine neue Epoche geboren sei: „Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung, die Epoche der Kommunistischen Revolution des Proletariats“.<sup>37</sup> Als Folge sollte die Arbeiterschaft die politische Macht erobern, die Macht der Bourgeoisie zerbrechen, den bürgerlichen Parlamentarismus durch das proletarisch-demokratische Räte-system ersetzen. Die Internationale sei dazu berufen, die gegenseitige Hilfe der Proletarier aller Länder zu organisieren, um eine neue Gesellschaft aufzurichten, die Produktion zu sozialisieren und die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen.<sup>38</sup>

In den Thesen sowie in Lenins Referat „Über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“ wurde in Fortführung der harten Auseinandersetzung, vor allem mit Karl Kautsky, der Klassenstandpunkt noch zugespitzter formuliert. Manche Warnungen von Rosa Luxemburg blieben dabei unbeachtet. Die Vorstellung und das Vor-

<sup>35</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 362, 364.

<sup>36</sup> Kirill K. Širinja [u. a.]: Pervyj kongress Kominterna. Velikij Oktjabr' i roždenie meždunarodnogo kommunističeskogo dviženija. Moskva: Politizdat 1986 (Osnovnye e tapy istorii meždunarodnogo kommunističeskogo dviženija). Zu allen Grundsatzdokumenten des Kongresses in korrigierter und ergänzter Fassung siehe Wladislaw Hedeler, Alexander Watlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente. Berlin: Akademie-Verlag 2008.

<sup>37</sup> Richtlinien der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau (2. bis 6. März 1919). In: Der 1. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919. Petrograd: Verlag der K. I. 1920.

<sup>38</sup> Vgl. Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt. In: Die Weltpartei. Hrsg. v. Hedeler u. Watlin. S. 191–199, bes. S. 198f.

gefühl des sich weiter nähernden Revolutionssturms, der herannahende Zeitpunkt der letzten, entscheidenden Schlacht erfordere, so Lenin, den Bruch gerade mit den „Lakaien des Imperialismus“ zu vollenden. Dass diese radikale Position zu einer folgenschweren Isolierung der Kommunisten von den breiten, sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen führen würde, wurde erst später erkannt.

Das vom Kongress angenommene „*Manifest der Kommunistischen Internationale*“ hob hervor, dass die in Moskau Versammelten sich als Nachfolger und Vollbringer der Sache des vor 72 Jahren von Marx und Engels verkündeten „*Manifestes*“ fühlten und betrachteten: „Indem die kommunistischen Parteien nie den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen, falls er zur eisernen Notwendigkeit geworden, die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem – dem Proletariat den Sieg zu sichern“. <sup>39</sup> Die Konzeption einer „Internationale der offenen Massenaktion, der revolutionären Verwirklichung“, einer „Internationale der Tat“ fand nicht zuletzt in der streng zentralisierten, kampfbewussten Organisationsstruktur der Komintern ihren Ausdruck.

## „Stab der Weltrevolution“

Kaum hatten Mitte März 1919 die Delegierten des Gründungskongresses Moskau verlassen, trafen dort Nachrichten ein, die soeben formulierte Einstellungen hinsichtlich einer Weiterentwicklung der europäischen Revolution bestätigen konnten. Bulgarische und polnische Kommunisten bereiteten die Umsetzung revolutionärer Pläne vor. Ganz Europa war, wie es bsw. der britische Premierminister Lloyd Georges in seiner Note an Clémenceau und Wilson vom 25. März formulierte, vom Geist der Revolution ergriffen: „Ein tiefes Gefühl, nicht der Unzufriedenheit allein, sondern des Ärgers und der Aufruhr herrscht unter den Arbeitern gegen die Vorkriegsbedingungen. Die ganze bestehende Ordnung der Dinge in ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausblicken ist von einem Ende Europas bis zum anderen durch die Massen der Bevölkerung in Frage gestellt.“ <sup>40</sup> Und es verhielt sich tatsächlich so. Die Frühjahrskämpfe 1919 in Deutschland, hatten – wie es Clara Zetkin beurteilte – „diesmal eine feste Kristallisationsachse des Wollens. Sozialisierung, Räterecht, Rätewacht, das ist das Schibboleth der Bewegung. Die regierenden und parlamentarisierten Schützer der bürgerlichen Ordnung verlieren ihre Selbstsicherheit. Sie machen Zugeständnisse in Worten, auf die revolutionäre Unreife der Massen bauend. Es erscheinen überall Rie-

<sup>39</sup> Die Kommunistische Internationale. Manifest, Leitsätze und Beschlüsse des Moskauer Kongresses 2.–6. März 1919. Hamburg: Willaschek & Co., Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym. S. 198.

<sup>40</sup> Karl Friedrich Nowak: Versailles. Berlin: Verlag für Kulturpolitik 1927. S.148.

senplakate eines politischen Schwindelausverkaufs: ‚Die Sozialisierung marschier!‘, ‚Die Sozialisierung ist da!‘.<sup>41</sup>

Im März überboten die Massenstreiks und bewaffneten Kämpfe Berliner Arbeiter an Maß, Spannung und auch Opfern alle vorhergegangenen. Nach den eigenen Worten des Volksbeauftragten Gustav Noske, der als Reichswehrminister den Arbeitern „eine Lektion erteilen“ wollte, wurden gegen „Aufrührer“ schwere Waffen und Kampfflugzeuge eingesetzt. Jahre später wurde von der offiziellen Militärgeschichtsschreibung der Republik bestätigt, dass in dieser einseitigen Schlacht nicht weniger als 1.200 Arbeiter getötet und Tausende eingekerkert wurden. Dagegen kamen „nur“ 75 Angehörige der Regierungstruppen zu Tode.<sup>42</sup> Am 10. März erschoss der Kriminalkommissar Tamschik im Gefängnis Moabit den am Vortag verhafteten KPD-Führer Leo Jogiches, angeblich „beim Fluchtversuch“.<sup>43</sup>

Im April wurde in München die Bayerische Räterepublik ausgerufen, die jedoch nach wenigen Wochen in ähnlicher Weise von den Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Die offiziell angegebene Anzahl der Opfer betrug 625, darunter 252 Erschossene (einschl. 53 russische Kriegsgefangene). Eugen Leviné wurde nach kurzem Prozess hingerichtet. Seine berühmten letzten Worte waren: „Wir Kommunisten, sind alle Tote auf Urlaub (...) wir haben alle versucht, nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegenüber der Internationalen und der kommunistischen Weltrevolution“.<sup>44</sup>

\* \* \*

Die im diesem Band erstmals veröffentlichten zahlreichen Dokumente beleuchten auch bislang weniger bekannte Seiten des russisch-deutschen Zusammenwirkens. Hierbei spielten Organisationsfragen eine bedeutende Rolle, darunter die den „Klassenbrüdern“ seitens der russischen Sowjetrepublik erteilte finanzielle und in anderer

---

<sup>41</sup> Clara Zetkin: Gesammelte Werke. Bd. II. Berlin (Ost): Dietz 1950. S. 133.

<sup>42</sup> Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bd. VI. S. 80f., 97f., 102f.; Wilhelm Reinhard: Die Wehen der Republik. Berlin: Brunnen-Verl. Bischoff 1933. S.103ff.; Reports by British Officers on the Economic Conditions Prevailing in Germany. London, Dezember 1918 – March 1919. London: H.M.S.O. 1919. S. 13f. (Bericht von Major Bertie); Vgl. auch Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord. Berlin: Verlag der Neuen Gesellschaft 1922. S. 17ff.; Friedrich Karl Kaul: Der Pitaval der Weimarer Republik. Bd. I. Berlin (Ost): Das neue Berlin 1962. S. 31ff.

<sup>43</sup> Vgl. dazu Jakow S. Drabkin: Die Entstehung der Weimarer Republik. Übersetzt aus dem Russischen von Ernst Wurl u. Ewald Bibow. Berlin (Ost)/Köln: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1983. S. 163ff.

<sup>44</sup> Siehe P. Werner [d. i. Paul Frölich]: Eugen Leviné. Berlin: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten 1922. S. 51; Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bearb. u. hrsg. v. der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Bd. IV: Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919. Berlin: Mittler 1939. S. 209ff. Vgl. auch Ludwig Morenz: Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/1919. Unter Mitwirkung von Erwin Münz, München/Wien: Verlag Albert Langen-Georg Müller 1968; Rosa Leviné: Aus der Münchener Rätezeit. Berlin: Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten 1925. S. 176.

Form gegebene Hilfe. Übrigens machten die leitenden Staatsorgane, wie auch die Führungen der Kommunistischen Parteien und der Komintern, daraus kein großes Geheimnis. So verhielt sich auch ausgerechnet während seiner Botschaftertätigkeit in Berlin (ob dies klug war oder nicht, lässt sich immerhin fragen) der Leviné höchst abschätzig beschreibende Adolf Ioffe. In der Folge versuchte er, eine Botschafterfunktion in der Räterepublik Bayern zu übernehmen, was aber nicht gelingen konnte.

Eigentlich war die materielle Unterstützung schwächerer Bruderparteien durch stärkere eine ältere sozialdemokratische Tradition, ein wichtiger Ausdruck internationaler proletarischer Solidarität. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte beispielsweise die SPD alle Fraktionen der russischen Arbeiterbewegung – Bolschewiki, Menschewiki, Sozialrevolutionäre – systematisch finanziert. Das Neue bestand jedoch darin, dass die Sowjetmacht so etwas direkt (oder vermittelt durch die Kommunistischen Parteien, Komintern, Profintern, Internationale Arbeiterhilfe und andere öffentliche Organisationen) in bisher unbekanntem Maße praktizierte. Dies wurde von den bürgerlichen Gegnern, ihrem Verständnis gemäß, als Akt des „Aufkaufens“ denunziert.

Der Leser erhält in diesem Band, beginnend mit den Briefen des EKKI-Sekretärs Jan Berzin und den Abrechnungen für April bis August 1919 (Dok. 17–20, 25, 29 u. a. m.), eine Vielzahl von unterschiedlichen Beispielen, von den „Diamanten in lederen Schuhsohlen“ (im Brief von Gustav Klinger) bis zu den großen Getreide-, Geld- und auch Waffensendungen. Die meisten Mittel waren, wie die Dokumente eindeutig zeigen, für die Unterstützung der propagandistischen Tätigkeit der nationalen Parteien, ihrer Verlage und Zeitungen äußerst notwendig, insbesondere aus Anlass der zentralen Massenkampagnen. Darüber entschied vorerst auf höchster Ebene das Politbüro des ZK der KP Russlands im alljährlichen Kostenplan, wobei die konkrete Verteilung der Mittel an Sektionen, Verlage usw. der Budgetkommission des EKKI oblag.

Zu den wichtigsten Zeugnissen der vertraulichen Beziehungen zwischen KPD und RKP(B) gehören in erster Linie viele, früher nur gekürzt und zerstreut veröffentlichte und unveröffentlichte Briefe aus Berlin von Karl Radek (Dok. 9, 11, 24, 47, 58, 61), der Bericht von Elena Stasova an Lenin (Dok. 49) und auch die Briefe von Clara Zetkin (Dok. 48 u. a.).

Bei den zahlreichen Briefen von Béla Kun („Spanier“, „Turkestaner“) an das EKKI sollte beachtet werden, dass er für Lenin ein „Romantiker“ war, dessen äußerst linken Ansichten und Vorschlägen mehrmals offen und ernst widersprochen wurde (Dok. 34–44). Generell sollten die im Briefwechsel gebrauchten Invektiven nicht unmittelbar als politische Kennzeichen gelten. Auch die in den Parteien und der Komintern gerade in revolutionären Situationen ausbrechenden Meinungsverschiedenheiten und Differenzen dürfen nicht immer als „Fehler“ bzw. „rechte und linke Abweichungen“ der Beteiligten gedeutet werden. Der vermehrte Gebrauch solcher Bezeichnungen, wie auch das gehässige Abstempeln zahlreicher Funktionäre als vermeintliche „Versöhnler“ im Klassenkampf, war eher Anzeichen einer gefährlichen Verstümme-

lung der innerparteilichen Demokratie, die in der Anfangszeit als selbstverständlich gegolten hatte.

Andererseits ist zu beachten, dass in den ersten Jahren der Tätigkeit der Komintern die Funktionen einerseits des EKKI, andererseits der russischen Regierungsorgane – Volkskommissariate, VČK u. s. w. – sowie der Parteiinstanzen nicht ausreichend differenziert und aufgegliedert waren, was häufig zu Reibungen oder gar zu Konflikten führte. Über solche Komplikationen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem EKKI und dem Volkskommissar des Auswärtigen, Georgi Čičerin, lässt sich in ihrem ersten Briefwechsel Mitte August 1921 nachlesen, der kaum eines zusätzlichen Kommentars bedarf (Dok. 51, 52 u. a.).

Derartige Fehlritte waren allerdings nicht nur durch zeitlich begrenzte Organisationsmängel bedingt, ihr Grund lag viel tiefer. Es handelte sich um eine direkte Folgewirkung der Tatsache, dass die Kommunisten seinerzeit prinzipiell alle überkommenen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sowie der dazu gehörenden staatlichen Gewaltenteilung grundsätzlich negierten. Das offenbar von keinen Rücksichten gemilderte Verhalten der Kommunisten den Staatsgrenzen und nationalen Verhältnissen gegenüber lässt sich nur unter Verweis auf die zeitbedingten Auffassungen nachvollziehen, die dem „Revolutionsrecht“, der „revolutionären Zweckmäßigkeit“ und dem „revolutionären Gewissen“ eindeutigen Vorrang einräumten und die sich über jede sog. „bourgeoise Beschränktheit“ himmelhoch erhoben. Dies galt auch für finanzielle, revolutionär-propagandistische und sogar private Tätigkeiten einiger kommunistischer Funktionäre.

\* \* \*

In der Nachkriegszeit vollzog sich der Übergang zum Frieden in Europa sehr ungleichmäßig. Dem kurzen ökonomischen Aufschwung 1919 folgten neue soziale Erschütterungen, doch die blutige Bekämpfung der größeren Revolutionsherde in Mitteleuropa, der Ausbau des Versailler Weltsystems und die Entstehung neuer bürgerlicher Nationalstaaten in Ost- und Südosteuropa verstärkten die kapitalistische Umzingelung Sowjetrusslands. Dies waren tatsächlich Zeichen eines Abflauens der revolutionären Nachkriegswelle.

Andererseits zeugten die einmütige Abwehr durch die deutschen Arbeiter des militär-monarchistischen Kapp-Putsches im Jahre 1920 (siehe dazu Dok. 22, 24) wie auch das Anwachsen revolutionärer Stimmungen und der unmittelbaren Sympathien für die kämpferischen Kommunisten in den größeren sozialistischen Parteien Europas davon, dass die revolutionäre Massenenergie bei weitem noch nicht vollständig ausgeschöpft war. Darauf stützte sich die Komintern mit ihrer Überzeugung, dass Europa weiterhin die Hauptarena der kommenden Revolutionskämpfe bleibe. Zwar hatte Trotzki (unterstützt von Karachan) vorgeschlagen „die Marschroute der Weltrevolution“ in Richtung Osten zu verlagern, doch blieb dies unbegründet und führte nicht zur Änderung der Hauptorientierung der Komintern.

Viel bedeutender war im Frühjahr 1920, dass Lenin den „Linksradikalismus“ als ernsteste Gefahr in der kommunistischen Bewegung erkannte und damit eine deutliche Warnung vor einer Selbstisolierung der Kommunisten von den proletarischen Massen aussprach. Übrigens war, wie erwähnt, Rosa Luxemburg bereits früher, etwa bei der Gründung der KPD, wegen solcher Tendenzen ernsthaft besorgt. Im April/Mai 1920 veröffentlichte Lenin seine Schrift „Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Jeder Delegierte des II. Weltkongresses der Komintern, der zu seiner Eröffnung am 19. Juli in Petrograd angekommen war, bekam ein Exemplar geschenkt. Die darin enthaltene Analyse der Lage in mehreren Ländern sollte den jungen Kommunisten helfen, durch eine ernsthafte Aufklärungsarbeit unter den Massen die Mehrheit der Arbeiterschaft für die fortschreitende internationale Revolution zu gewinnen.

Allerdings wurde die Wirksamkeit dieser reifen revolutionären Einsicht von Anfang an durch drei verschiedene, jedoch zeitlich zusammenfallende Verschärfungen wesentlich gemindert. Einerseits betraf dies die Organisationsprobleme der wachsenden kommunistischen Bewegung selbst. In zahlreichen sozialistischen Parteien suchten linke Kräfte eine Annäherung beider Strömungen. Manche wendigen reformistischen Führer wollten dadurch ihre eigenen Positionen erhalten und ausbauen. Das EKKI versuchte den Andrang dieser Elemente durch die „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Komintern sowie verschärfte Formulierungen im *Statut der Komintern* einzuschränken.<sup>45</sup> Dies führte jedoch unmittelbar zu persönlich verletzenden „Entlarvungen“ fast aller reformistisch gesinnten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, also eher zur weiteren Vertiefung der Spaltung, denn zu ihrer Überwindung. Andererseits formierten die anarchistisch orientierten „Ultralinken“ eine Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), der auch die holländischen „Tribunisten“ (Anton Pannekoek, Hermann Gorter) und die Hamburger „Nationalbolschewisten“ (Fritz Wolffheim, Heinrich Laufenberg) angehörten. Diese Kräfte versuchten, die Komintern und ihre Parteien von „links“ zu torpedieren, und es kostete Zeit und Mühe sie abzuwehren.

Schließlich entstand – drittens – im Frühjahr 1920 eine neue Lage für Sowjetrussland. Als mit der Eroberung der Krim der Bürgerkrieg gewonnen war, hatte ein neuer Aufschwung des revolutionären Aktivismus auch die höchste Führung des Sowjetstaates und der Komintern erfasst. So erwog selbst Lenin im März in einem chiffrierten Telegramm an Stalin als Möglichkeit, die Rote Armee auch als Hilfe für die Spartakisten in Berlin einzusetzen (Dok. 21). Dem zuvor kam jedoch Ende April der aggressive militärische Überfall Polens auf Kiev unter Józef Piłsudski. Ihm folgte bald ein Gegenaufmarsch der Roten Armee, der spontan in den Ruf „Auf nach Warschau!“ mündete und zu dem abenteuerlichen Versuch führte, Polen „auf Bajonetten“ über den Leichnam Weißpolens und „der arbeitenden Menschheit (...) Frieden und Glück

<sup>45</sup> Kirill K. Širinja (Hrsg.): Vtoroj kongress Kominterny. Razrabotka kongressom idejnych, taktičeskich i organizacionnych osnov kommunističeskich partij. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1972.

[zu] bringen“.<sup>46</sup> Ungeachtet der Warnungen polnischer Kommunisten vor der Gefahr des Ausbruchs eines neuen Nationalismus für diesen Fall, wetteiferten Trotzki und Stalin (auch Tuchačevskij und Budennyj) darin, wer als erster Warschau erreichen und erstürmen sollte.

Im Juli informierte Lenin den an der Süd-Westfront tätigen Stalin: „Die Lage in der Komintern ist hervorragend. Sinowjew, Bucharin und ich denken, dass man in Italien sofort die Revolution unterstützen sollte. Meine persönliche Meinung ist, dass man dafür Ungarn und vielleicht auch Tschechien und Rumänien sowjetisieren müsste. Man muss es sorgfältig überdenken. Teilen Sie ihre ausführliche Schlussfolgerung mit (...)“ (Dok. 26). Eine solche Einschätzung konnte Stalin nicht stutzig machen, da er selbst kurz zuvor Lenin vorgeschlagen hatte eine „Sowjetische Konföderation“ (als einen Bund selbständiger Staaten) zu schaffen: „Zum Beispiel das zukünftige Sowjetdeutschland, Polen, Ungarn, Finnland. Diese Völkerschaften mit ihrer eigenen Staatlichkeit, mit einer eigenen Armee, mit einem eigenen Finanzwesen, werden, sobald sie sowjetisch sind, kaum dazu bereit sein, *direkt* eine föderative Verbindung mit Sowjetrußland entsprechend dem Typus der baschkirischen oder ukrainischen [Verbindung], einzugehen.“ (Dok. 23).

Im Kontext einer solchen Euphorie über die Möglichkeit, mit Hilfe militärischer Aktionen die Nachbarländer zu „sowjetisieren“, müssen auch Lenins Notizen aus dieser Zeit verstanden werden, worin von Litauen, vom Kaukasus (Armenien, Georgien) oder von den Truppen des zaristischen Generals Bułak-Bačachowicz in Estland die Rede ist. Die Mobilisierung der in Russland noch verbliebenen Kriegsgefangenen passte genauso in dieses Bild wie auch die Depeschen von Georgi Čičerin an das Politbüro und Lev Kamenev mit der Aufforderung, offensive Parolen für England aufzustellen. Auf Anweisungen von Lenin und Trotzki wurden in Deutschland Waffen für die aufständischen Jungtürken angekauft (Dok. 30).

Der II. Weltkongress der Komintern begann in Moskau im Juli 1920. Auf der großen Landkarte neben dem Sitzungssaal verfolgte man gespannt die Truppenbewegungen der Roten Armee in Polen. Die Stimmung der Delegierten heizte sich immer stärker auf und linke Sympathien ergriffen die Oberhand. Lenin selbst sah sich genötigt, seine Thesen über die Hauptaufgaben der Komintern zu korrigieren. So wurde am 6. August 1920 die Passage mit der vorsichtig argumentierenden Feststellung – „die momentane Aufgabe kommunistischer Parteien besteht heute nicht darin die Revolution zu beschleunigen, sondern die Vorbereitung des Proletariats zu verstärken“ – festgeschrieben, die folgende neue, vom Kongress einstimmig angenommene, offensive Formel beinhaltete: „Die Aufgabe besteht heute darin, *die Revolution zu beschleunigen*, sie jedoch nicht künstlich ohne ausreichende Vorbereitung hervorzurufen. Die Vorbereitung des Proletariats zur Revolution muss *durch Taten verstärkt*

---

<sup>46</sup> Aus einer Proklamation des Revolutionären Militärrates der RSFSR. In: The Russian Civil War. Hrsg. v. Evan Mawdsley. Edinburgh: Birlinn 2005. S. 250.



werden“.<sup>47</sup> Dieser schnelle Wandel in der taktischen Einstellung änderte freilich nicht die von Lenin bestimmte prinzipielle *strategische Linie*, die auf eine systematische und allseitige Vorbereitung der kommenden Revolutionsschlachten gerichtet war. Allerdings wurden die Akzente wesentlich verschoben und radikalisiert.

Der Marsch nach Polen scheiterte zwar bald darauf, doch die entsprechenden Archivalien blieben für Jahrzehnte streng geheim. Erst nach 1980 durften Historiker nach und nach diese einsehen. Das Protokoll der IX. Parteikonferenz der RKP(B) im September 1920 zeugt von der kollektiven Verantwortung der bolschewistischen Führer, einschließlich der Lenins, für die Kursänderung und „linke“ Orientierung der Komintern auf entscheidende Machtkämpfe des Proletariats.<sup>48</sup>

Aus Anlass der Diskussionen über die Ursachen der Niederlage im polnischen Feldzug wurden seinerzeit nur militärische und andere Fehler, nicht jedoch grobe politische Fehlkalkulationen zugestanden. Allein Radek, der üblicherweise die offensive Taktik verteidigte, bemerkte ironisch: „Wenn Wladimir Iljitsch mehr Zeit hätte“, um die ausländische Presse zu lesen, wüssten wir alles über die Lage in Deutschland und England auch ohne „mit Bajonetten abzutasten“. Als jedoch Radek im Entwurf seines Artikels „Das Bajonett und der Kommunismus. Randglossen zur Schlacht bei Warschau“<sup>49</sup> die rhetorische Frage stellte: „Sollte nicht Sowjetrußland den deutschen Arbeitern die helfende Hand über die Leiche des Weißen Polens hinwegreichen?“, bat Lenin darum, diese Worte „herauszuschmeissen“: „Ich bin dagegen, dass man von unserer kommenden (oder möglichen) Hilfe an die Deutschen über Polen spricht.“<sup>50</sup> (vgl. auch Dok. 32).

Bucharin hat zu dieser Zeit unmittelbar das Prinzip der „proletarischen Expansion“ propagiert. Als Befürworter einer „roten Intervention“, gerechtfertigt als Gegenstück der „weißen“, verspottete er Erklärungen „platonischer Schwärmer“, „das Bajonett sei für solche delikaten Sachen, wie die große Idee des Sozialismus, untauglich“. Die Revolution, betonte er, könne nur als Weltrevolution siegen. „Wir haben das tausendmal behauptet. Deshalb ist jede Möglichkeit die Krise, des Kapitalismus in anderen Ländern zu beschleunigen eine revolutionäre Notwendigkeit“. Er rief dazu auf „den stählernen Mauerbrecher der bewaffneten proletarischen Diktatur in das verfaulte Gebäude des bürgerlichen Systems hineinzurammen.“<sup>51</sup>

Der harte Kurs einer robusten Anwendung revolutionärer Gewalt, sowohl in als auch außerhalb Sowjetrußland machte die kommunistischen Führer schwerhörig für alle Warnungen moralischen Charakters, die mehrmals von den großen Kulturträgern

<sup>47</sup> Der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. Berlin 1954. S. 401. Vgl. auch: Ponomorenko [u. a.]: Die internationale Arbeiterbewegung. Bd. IV. S. 420.

<sup>48</sup> Rossijskii gosudarst'vennyi archiv social'no-političeskoi istorii (RGASPI), Moskau, 2/2/478, 3f.

<sup>49</sup> Karl Radek: Das Bajonett und der Kommunismus. Randglossen zur Schlacht bei Warschau. Typoskript, überliefert in: RGASPI, Moskau, 2/1/15653, 2–11.

<sup>50</sup> Die Antwort Lenins siehe Drabkin, Babičenko, Širinja: Komintern i ideja mirovoj revoljucii. S. 208, überliefert in: RGASPI, Moskau, 44/1/5, 68ff.

<sup>51</sup> Nikolaj Bucharin: O nastupitel'noj taktike. In: Kommunističeskij internacional 15 (1920). S. 227.

und Schriftstellern wie Vladimir Korolenko und Maxim Gorkij ausgesprochen wurden. Selbst die direkt gestellte Frage des alten Fürsten und Ideengebers sowie Führers der revolutionären Anarchisten, Pjotr Kropotkin, in seinem an Lenin gerichteten Brief blieb unbeantwortet: „Wozu eigentlich stoßen Sie die Revolution auf den Weg, der sie zu Fall bringen wird? Zudem noch durch Mängel, die dem Sozialismus und Kommunismus gar nicht eigen, sondern darum also die Revolution auf einen Pfad drängen, der zu ihrer Niederlage führt, und das hauptsächlich wegen Fehlern, die in keiner Weise dem Sozialismus oder Kommunismus eigen sind, sondern die Überbleibsel der alten Ordnung, einer unbegrenzten, alles verschlingenden Autorität darstellen?“<sup>52</sup>

## „Vom Sturm zur Belagerung“

Anfang 1921 machten sich Vorzeichen einer Änderung der Kominterntaktik bemerkbar, die man später als „Übergang vom Sturm zur Belagerung“ bezeichnete. Die Bildung großer kommunistischer Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien begeisterte zwar ihre Anhänger, erforderte aber keine neue „revolutionäre Romantik“, sondern ernste vorbereitende Arbeit in den Massen selbst. Darüber sprach auch Sinowjew auf dem Parteitag der USPD im Oktober in Halle,<sup>53</sup> der zur Vereinigung ihres Großteils mit der KPD führte, sodass die Vereinigte Kommunistische Partei nun tatsächlich eine Massenpartei wurde. Von der Eroberung der Arbeitermassen war auch in den Briefen von Clara Zetkin an Lenin die Rede gewesen. Bald erschien auch der „Offene Brief“ der VKPD mit dem begründeten Vorschlag, eine *Arbeitereinheitfront* zu schaffen. Was bedeuteten derartige Erklärungen? Waren das nur „schlaue Manöver der Kommunisten“ oder Anzeichen für eine ernsthafte Änderung ihres politischen Kurses? Diese Fragen wurden damals lebhaft innerhalb und außerhalb der kommunistischen Bewegung diskutiert. Auch heute noch fällt die Antwort darauf unterschiedlich aus.

Im März 1921 wandte sich die Aufmerksamkeit der Komintern wiederum Deutschland zu. Die provokative polizeiliche Besetzung von Betrieben im Industriegebiet Halle-Merseburg unter dem Vorwand der Behinderung von Diebstahl traf auf den Widerstand der Arbeiter. Den defensiven Charakter lokaler Ereignisse missachtend, fassten mehrere verantwortliche Kommunisten trotzdem den riskanten Beschluss, „von der Passivität zur Aktivität“ überzugehen. „*Die Rote Fahne*“ erschien mit radikalen Parolen wie „Waffen in Arbeiterhände!“ und „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!“

<sup>52</sup> Peter Kropotkin: Brief an Lenin, 21.12.1920. In: Unterredung mit Lenin sowie andere Schriften zur russischen Revolution. Hrsg. v. Peter Kropotkin. Hannover: Verlag Die Freie Gesellschaft 1980.

<sup>53</sup> Grigorij E. Zinov'ev: Mirovaja revoljucija i Kommunističeskij Internacional. Petrograd: 15-ja Gos. Tip. 1920. S. 7–15; Deutsche Ausg.: Die Weltrevolution und die 3. Kommunistische Internationale. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1920.

Als Erster sperrte sich Trotzki kritisch dagegen: in seinen Thesen („Notizen für sich“) nannte er diese Kampffarolen „psychologisch und politisch für breite Arbeitermassen unmotiviert“.<sup>54</sup> Die deutschen „Rechten“ um Heinrich Brandler und August Thalheimer aber, zusammen mit einigen EKKI-Funktionären, von denen Béla Kun derjenige war, der flammend-radikale Briefe an Lenin und das EKKI schrieb, scheuten sich nicht davor, mit Hetze und Beleidigungen gegen Clara Zetkin und Paul Levi aufzutreten (Dok. 34–44). Zu ihrer Rechtfertigung schmiedeten die Linken schnell eine „Offensivtheorie“, die trotz ihrer Abenteuerlichkeit sofort Widerhall bei den ähnlich gestimmten Kommunisten in Italien, Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei fand. Auch Bucharin, Sinowjew und Radek schwankten nicht, sondern unterstützten die Linke. Sobald sich die Niederlage des auf das Mansfeld beschränkt gebliebenen Aufstands („Märzaktion“) offenbarte und die darauf folgenden schweren Repressionsmaßnahmen die Arbeiter trafen (145 Tote, 35.000 Verhaftete) spaltete sich die Führung der VKPD: Paul Levi wurde aus der Partei ausgeschlossen. Brandler, der des Landesverrats beschuldigt wurde, konnte in die Sowjetunion entkommen.

Zu dieser Zeit gingen auch die Vorbereitungen des III. Weltkongresses der Komintern zu Ende.<sup>55</sup> Lenin erkannte erneut in der Aktivierung der „Linken“ die allergrößte Gefahr für die gesamte kommunistische Bewegung. Nur sein energisches Eingreifen brachte den Umschwung: die ultralinks orientierten Thesen zur Taktik wurden zurückgenommen. Auf dem Kongress musste er allerdings im Juni/Juli 1921 heftige Diskussionen mit verschiedenen europäischen „Abenteurern“ weiterführen. Trotzki übergab den Delegierten einen Fragebogen, der die Bereitschaft in den betreffenden Ländern zur Situation der Arbeiterbewegung und den „revolutionären Perspektiven“ sondieren sollte. Von den Dutzenden Antworten ist die von Ernst Reuter-Friesland für uns interessant. Er meinte, dass, hätte beim Kapp-Putsch eine feste Kommunistische Partei bestanden, eine von ihr geleitete Sowjetrepublik in Deutschland möglich gewesen wäre. Die heutige Lage in der deutschen Partei habe jedoch dazu geführt, dass die revolutionären Kräfte des Proletariats sich bei weitem nicht in der erforderlichen Weise geäußert hätten. Auch die Komintern sei nicht zu einem solchen politischen Zentrum geworden (Dok. 46). Auch die Briefe von Clara Zetkin, Radek sowie der VKPD-Delegation an Lenin zeugten von lebhaften und oft scharfen Diskussionen, die der vorwärtstrebenden revolutionären kommunistischen Gemeinschaft dienen konnten (Dok. 48, 71, 73, 77, 81, 83).

Der Kongress konstatierte den Abschluss der ersten Periode der revolutionären Nachkriegserhebung und damit einen „Tempoverlust der Weltrevolution“. In den Thesen zur Taktik wurde hervorgehoben, dass dies eine längere Periode der organisatorischen und taktischen Schulung erfordere, denn die Revolution könne sich weder in permanenter Form noch gradlinig entwickeln. Eine Offensive sei nur dann und nur

<sup>54</sup> RGASPI, Moskau, 2/1/24529, 4.

<sup>55</sup> Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Tretij kongress Kominterna. Razvitie kongressom političeskoj linii kommunističeskogo dviženija. Kommunisty i massy. Moskva: Izdatel'stvo Političeskoj Literatury 1975.

dort durchführbar, wenn und wo objektiv günstige Bedingungen entstehen würden und die Kommunisten bereits im Vorhinein eine Unterstützung der Massen für sich gewonnen hätten.

In erster Linie durch Lenins Einfluss bändigte der Kongress die „linke Gefahr“ und tat einen bedeutenden Schritt zu einer nüchternen und vorsichtigen Strategie. Hier gab es eine Verbindung mit der Wende der inneren Politik der Sowjetunion, die als Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ vom X. Parteitag der KP Russlands im März 1921 verkündet wurde. Bald nach der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges stellte sich heraus, dass die Arbeiter und Bauern (wie die Matrosenrebellion in der Festung Kronstadt und die Bauernaufstände um Tambov – die „Antonowschtschina“ – deutlich zeigten) nicht weiter die Politik des „Kriegskommunismus“ dulden konnten und wollten, dass die Gefahr eines konterrevolutionären „Thermidors“ drohte.

Nur der Übergang zur Produktsteuer, zum freien Handel und begrenzten mittleren Privatunternehmertum konnte Möglichkeiten für die Wiederherstellung der völlig ruinierten Landwirtschaft sowie die Voraussetzungen für eine Industrialisierung eröffnen. Die Schaffung moderner Großbetriebe erforderte jedoch eine Beteiligung ausländischen Kapitals sowie die Aneignung technischer Erfahrung. Somit wurde aus der Normalisierung der internationalen Verbindungen auf der Basis „friedlicher Koexistenz“ mit der kapitalistischen Umwelt eine existentielle Notwendigkeit. In seinem Referat auf dem Komintern-Kongress „Zur Taktik der RKP“ sowie bei den Treffen mit mehreren Delegierten gestand Lenin offen ein, dass die Entwicklung der Weltrevolution leider nicht so gradlinig verlief, „wie wir das erwarteten.“<sup>56</sup> Es müsse nun, was er in seinen Notizen dreimal unterstrich, nicht nur im Inneren, sondern „auch im internationalen Maßstab“ ein „strategischer Rückzug“ durchgeführt werden. Dabei sollte die Erfahrung der dringenden Notwendigkeit der Anwendung verschiedenartiger Übergangsforderungen auch für andere Länder nützlich sein.<sup>57</sup>

Bei alledem enthielt der Aufruf des EKKI noch immer die überholte Aufgabenstellung: „Die breitesten Arbeitermassen müssen dem Einfluss der sozialdemokratischen Parteien und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie entrissen werden“,<sup>58</sup> wodurch die gleichzeitig verkündeten Aufrufe zur *Arbeitereinheitensfront* in Frage gestellt wurden. Es bleibt auch heute noch schwer zu beurteilen, inwieweit unter solchen Umständen diese von ultra-revolutionären Funktionären in der Komintern wie auch in den nationalen Parteien erhobene Forderung, die immer von vielen Schuldzuweisungen und anderen Einschränkungen begleitet war, Aussicht auf wirkliche Erfolge hatte.

56 W. I. Lenin: Referat über die Taktik der KPR. In: Ders.: Werke. Bd. XXXII. Berlin(Ost) 1961. S. 501–519, hier: S. 502.

57 W. I. Lenin: Plan doklada o vnutrennej i vnešnei politike na IX vsrossijskom s'ezsde. In: Ders.: Pol'noe sobranie sočinenij. Vol. 44: ijun' 1921–mart 1922. S. 484–493, hier: S. 484, 487 (in der deutschen Ausg. nicht enthalten, Bem. des Bearbeiters).

58 Georgij N. Golikov [u. a.] (Hrsg.): V. I. Lenin i Kommunističeskij Internacional. Moskva: Politizdat 1970 (Izdatel'stvo Politiceskoj Literaturij). S. 393.

Allerdings erhielt die offensive Taktik bisweilen auch gewisse Anstöße von außen. Dies war 1922 der Fall, als einerseits die Angriffe der Bourgeoisie in der ökonomischen und sozialen Sphäre, die Zuspitzungen der interstaatlichen Gegensätze sowie neue imperialistische Kriegsdrohungen die internationale Situation aufheizten. Andererseits tauchten auf den Straßen zahlreicher Städte der westlichen Länder – als eine neue Realität der Nachkriegszeit – Massenumzüge militarisierter faschistisch-nationalistischer und revanchistischer Verbände auf, die nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die Sozialdemokratie und jede Demokratie gerichtet waren. Dies bezeugten die von rechtsextremistischen Organisationen verübten Terrorakte gegen bürgerliche Friedenspolitiker wie Matthias Erzberger (später auch Walther Rathenau), die auch die Führer der Zweiten und der „Zweieinhalbten“ Arbeiterinternationalen, zum Teil auch etwaige pazifistische Vertreter, zu einer gewissen Bereitschaft bewegten, gemeinsame Gegenaktionen zusammen mit den Kommunisten zu initiieren.

In diesem Kontext sind zum einen zahlreiche in den Band aufgenommene Materialien bedeutsam, darunter die Schreiben von Georgi Čičerin, Ioffe, Radek, Krestinskij und anderen zur internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua im April/Mai 1922. An ihrem Rande wurde bekanntlich der deutsch-russische Vertrag von Rapallo unterzeichnet, der nun endlich die allseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherstellte. In diesem Zusammenhang sind auch die Dokumente über die Verhandlungen von Leonid Krasin mit deutschen Industriellen, Finanzleuten und hohen Militärs von Interesse (Dok. 55, 58–59, 61).

Noch bedeutsamer sind jedoch die ausführlichen Berichte von Bucharin und Radek, die als kommunistische Vertreter im April 1922 an der „Konferenz der drei Internationalen“ in Berlin beteiligt waren (Dok. 63, 65–68). Dieser erste – und leider letzte – Versuch, die Spitzenfunktionäre der internationalen Arbeiterbewegung an einen Diskussionstisch zu bekommen, war ein überzeugendes Beispiel für die verpassten Möglichkeiten und Chancen. Der Misserfolg der Verhandlungen hatte seine Ursache nicht nur in dem Druck, den die überaus belastende Spaltung der organisierten internationalen Arbeiterbewegung ausübte. Zwar wurden in letzter Zeit zahlreiche neue Materialien zu diesem Komplex veröffentlicht, doch würde nur eine gemeinsame Edition aller dazugehöriger Archivalien von Komintern und „Sozintern“ in Moskau und Amsterdam dazu beitragen können, die Hintergründe tiefer zu erforschen und die Planung sowie Verhaltensweisen der kommunistischen und sozialistischen Unterhändler zu erhellen.<sup>59</sup> Dabei wäre festzustellen, inwieweit der damalige Misserfolg durch den etwa ein Jahrhundert lang währenden Streit zwischen Revolutionären und Reformisten vorausbestimmt war. Denn bereits heute ist evident, dass der negative Ausgang der Verhandlungen nicht nur eine Folge der immanenten Schwäche der gespaltenen Gemeinschaften gewesen ist. Auch ist er nicht nur Ergeb-

<sup>59</sup> Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin: Karl Dietz 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus 10). S. 65ff.

nis bösen Willens oder des Fehlens dieser oder jener Führungspersönlichkeiten auf beiden Seiten gewesen, obwohl auch dies relevant war. Die negativste Folge war, dass dieser Misserfolg tiefe Furchen im Massenbewusstsein hinterlassen hatte, was es wiederum unmöglich machte, der faschistisch-nazistischen Offensive und damit dem Zweiten Weltkrieg aus dem Weg zu gehen.

Gleichwohl liegen zahlreiche Zeugnisse aus unterschiedlichen Quellen vor, dass von vielen Seiten aus aktiv in Richtung der Herstellung einer Arbeitereinheitsfront weiter gearbeitet wurde. Hier sind die Forschungen des damaligen „Varga-Instituts“ in Berlin (Dok. 76), gemeinsame Aktionen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs (Dok. 77) sowie die Absage der Demonstrationen zum „Antifa-Tag“ 1923 zu nennen (Dok. 80–81). Auf dem IV. Kominternkongress Ende des Jahres konnte Lenin keine konkreten imminenden Perspektiven der Weltrevolution mehr voraussehen. Er verwies deshalb seine Nachfolger auf eine längere Dauer ihrer nach wie vor umfassenden Vorbereitung und hinterließ dabei zwei lapidare, gleichwohl wichtige konkrete Empfehlungen: Einerseits den Gang der Geschichte nicht zu forcieren und andererseits die russische revolutionäre Erfahrung nicht zu einer Ikone werden zu lassen.<sup>60</sup> Beide Hinweise wurden jedoch von den Parteien der Komintern kaum ernsthaft befolgt.

## Zur militärischen und konspirativen Tätigkeit der Kommunisten

Die Reorganisation des EKKI laut der Beschlüsse des IV. Kongresses hatte die Zentralisierung der Leitung wesentlich untermauert. Verstärkt wurde vor allem die Rolle der Organisationsabteilung unter Vaclav Mickevič-Kapsukas. In ihrem Umkreis wurden ständige Kommissionen für die Arbeit in der Armee (Fedor Petrov) sowie für illegale Tätigkeit (Meer Trilisser) gebildet. Die beiden Kommissionen wie auch die Abteilung für internationale Verbindungen (OMS), die Pavel Vompe leitete, wirkten in enger Verbindung mit den Organen der sowjetischen GPU<sup>61</sup>. Die „Illegale Kommission“ konzentrierte ab 1923 ihre Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit in den Ländern, in denen die innenpolitische Lage sich in besonderer Weise verkomplizierte: in Italien, Deutschland, Bulgarien, Jugoslawien und Ungarn (Dok. 79).

<sup>60</sup> Aleksandr I. Sobolev, Kirill K. Širinja, Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Četvrtij kongress Kominterna. Razrabotka kongressom strategii i taktiki kommunističeskogo dviženija v novych uslovijach [politika edinogo fronta. Moskva: Izd-vo polit. lit-ry 1980; Golikov [u. a.] (Hrsg.), V. I. Lenin i Kommunističeskij Internacional.

<sup>61</sup> GPU (Abk.): Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie; deutsch: Staatliche Politische Verwaltung, als Bezeichnung für den Geheimdienst und die politische Polizei der Sowjetunion.

Als das Zentrum internationaler revolutionärer Ereignisse galt wie vorher bereits Deutschland. Die Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien Anfang 1923 verschärfte nicht nur die innerdeutsche Lage, sondern auch die gesamte Situation in Europa. Der am 12. August begonnene allgemeine Streik führte zur Abdankung der Regierung Cuno. Doch statt einer Arbeiterregierung kam das Kabinett der großen Koalition unter Stresemann an die Ruder. Bald darauf ließ Präsident Ebert, angeblich zum Schutz der Republik vor Rechts und Links, den Belagerungszustand erklären, der General von Seeckt bevollmächtigte, die Reichswehr gegen die in Sachsen und Thüringen legal von SPD und KPD formierten Landesregierungen als Arbeiterregierungen einzusetzen.

In Erwartung einer Vertiefung der Revolutionskrise nahm die Leitung der KPD Kurs auf die direkte Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands zur politischen Machtergreifung. Der Vorsitzende der Zentrale, Heinrich Brandler, schrieb noch im Juli an Radek, dass hierzu die Hilfe seitens des EKKI nötig sei, denn ansonsten werde die Komintern die Verantwortung tragen müssen. Konkrete Schritte zum Bürgerkrieg wurden im Schreiben von Gerhard Schott („Robert“) aufgelistet, der in der Folge zum Leiter der Abteilung Militärorganisation des ZK der KPD (zur Tarnung „Bibliothek“ genannt) bestellt wurde (Dok. 93). Seine Denkschrift sowie die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Vom Bürgerkrieg“ schickte er an den Sekretär des EKKI, Osip Pjatnickij (Dok. 85, 93, 94).

Am 22. August fasste das Politbüro des ZK der RKP(B) den Beschluss, wobei sie sich auf die Führer des deutschen Kommunismus beriefen, das deutsche Proletariat in seinem Kampf um die Macht zu unterstützen und zu diesem Zweck eine Sonderkommission zu bilden.<sup>62</sup> Mitte September 1923 waren die Mitglieder des Politbüros und des EKKI-Präsidiums – zumeist die gleichen Personen – in der Erwartung der in Deutschland herannahenden Massenerhebung der Arbeiter dazu bereit, wie sie es formulierten, „Entscheidungen zu treffen“.

Sinowjew, der zusammen mit Trotzki, Bucharin, Molotov und Frunze in Kislovodsk den Urlaub verbrachte, hatte eine Skizze der Thesen „*Die Lage in Deutschland und unsere Aufgaben*“ angefertigt. Den Kurs der KPD hin zum Aufstand billigend, wurden RKP(B) und Komintern instruiert, alle Ressourcen, darunter Brot, Waffen, Kämpfer, für die Hilfe der deutschen Revolution zu mobilisieren. Die Idee der Weltrevolution sei, wie es dort hieß, „eben jetzt erstmals Fleisch und Blut“ geworden, was nun sofort der sowjetischen wie der Weltöffentlichkeit erläutert werden musste.<sup>63</sup>

Stalins Haltung war zu dieser Zeit noch nicht eindeutig. So zweifelte er am 7. August 1923 daran, ob die Kommunisten, sollte ihnen die Macht in die Hände fallen, diese würden halten können, und warnte Sinowjew: „Meiner Meinung nach muss

<sup>62</sup> G. M. Adibekov, K. M. Anderson; K. K. Širinja, L. A. Rogovaja (Hrsg.): Politburo CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004. S. 154 (Dok. 100).

<sup>63</sup> Siehe Leonid G. Babičenko: Politburo CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Novije archivnye materialy. In: Novaja i novejšaja istorija 2 (1994). S. 125–157, hier: S. 127f.



man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern“. (Dok. 84). Trotzki unterstützte ihn ebenfalls zwei Wochen später zumindest in einer Richtung: „Der Standpunkt Stalins ist richtig – es darf nicht erkenntlich sein, dass wir anführen, weder die RKP(B) noch die Komintern“. <sup>64</sup>

Bald darauf wendete sich jedoch das Blatt: Am 10. Oktober ließ Stalin in der Berliner *Roten Fahne* seinen handgeschriebenen Brief veröffentlichen, in dem er das absolute Gegenteil behauptete: „Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage (...)“, hieß es hier und weiter: „Mit dem Sieg des deutschen Proletariats wird sich das Zentrum der Weltrevolution unweigerlich nach Deutschland verschieben“. <sup>65</sup> Georgi Čičerin war beunruhigt und ließ daraufhin unmittelbar bei Molotov nachfragen, ob dies zutreffe (Dok. 91). Könnte es sich dabei um einen Versuch Stalins gehandelt haben, sich selbst an die Spitze der Weltrevolution zu setzen? Dies wäre jedoch zu plump gewesen.

Seitens des Politbüros der RKP(b) und des EKKI wurden in der Zwischenzeit Beschlüsse von großer Tragweite zur Vorbereitung der deutschen Revolution gefasst (Dok. 87–90). Zur Umsetzung der Thesen über „*Die kommende deutsche Revolution und die Aufgaben der RKP(b)*“, die am 23. September von einem speziellen Plenum des ZK bestätigt wurden, hatte die ständige „Politbüro-Kommission für internationale Lage“, der fast alle Spitzen des Sowjetstaates, der Partei und der Komintern angehörten, darunter Sinowjew, Stalin, Trotzki, Kamenev, Radek, Čičerin, Džeržinskij, Sokol’nikov, ihre Arbeit begonnen. Als symbolischer Tag des Aufstandes wurde der 9. November 1923, der fünfte Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, bestimmt. <sup>66</sup> Für die Hilfe der streikenden Arbeiter veranlagte die Profintern eine Million Goldrubel und rief die Bevölkerung der Sowjetunion zu einer öffentlichen Spendensammlung auf. Zwei Tage zuvor hatte in Moskau eine Beratung der Vertreter der Kommunistischen Parteien Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei begonnen. Hier versicherte Brandler, dass die deutschen Kommunisten zum Aufstand bereit seien. Arbeiterhundertschaften hätten sich organisiert und die Bewaffnung vorgenommen. Nur Thälmann und Eberlein zweifelten an ihrer vollständigen Bereitschaft. Als das EKKI zusammen mit den deutschen Vertretern der KPD empfahl, in die Arbeiterregierungen

<sup>64</sup> Stenogramm der Politbüro-Sitzung vom 21.8.1923. Siehe Naznačit’ revoljuciju v Germanii na 9 nojabrja. In: Staraja ploščad’. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii 5 (1995). S. 115–139, hier: S. 122. Trotzki kritisierte dieses Dokument später in seiner Stalin-Biographie: „Dieses jämmerliche Dokument, in dem jede Zeile von krasser Ignoranz zeugt, stellt den Beginn von Stalins Teilnahme an den Arbeiten der Kommunistischen Internationale dar.“ (L. Trotzki: Stalin. Eine Biographie. Köln/Herrsching 1988. Lizenzausgabe für Manfred Pawlak. S. 469).

<sup>65</sup> Lew Besjmenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau-Verlag 2002. S. 35, 43; Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babičenko, Fridrich I. Firsov, Alexandr Ju. Vatlin (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Berlin: Aufbau-Verlag 2003 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). S. 99ff.

<sup>66</sup> Es war ein reiner Zufall, dass genau am selben Tag der sog. „Bierputsch“ Hitler-Ludendorffs in München begann.

in Sachsen und Thüringen einzutreten, teilte Brandler mit, dass die Situation sich weit weniger günstig präsentiere, als er dies selbst in Moskau beurteilt habe; immerhin setze er jedoch seine Hoffnung in die zugesagte Hilfe.

Um die deutschen Kommunisten zu unterstützen, schickte die KP Russlands auf Bitte der KPD als „vier Emissäre“ die erfahrenen Politiker Karl Radek, Jurij Pjatakow und Vasilij Šmidt nach Deutschland, denen sich der sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, anschloss (Dok. 97). Wie die archivalischen Quellen zeigen, zählte die „russische Descente“ in Deutschland mehrere Dutzend militärische und zivile „Berater“. Es war bezeichnend, dass dabei selbst Radek von der Leitung des Aufklärungsdiensts der Roten Armee beobachtet und ihrer obersten Behörde streng geheim gemeldet wurde, dass er die Vorschriften über seine eigene Konspiration nicht befolgt habe (Dok. 101). Aus den vielen Berichten von Radek, Pjatakow und anderen (Dok. 96, 103, 105) entsteht ein Bild der organisatorischen Hilflosigkeit seitens der kommunistischen Führer, vor allem aber davon, dass sich die deutschen Arbeitermassen gar nicht in eine „Entscheidungsschlacht geworfen hatten“. Auch die Information des Leiters des illegalen Apparats der KPD an das EKKI vom 15. November 1923 bewertete die Lage der Partei kritisch (Dok. 100). Sinowjew wurde darüber übrigens auch direkt vom in Berlin tätigen Eugen Varga unterrichtet (Dok. 108).

In der linken Historiographie war jahrelang die überzogene Version verbreitet, dass die Arbeiterklasse im „Deutschen Oktober“ in großen Klassenkämpfen zerschlagen wurde, wobei der Hamburger Aufstand mit Ernst Thälmann an der Spitze ein Musterbeispiel des Heroismus gewesen sei.<sup>67</sup> Die Öffnung der sowjetischen Geheimarchive hat das Bild wesentlich verändert und zur Richtigstellung genötigt. Nicht die Arbeiterklasse, die generell dem Kampf fernblieb, war zerschlagen worden, sondern es schlug der abenteuerliche Versuch fehl, ohne ein Erwachen und Ausreifen des Willens oder eine breitere Mobilisierung der deutschen Volksmassen, von Moskau aus einen „Deutschen Oktober“ zu dirigieren. In enger Zusammenarbeit russischer und deutscher Historiker wurden neue Erkenntnisse erzielt; es besteht kein Grund dazu, die letzte Welle des revolutionären Aufschwungs im Europa der Nachkriegszeit einfach nicht wahrzunehmen und die Abwehrkämpfe in Hamburg und Sachsen als Legende abzuwerten.

\* \* \*

Sobald der Fehlschlag der Revolution nicht mehr zu leugnen war, hatten die bis dato noch solidarisch handelnden Kominternführer begonnen, „Schuldige“ in den eigenen Reihen zu suchen. Als erster wurde Brandler genannt, danach wurde ihm in der bedrückenden Atmosphäre des wachsenden Konkurrenzkampfes um Lenins Erbe

---

<sup>67</sup> So z. B. Heinz Habedank: *Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923*. Berlin (Ost): Dietz 1958; David S. Davidovič: *Ernst Tel'man i gamburgskoe vosstanie*. 3. erw. u. überarb. Aufl. Moskva: Nauka 1988.

neben Trotzki auch noch Radek hinzugesellt. Doch in dem großen Parteibeschluss des ZK der VKP(B) vom Januar 1924 „*Die Lehren der deutschen Ereignisse*“ wurde die deutsche Sozialdemokratie als Hauptverursacher der „Niederlage der Arbeiter“ genannt. Letztere wurde nun von Sinowjew erstmals und ohne Begründung als ein „Flügel des Faschismus“ gebrandmarkt. Auch Stalin schloss sich bald dieser links-sektiererischen, dogmatischen Einstellung an, die in der Folge für lange Jahre in der Komintern und ihren Parteien weitere Wurzeln schlug.

Inzwischen hatten die „Militärberater“ – und nicht nur diese – aus dem Vergleich des verfehlten „deutschen Oktober“ mit seinem russischen Prototyp die Notwendigkeit einer weiteren Festigung der Militärorganisation der KPD und der Gründung von Militärschulen in Deutschland und Moskau abgeleitet. Es wurden sogar Meinungen dahingehend geäußert, dass die deutsche Revolution ohne Hilfe der Roten Armee überhaupt nicht stattfinden könne. So behauptete ein gewisser Štrodach, dass „die ersten weiteren Schritte der Weltrevolution“ in Polen beginnen müssten und „nur dann in Deutschland folgen“ sollten. U. a. schlug er vor „der Komintern eine kleine Militärabteilung anzuschließen“ (Dok. 105).

Eigentlich existierte bereits seit einem Jahr bei der „Orgabteilung“ des EKKI eine konspirative „M-Kommission“. Wie zwei ihrer Geheimbriefe vom April und Mai 1924 an das ZK der KPD bezeugen (eventuell auch anderer Parteien), forderte die Leitung der Komintern nicht nur eine dringende Verstärkung des Kampfes gegen den bürgerlichen Militarismus und die Kriegsgefahr, wovon in den propagandistischen Materialien die Rede war, sondern auch die konkrete Organisation der illegalen Arbeit der Kommunisten in den verschiedenen Heeren und Flotten.<sup>68</sup>

Gerade in dieser Zeit ergab sich eine große Krise der Militärorganisation der KPD, an deren Spitze der von Moskau angestellte Petr Skoblevskij („Gorew“, „Helmut“, „Wolodjka“) stand. Aus „geheimen Militärangelegenheiten“, die Pjatnickij an Radek schickte, geht hervor, dass diese Organisation („Vojenka“) vollständig von Moskau alimentiert, von dort kontrolliert und von russischer Seite beschickt wurde. Die damaligen Leiter der Zentrale der KPD (Brandler, Kleine-Gural'skij, Ulbricht u. a.) waren an der Gründung einer terroristischen „Tscheka-Gruppe“ durch die M-Kommission beteiligt, die nicht nur den Auftrag hatte, Provokateure in den Reihen der KPD zu liquidieren, sondern auch die Tötung angesehener Politiker vorzunehmen. Das u. a. vorgesehene Attentat auf General von Seeckt wurde allerdings noch gestoppt (Dok. 109–110).

Markant war der Vorschlag des KPD-Funktionärs August Mayer. Nach dem Streit schrieb er an das EKKI: „Entweder wird alle Militärarbeit dem ZK der KPD unterstellt, oder ihr schickt aus Moskau hierher einen Genossen mit halbdiktatorischen Vollmachten“.<sup>69</sup> Aus weiteren Dokumenten, darunter dem Bericht von Iosif Unšlicht, dem Stellvertreter des GPU-Vorsitzenden, geht hervor, dass man sich mit einigen Umstellungen der Kominternkader begnügen wollte. Doch der Gerichtsprozess gegen

<sup>68</sup> RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 120ff.

<sup>69</sup> RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 28–31.

die „deutsche Tscheke“ von Februar bis April 1925, in dem „General“ Skoblevskij zum Tode verurteilt (später dann begnadigt) und Felix Neumann mit langer Haft bestraft wurde, brachte der KPD in der öffentlichen Meinung einen schlechten Ruf ein.

Eine kritische Analyse der militärischen Fehler in den Kämpfen von 1923, wie auch der Arbeit der ersten deutschen Militärschule, lieferte in Moskau der bekannte KPD-Funktionär Erich Wollenberg (Ps.: Walter). Sein Fazit lautete, dass eine neue Militärschule sich vom Prinzip „Leninismus und Militärarbeit“ leiten lassen müsse, indem sich die Lehre vom Aufstand als einer Kunst, die Rolle der Partei und des Militärapparats sowie das Zusammenwirken der politischen mit den militärischen Organisationen unter kritischer Aneignung der internationalen Erfahrungen über die Bürgerkriege zu einer Symbiose verbinden sollten (Dok. 112). Den Bericht der Militärorganisation für das Jahr 1924 ergänzten Zahlen über die Budgetausgaben für den „antimilitärischen Apparat“ in den von Frankreich besetzten Gebieten (Dok. 118).

Eine Fiasco erlitt in dieser Zeit auch die illegale Passstelle des ZK der KPD, die von der Polizei ausgehoben wurde (Dok. 114). Es muss jedoch betont werden, dass der Abbau der großen Erwartungen auf eine baldige Revolution in Deutschland und die Notwendigkeit von Kürzungen – fast eine Halbierung der Komintern-Ausgaben – eine Umstellung der illegalen Militärorganisation nötig machten, deren monatliche Kosten nun etwa \$ 7.500 betragen sollten (Dok. 118–119).

Bemerkenswert war andererseits, was der Leiter der Roten Gewerkschafts-Internationale („Profintern“), Aleksandr Lozovskij, kaum aus Deutschland zurück, wo er aktiv im entsandten Verbund mitgewirkt hatte, am 23. Dezember 1923 in einem Schreiben an das Politbüro zu den Wechselbeziehungen von Sowjetregierung und Komintern vorschlug. In einem *formalen* Akt sollte „feierlich die vollständige Unabhängigkeit“ beider Gremien deklariert werden: „Es geht vor allem darum, wie man es bewerkstelligen soll, dass sowohl die Herstellung der „Unabhängigkeit“ gelänge, und zugleich weder die Komintern, noch die Sowjetmacht davon *keinerlei* politischen Schaden tragen werden (...)“. (Dok. 102) Der schlaue Vorschlag blieb lediglich auf dem Papier, sein Autor wurde jedoch außer der Reihe und jeglicher Statuten als Kandidat in das EKKI aufgenommen. Wen hätte man denn auch täuschen können? Der amerikanische Staatssekretär Hughes und die deutschen Politiker besaßen in ähnlichen Dingen eine reiche Erfahrung. In Deutschland, das auch in den folgenden Jahren ein Herd internationaler und innerer Spannungen blieb, ging die politisch-militärische Aktivität der KPD in Theorie und Praxis nur wenig zurück.

## „Sozialismus in einem Land“?

Lenin, der mehr als alle seine Mitkämpfer die Fähigkeit und den Mut zur Selbstkritik und Korrektur eigener Gedanken und Taten besaß, bemühte sich noch 1920 darum, ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem großen Ziel der „Weltrevolution“ und den

realen Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung herzustellen und zu fixieren. Doch der „linke Radikalismus“ erwies sich nicht nur als bloße Kinderkrankheit des Kommunismus, sondern eher als seine immanente Charakteristik, genau wie andererseits der sog. „Reformismus“ einen Grundkern der Sozialdemokratie bildete. Die Einheitsfrontpolitik, Teil- und Übergangsforderungen, Bündnisse und andere Versuche der Kommunisten, ihre Isolierung von den Massen zu überwinden, wurden zu Generalproben für ihre effektive strategische Stärke. Und dies zudem in einer Zeit, in der der aggressive Faschismus daran ging, die Grundpfeiler der Zivilisation und Demokratie zu erschüttern.

Es wäre nur folgerichtig gewesen, wenn die theoretische Begründung des weltrevolutionären Komplexes von Anfang an in den Mittelpunkt der Tätigkeit der im Juni 1922 gebildeten Programmkommission der Komintern gestellt worden wäre. Doch bereits in ihrer ersten Sitzung erklärte Sinowjew selbstsicher: „Wir wissen schon, was der europäischen und der Weltrevolution Not tut“. Zugleich bezweifelte er grundsätzlich, ob man mit einem Komintern-Programm aufwarten könne, noch bevor die größten Sektionen eigene Programme formuliert hatten. Karl Radek hatte eingangs versichert, dass die „allgemeinen Positionen zur Epoche der sozialen Revolution in unseren Reihen auf keinerlei Meinungsverschiedenheiten stoßen werden“. Sicherlich befänden sich einzelne Länder auf unterschiedlichen Stufen ihrer Revolutionen und man solle nicht die gleichen Parolen für alle aufstellen. Das Komintern-Programm müsse daher ein konkretes Bild der revolutionären Entwicklung aufzeichnen: nicht nur alles auf einen Nenner bringen, sondern auch den Besonderheiten jedes Landes viel Achtung widmen. Dabei betonte er die Notwendigkeit von Übergangsforderungen und hob als wohl wichtigstes hervor: „Keinesfalls kann man mit einem gleichzeitigen Sieg der Revolution in allen Ländern rechnen“.<sup>70</sup> Bucharin, Clara Zetkin, Bohumír Šmeral ihrerseits diskutierten nicht so sehr über Sinn und Inhalt des Programms, sondern vielmehr über seine Struktur und taktische Fragen (Dok. 69). Schließlich legte die Programmkommission dem IV. Komintern-Kongress einen Sammelband mit Materialien vor. Ihr Sekretär Laszlo Rudas forderte alle Sektionen auf, ihre Aufarbeitungen und Vorschläge vorzulegen und formulierte dazu eigene Vorstellungen zur Programmstruktur und zum Verhältnis von allgemeinen und besonderen Aufgaben. Bucharin ließ den von ihm verfassten Entwurf des allgemeinen Teils des Programms verteilen. Programmentwürfe lagen ebenfalls von der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI), der KPD, der KP Bulgariens und der Japans vor. Obwohl im vorhinein klar war, dass der Kongress kein fertiges Programm annehmen würde, wurden Redebeiträge von Bucharin, Thalheimer und Kabakčiev angehört sowie alle Vorschläge und Materialien dem EKKI überreicht. Auf Lenins Wunsch hin sollten bis zum nächs-

---

70 RGASPI, Moskau, 5/3/19, 1ff.

ten Kongress in einem neuen Entwurf die theoretischen Grundlagen für alle taktischen und Übergangsforderungen festgelegt werden.<sup>71</sup>

Im Beschluss „Zur Russischen Revolution“ wurde der prinzipielle Grundsatz folgendermaßen formuliert: „Der 4. Weltkongress mahnt die Proletarier aller Länder daran, dass die proletarische Revolution nie innerhalb eines einzigen Landes vollständig siegen kann, dass sie vielmehr international, als Weltrevolution siegen muß. Sowjet-Rußlands Arbeit und Kampf für seine Existenz, für die Errungenschaften der Revolution ist der Kampf für die Befreiung der Proletarier, der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt aus Ketten und Knechtschaft. Die russischen Proletarier haben ihre Pflicht als revolutionäre Vorkämpfer des Weltproletariats überreich getan. Das Weltproletariat muß endlich das seinige tun.“<sup>72</sup> Im Juni 1923 bestätigte das 3. Erweiterte Plenum des EKKI, dass die Programme aller Sektionen der Komintern einen allgemeinen Teil beinhalten müssten und dass darüber hinaus jede Partei einen Entwurf für ihren nationalen Teil vorzulegen, einen Verantwortlichen dafür zu bestimmen sowie dem EKKI weitere Materialien und Vorschläge zu überreichen habe. Die Programmkommission sah vor, auf dem V. Kongress das Projekt des allgemeinen Teils vorlegen zu können.

\* \* \*

Lenins Tod im Januar 1924 verschob alle Akzente ganz wesentlich. In den großen Parteidiskussionen kam es sofort, obwohl darüber laut nicht gesprochen wurde, zu Auseinandersetzungen um seine Nachfolge. Die von Lenin in seinem politischen Vermächtnis („Testament“) vorgenommenen harten Beurteilungen der Personen in seinem Umkreis blieben dabei streng geheim. Das sog. „Dreiergespann“ – die „Troika“ mit Stalin, Sinowjew und Kamenev – war zu keiner Zeit eine kollektive Parteiführung gewesen. Wie Sinowjew bereits Mitte Juli privat an Kamenev schrieb, ging es auf schnellem Weg zu einer Alleinherrschaft und der Diktatur Stalins: „Ilitsch hatte tausendmal recht: Entweder wird ein *ernsthafter* Ausweg gefunden, oder die Phase des Kampfes wird unausweichlich sein“.<sup>73</sup> Gleichwohl waren Sinowjew und Kamenev in höchster Form darum bemüht, nicht Stalin, sondern vor allem Trotzki zu diskreditieren, der seinerseits ihre Aktivitäten ironisch als „Epigonen-Verschwörung“ bezeichnete. Alle drei gaben sich große Mühe, aus früheren Divergenzen zwischen Trotzki und Lenin, wie auch aus natürlichen Meinungsverschiedenheiten, einen sog. „Trotzkismus“ zu konstruieren, der nun als „strenges System“ dem „Leninismus“ direkt entgegengestellt werden konnte. Im Laufe weiterer heftiger Parteidiskussionen

<sup>71</sup> K voprosu o programme Kommunističeskogo Internationala. Materialy. S učastiem Radeka, Šmeralja, Varga i dr. Moskva: Krasnaja Nov 1924. S. 104.

<sup>72</sup> Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg: Carl Hoym 1923. S. 965f.

<sup>73</sup> RGASPI, Moskau, 324/2/71, 16ff.

wurde der „Trotzkismus“ zunächst als „kleinbürgerliche“ Abweichung dargestellt und denunziert.

Stalin hatte von Beginn an die Initiative für alle theoretischen und ideologischen Deutungen des Leninismus in seinen Händen konzentriert. An Lenins Grab legte er im Namen der Partei Lenins den großen Schwur ab, der mit dem Versprechen schloss, „die Kommunistische Internationale zu festigen und zu erweitern“.<sup>74</sup> Es folgten Stalins „Leninismus-Seminar“ und im April bereits die Universitätsvorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“, die unverzüglich veröffentlicht wurden.<sup>75</sup> Stalin maß auch seinem in der „Pravda“ erschienenen Artikel „Zur internationalen Lage“ eine große Bedeutung bei, in dem er sich erstmalig mit konkreten Empfehlungen an die ausländischen kommunistischen Parteien und Gewerkschaften wandte. Der „bürgerliche Pazifismus“ wurde hierin in scharfer, kritischer Form angegriffen, der Faschismus als eine Kampforganisation der Bourgeoisie und die Sozialdemokratie als sein objektiv „gemäßigter Flügel“ bezeichnet. Dabei wurde in zorniger Form dreist behauptet, dass diese beiden Organisationen komplementär seien, da sie „keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder“ seien.<sup>76</sup> Hieraus erwuchs später der falsche und gefährliche Begriff des „Sozialfaschismus“.

Was die Tonschärfe anging, versuchte Sinowjew, nicht hinter Stalin zurückzubleiben. Neben einer Neuauflage seiner „Geschichte der RKP“<sup>77</sup> erschien ein Sammelband mit seinen Reden unter dem Titel „Welpartei des Leninismus“, in dem er die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution hervorhob.<sup>78</sup> Trotzki seinerseits veröffentlichte seine auf der persönlichen Erinnerung fußenden Bücher „Über Lenin“ und „Die Lehren des Oktober“.<sup>79</sup> In der immer rauer werdenden ideologischen Polemik wurde die Frage der Weltrevolution im Zusammenhang mit der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus vorerst in einem einzeln herausgegriffenen Land aufgeworfen. Stalin spitzte diese These in seinem Artikel „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ besonders zu und machte sie nicht nur zum Gegenstand einer höchst prinzipiellen personalisierten Auseinandersetzung zwi-

<sup>74</sup> Siehe J. W. Stalin: Zum Tode Lenins. In: Ders.: Werke. Bd. VI. Berlin (Ost): Dietz 1952. S. 46.

<sup>75</sup> J. W. Stalin: Zum Tode Lenins. In: Ders.: Werke. Bd. VI. Berlin (Ost): Dietz 1952. S. 62–166. Auch als Buch erschienen: J. W. Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1946.

<sup>76</sup> J. W. Stalin: Zur internationalen Lage. In: „Bolschewik“, 20.9.1924. Zit. nach J. W. Stalin: Werke. Bd. VI. Berlin: Dietz 1952. S. 251–269, hier: S. 253.

<sup>77</sup> Grigori Sinowjew: Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Abriss in sechs Vorträgen. Hamburg: Verlag der Komunistischen Internationale/Carl Hoym 1923 (Repr. Politischen Erlangen 1972).

<sup>78</sup> G. Sinowjew: Die Welpartei des Leninismus. Hamburg: Carl Hoym 1924.

<sup>79</sup> Lev Trotzki: Über Lenin. Materialien für einen Biographen. Berlin: Neuer Deutscher Verlag 1924; Lev Trotzki: Die Lehren des Oktober. Hrsg. v. Franz Pfemfert. Berlin: Die Aktion 1925.



schen Lenin und Trotzki, sondern erhob sie zu einer prinzipiellen Alternative zwischen „Leninismus“ und „Trotzkismus“.<sup>80</sup>

Der V. Komintern-Kongress von Juni bis Juli 1924 wurde von Sinowjew mit dem Vortrag „Von Lenin zum Leninismus“ eröffnet. In den Vordergrund wurde die Problematik der Strategie und Taktik der Revolution, wie auch die Aufgabe der „Bolschewisierung“ aller Kommunistischen Parteien gestellt, als Vorbedingung für die Verwandlung der Komintern in die einheitliche Weltpartei des Leninismus. Der Kongress unterstützte zugleich die zwischenzeitlich erfolgten Beschlüsse des ZK der RKP(B) über die ideologische Verurteilung des Trotzkismus.<sup>81</sup>

Die weiteren Aussichten der Weltrevolution wurden diesmal mit einer gewisser Vorsicht beurteilt: „Die Epoche der internationalen Revolution hat begonnen. Das Tempo ihrer Gesamtentwicklung wie insbesondere das Entwicklungstempo der revolutionären Ereignisse auf dem einen oder anderen Kontinent, in dem einen oder anderen Lande, kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. Die Gesamtlage ist eine solche, dass zwei Perspektiven möglich sind: a) die Möglichkeit einer langsameren und schleppenderen Entwicklung der proletarischen Revolution; b) infolge der Tatsache, daß der Kapitalismus bereits stark unterminiert ist und seine inneren Widersprüche sich im allgemeinen außerordentlich rasch verschärfen, kann die Katastrophe in dem einen oder anderen Lande in sehr kurzer Zeit eintreten. Die Taktik der Komintern muss mit der Möglichkeit beider Perspektiven rechnen.“<sup>82</sup>

Die Thesen zur „Bolschewisierung“ der Kommunistischen Parteien, die von Sinowjew unter Beteiligung Bucharins dem V. Plenum des EKKI von März bis April 1925 vorgelegt und von ihm bestätigt wurden, waren auf ein verlangsamtes, durch die „partielle Stabilisierung des Kapitalismus“ bedingtes Tempo ausgerichtet. Obwohl bestimmte Vorbehalte dahingehend formuliert wurden, dass es nicht um eine „mechanische Nachahmung“ der russischen Erfahrung ginge, waren die Thesen äußerst dogmatisch. In direkter Form wurde darauf hingewiesen, dass die Bolschewisierungslosung aus dem Kampf gegen die „rechte Gefahr“ entstanden sei, dass jedoch „die Fehler der Luxemburgianer“ sowie weitere von den Linken geäußerte Ansichten, die dem Leninismus am nächsten stünden, „besonders schädlich“ seien. Trotz einer verbalen Distanzierung von einer Ablehnung der Einheitsfront und der Übergangsforderungen betonten die Thesen den Kampf der „proletarischen Vorhut gegen die Sozialdemokratie um die proletarische Mehrheit“ in deutlicher Form als „Grundlage“ kommunistischer Taktik.<sup>83</sup> Stalin behauptete zwar, dass die Bolschewi-

<sup>80</sup> J. W. Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten. Vorwort zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“. In: Ders.: Werke. Bd. VI. S. 320–358, hier: S. 320–358, bes. S. 340ff.

<sup>81</sup> Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. Hamburg: Verlag Carl Hoym Nachf. 2 vols. 1924.

<sup>82</sup> Thesen zur Taktikfrage. In: Die Weltpartei des Leninismus. Hrsg. v. G. Sinowjew. Hamburg: Carl Hoym Nachf. 1924. S. 208–234, hier: S. 228.

<sup>83</sup> Thesen über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. In: Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Revolutionen. Hamburg: Carl Hoym Nachf. 1925. S. 7–47, hier: S. 19, 34 u. a.

sierung nicht bedeute, dass man „alle Andersdenkenden“ aus den Kommunistischen Parteien „hinausjagen“ wolle, hielt jedoch deutlich daran fest, dass die „Sozialdemokratie angeprangert“ werden müsse und sich die Kommunisten „von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigen“ und dabei einer „maximalen Einheitlichkeit“ entsprechen müssten.<sup>84</sup>

Im Kominternarchiv ist eine von Sinowjew zusammengestellte kleine Dokumentenmappe erhalten geblieben, die einen sarkastischen handschriftlichen Kassiber (offenbar aus Bucharins Hand) enthält, der die innerparteilichen Auseinandersetzungen als Ankündigung einer Theatervorstellung verfremdet: „Thesen zum Artikel von Gen. Stalin, schlau ‚Thesen zum erweiterten EKKI-Plenum‘ genannt. Die Ausgabe berichtigt und ergänzt, zum Teil mit Hilfe des gemeinsamen inneren Feindes, Marquise Trotzki de Suchumo umgekehrt gewendet. Aufführung: ZK RKP(B). Verantwortlicher Regisseur: die Sieben“.<sup>85</sup>

In den Dokumenten war die Rede von der Kapitulation Sinowjews unter Stalins Druck in mehreren wichtigen theoretischen Fragen. So versuchte Sinowjew in seinen Thesen zum Plenum die Verzögerung des Revolutionstempos durch eine Aufspaltung des Begriffs „objektive revolutionäre Situation“ in eine „Situation als solche“ und eine „unmittelbare Situation“ zu verschleiern. Zur These über den „Sozialismus in einem Lande“ wollte Sinowjew – hierin übrigens Stalin folgend – auch noch eine Aufspaltung der Begriffe „vollständiger Sieg“ und „endgültiger Sieg“ vornehmen. Weitere Varianten zur Bezeichnung der Perspektiven der internationalen Revolution schwebten ihm vor. Als es um die Bestätigung seiner Thesen im Politbüro der RKP(B) ging, musste er allerdings noch weitergehende Konzessionen an Stalin machen.

Im Sommer 1925 versuchte Sinowjew in seinem Artikel „Epoche der Kriege und der Revolutionen“ zu betonen, dass die Epoche der sozialistischen Revolution breite revolutionär-demokratische Bewegungen (z. B. der Bauern) hervorrufe („nicht ausschließt, sondern auf die Tagesordnung setzt, die unter günstigen Bedingungen allmählich in eine sozialistische hinüberwachsen). Nach einigen Überlegungen über das An- und Abschwellen revolutionärer Wellen innerhalb einer Epoche gelangte der Autor zur zentralen Fragestellung, ob der neue Aufschwung der Weltrevolution unbedingt mit einem neuen Krieg verbunden sein müsse. Die Antwort war nicht unbedingt stichhaltig: „Der Sieg der proletarischen Revolution in den entscheidenden Ländern ist auch ohne Krieg möglich, aber ein neuer Krieg, ohne dass er eine Revolution hervorruft, ist unmöglich“.<sup>86</sup> Auch die witzige Bemerkung, dass die Lage sich entsprechend der Formel entwickle – „für einen Groschen Stabilisierung, jedoch für einen

<sup>84</sup> 75 J. W. Stalin: Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung. Unterredung mit dem Mitglied der KPD Herzog. In: Ders.: Werke. Bd. VII. Berlin (Ost) 1952. S. 29–35, hier: S. 34. Bemerkenswert ist, dass das Interview in der Pravda zwei Monate, bevor der Beschluss vom Plenum angenommen wurde, publiziert wurde.

<sup>85</sup> RGASPI, Moskau, 324/1/78, 1. Trotzki befand sich zu dieser Zeit zur Kur in Suchum. „Die Sieben“ bedeutet, dass es sich um das Politbüro des ZK der VKP(b) handelte.

<sup>86</sup> RGASPI, Moskau, 324/1/78, 1.

Rubel Bolschewisierung“ – traf nicht den Kern. Sinowjew zog daraus den Schluss, dass in erster Linie die Komintern allseitig stabilisiert werden müsse.<sup>87</sup>

Im Herbst 1925 entschied sich Sinowjew, in der Hoffnung darauf, seine eigene Stellung an der Spitze der Komintern festigen zu können, gemeinsam mit Kamenev in einigen Fragen der Innenpolitik eine „Neue Opposition“ gegen Stalin zu begründen. Sich Trotzki annähernd, versuchten sie nun zu dritt, den sich auf Hyperzentralismus und Autarkie ausrichtenden Stalinschen Kurs zu bremsen, mussten jedoch auf dem XIV. Parteitag der VKP(B) eine vollständige Niederlage hinnehmen. Bald darauf entschied das ZK-Plenum „den innerparteilichen Dissenz nicht in die Komintern einzutragen“ und das von Sinowjew eingereichte Rücktrittsgesuch als Kominternvorsitzender abzulehnen. Dass es sich dabei jedoch um reinen Schwindel handelte, belegt eine von Sinowjew selbst zusammengestellte Dokumentenmappe mit dem Titel „Briefwechsel über die Meinungsverschiedenheiten in der Kominternpolitik“, die seine Schreiben an das Politbüro und an das ZK-Plenum enthielt. Aus ihr lässt sich erfahren, welcher Mittel sich Stalin, Bucharin, Manuil'skij, Pjatnickij bedienten, um die Tätigkeit Sinowjews – und des EKKI selbst – zu erschweren.

Nicht zufällig in dieser Zeit ergänzte Stalin die Neuauflage seines Sammelbands „Über die Grundlagen des Leninismus“ um einen weiteren großen Komplex unter dem Titel „Zu den Fragen des Leninismus“, der unmittelbar gegen Sinowjew und Kamenev gerichtet war. Zu den früheren Streitpunkten über Begriffe und Sichtweisen des Leninismus, der Diktatur des Proletariats und anderer kam nun die Frage des Sozialismus in *einem* Lande und des sozialistischen Aufbaus hinzu.<sup>88</sup> Schritt für Schritt sollte sich diese Problematik nun zum zentralen Thema aller weiteren Auseinandersetzungen im Kommunismus entwickeln, wobei die These von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande dem Grundprinzip der „Weltrevolution“ als direkte Antipode entgegengestellt wurde.

Seine eigenen früheren Formulierungen hatte Stalin selbst als „unzureichend“ korrigiert, indem er im Unterschied zu Sinowjew den „vollen“ und den „endgültigen Sieg“ der Revolution den „revolutionären Situationen“ gegenüberstellte. Die Definition innerer und äußerer Bedingungen wurde dahingehend abgegrenzt, dass erstere den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sichern könnten. Allerdings benötige der „endgültige Sieg des Sozialismus, im Sinne der vollständigen Garantie gegen eine Restauration“ die äußere Hilfe seitens der Arbeiter aller Länder oder wenigstens eines Sieges der Arbeiter in einigen größeren Ländern.

Stalin fiel es nun nicht mehr schwer, Sinowjew zu beschuldigen, dass er selbst in der Resolution der XIV. Parteikonferenz einer solchen Unterscheidung zugestimmt, sie jedoch in seinem Buch über den Leninismus zurückgenommen habe. Stalin erinnerte auch daran, dass der XIV. Parteitag die Ansichten der „neuen Opposition“ als „Unglauben an den Aufbau des Sozialismus“ und als „Entstellung des Leninismus“,

<sup>87</sup> RGASPI, Moskau, 324/16/306, 1ff.

<sup>88</sup> RGASPI, Moskau, 324/1/508, 9; im Folgenden auch Bl. 15f., 23, 25, 53, 72, 117, 121.

also allerschwerste Sünden, verurteilt hatte. Auf dem VI. Erweiterten Plenum des EKKI, dessen Arbeit von Februar bis März 1926 noch von Sinowjew formell geleitet wurde, war Stalin Mitglied des Präsidiums und mehrerer Kommissionen. Die „russische Frage“ wurde nicht direkt erörtert. In seiner Schlussrede schlüpfte Sinowjew nochmals in die Rolle des begeisterten Optimisten: „Marschieren wir alle in geschlossenen Reihen für die Sache der Komintern. Nicht die kommende, bereits unsere Generation wird den Sieg des Sozialismus in Europa und, so hoffen wir, nicht nur in Europa erleben. Das Proletariat wird aufstehen, die Bourgeoisie an der Gurgel fassen, es hebt dazu schon seine Hand (...) Wir alle leben mit nur einer Hoffnung und einer Sicherheit: das Weltproletariat erhebt sich, es trägt den Sieg davon. Zum schnellsten Sieg zu verhelfen, ist die Lebensaufgabe eines jeden von uns“.<sup>89</sup>

Revolutionäre Enthusiasten in der Komintern waren weiter aktiv. So hielt es am 10. Mai 1926 der deutsche Kommunist und leitende Mitarbeiter des EKKI, Josef Eisenberger, für notwendig, einmal mehr die Frage des Kampfes um die Macht in Deutschland aufzuwerfen.<sup>90</sup> Doch die „Ära Sinowjew“ in der Komintern stand bereits vor ihrem bitteren Ende. Im Juni 1926 schrieb Stalin privat an Molotov, dass man die „Sinowjew-Gruppe im EKKI entwaffnen müsse, da diese besonders schädlich geworden“ sei.<sup>91</sup> Entsprechend wurde auch gehandelt. Das Politbüro der VKP(B) gab nun von sich aus konkrete Direktiven an die nationalen Sektionen heraus, so zum Bergarbeiterstreik in England, zur Lage in China usw. Das EKKI war praktisch kaltgestellt, ja sogar von der Beratung zentraler Entscheidungen ausgeschlossen.

Von November bis Dezember 1926 legalisierte das VII. erweiterte Plenum des EKKI den vom Politbüro der VKP(B) bereits vollzogenen Umsturz der Kominternführung. Bucharin trat erstmals im Plenum als Vorsitzender auf, nachdem er zuvor in seinem Artikel „Zum Charakter unserer Revolution“ die Möglichkeit des siegreichen sozialistischen Aufbaus in der UdSSR theoretisch untermauert und begründet hatte. In das Präsidium wurden seitens der VKP(B) Bucharin, Stalin und Manuil'skij abkommandiert. Nach einschlägigen Beschlüssen der größten Sektionen (Sowjetunion, Deutschland, Frankreich, USA, England, Tschechoslowakei, Italien u. a.), des EKKI-Präsidiums und unter Hinweis auf die von Sinowjew selbst geäußerte Bitte entband ihn das Plenum einstimmig von den Pflichten des Vorsitzenden und zugleich von jeglicher Arbeit in der Komintern. Selbst das Institut des Vorsitzenden wurde aufgehoben und das EKKI damit beauftragt, seine leitenden Organe zu reorganisieren und ein Politsekretariat zu bilden. Die Aufgaben der Ländersekretariate wurden erweitert, ihre Anzahl jedoch bald wieder herabgesetzt. Stalins nächster Vertraute in jener Zeit, Molotov, wurde Mitglied des Präsidiums und des Politsekretariats des EKKI. Auch die bereits früher mehrmals angesprochene funktionelle Abgrenzung der auswärtigen

<sup>89</sup> Grigorij Zinov'ev: Leninizm. Leningrad: gos. Izd. 1925.

<sup>90</sup> RGASPI, Moskau, 495/1/99, 1f.

<sup>91</sup> L. Koseleva, V. Lel'čuk, V. Naumov, O. Naumov, L. Rogovaja, O. Chlevnjuk (Hrsg.): Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu 1925–1936 gg. Sbornik dokumentov. Moskva: Rossija Molodaja 1995. S. 73.

Tätigkeit zwischen der Komintern und den Staatsorganen der UdSSR wurde aufgekündigt (Dok. 160, 162, 164).<sup>92</sup>

Im Referat Bucharins wurde „Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution“ auf einen nur begrenzten, zeitweiligen und labilen Charakter reduziert und dabei unterstrichen: „Wir gehen nicht zum ‚Ultraimperialismus‘, sondern zur proletarischen Revolution.“ Deshalb sei es die Pflicht der Komintern, vor allem die wichtigsten Zentren der internationalen revolutionären Bewegung, die Arbeiter Englands, die chinesische Revolution und die UdSSR zu unterstützen. Es war kein Zufall, dass der stenographische Bericht des Plenums unter dem optimistischen Titel „*Wege der Weltrevolution*“ veröffentlicht wurde.

Stalins Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt, das den innenpolitischen Fragen der VKP(B) gewidmet war, entsprach eigentlich einer Fortsetzung seines Berichtes auf der XV. Parteikonferenz der VKP(B). Offenbar sollte die „Vereinigte Opposition“ von Trotzki, Sinowjew und Kamenev als „sozialdemokratische Abweichung“ auch in der Komintern politisch endgültig erledigt werden.<sup>93</sup> Gerade diese Charakterisierung war ein Beleg dafür, dass die Richtung einer weiteren, noch tiefergehenden Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung eingeschlagen wurde. Sowohl die echten als auch die jahrzehntelang imaginierten Meinungsdivergenzen in der Geschichte beider Parteien wurden nun bunt zusammengewürfelt. Gleichzeitig rückte Stalin die These des „Sozialismus in einem Lande“ an die erste Stelle. Der Parteienstreit, betonte er, habe nicht nur eine theoretische, sondern auch eine aktuelle politische Bedeutung gewonnen. Es gelang ihm, die Delegierten des EKKI-Plenums (ebenso wie vorher die Delegierten der sowjetischen Parteikonferenz) davon zu überzeugen, dass seine Deutung des Leninismus die einzig richtige sei und dass man den Sozialismus in der UdSSR nicht nur aufbauen, sondern auch vollenden könne. Die Opposition, durch tiefverwurzelte Traditionen des Bolschewismus an Händen und Füßen gefesselt, konnte die Frage der zulässigen Methoden und des Preises eines solchen Aufbaus nicht offen auf die Tagesordnung setzen bzw. schreckte davor zurück (vermutlich traf beides zusammen).

Sinowjew hatte auch diesmal die Polemik versucht, um Zitate weiterzuführen. Immer wieder hob er die Perspektive der Weltrevolution hervor, ohne dabei seine negative Einstellung zur Sozialdemokratie zu ändern. Trotzki seinerseits wies darauf hin, dass selbst der Versuch, das ökonomische und politische Schicksal der Sowjetunion aus dem Zusammenhang und den Wechselwirkungen der Weltwirtschaft herauszulösen, ein Nonsens wäre. Für den vollen Aufbau einer sozialistischen Gesell-

<sup>92</sup> Siehe Adibekov, Šachnazarova, Širinja, Orgstruktura, S. 107–110, 133f.

<sup>93</sup> J. W. Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei. Referat auf der XV. Unionskonferenz der KPdSU(B). 1. November 1926. In: Ders.: Werke. Bd. VIII. S. 209–265; J. W. Stalin: VII. erweitertes Plenum des EKKI. 22. November – 16. Dezember 1926. Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei. Referat gehalten am 7. Dezember. In: Ders.: Werke. Bd. IX, S. 3–54.

schaft, deren Produktivkräfte die des Kapitalismus überstiegen, seien nicht einige Jahre, sondern Jahrzehnte notwendig. Stalin erweiterte „Jahrzehnte“ sofort in „Jahrhundert“, um eine solche Prognose als „Aberglaube des eingeschüchterten Spießbürgers“ besser abkanzeln zu können.<sup>94</sup> Im Kreise der Kommunisten, die unentwegt auf den schnellen Sieg ihrer Ideen ausgerichtet waren, hatte Stalin alle Gründe auf seiner Seite, um mit einem vollem Erfolg rechnen zu können. Dabei war es von erheblicher Bedeutung, dass er zu dieser Zeit in Bucharin einen treuen und hoch begabten Bundesgenossen hatte.

In seinem Beschluss „Zur russischen Frage“ legte das Plenum fest, dass die Sowjetunion über alles für den Aufbau einer „vollen sozialistischen Gesellschaft“ Notwendige verfüge; sie sei ja bereits zu einem entscheidenden Zentrum der internationalen Revolutionsbewegung geworden. Der Opposition wurde dagegen vorgeworfen, die Parteipolitik in empörender Weise verleumdet zu haben, indem sie Stalins Programm als Ausdruck „nationaler Beschränktheit“, der „Entartung der proletarischen Diktatur“ oder der Politik des „Thermidor“ kritisiert habe. Tatsächlich waren solche Drohungen nur eine schwache Vorahnung dafür, wohin eine weitere Unterordnung der Partei und der Komintern unter das persönliche Regiment Stalins führen konnte.

Im Sommer 1927 verschärfte sich die internationale Lage. In ihren antisowjetischen Aktionen drohten britische konservative Politiker mit einer Blockade der Handelsbeziehungen. Zu dieser Zeit wechselte darüber hinaus die (von der Komintern unterstützte) chinesische Kuomintang als Vertretung des chinesischen nationalen Bürgertums offen in das Lager der Konterrevolution. Das Politbüro der VKP(B) forderte daraufhin von der Presse, jedem Anzeichen für Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion nachzugehen. Das EKKI seinerseits rief alle kommunistischen Parteien zur Aktivierung der Kampagne gegen eine derartige Kriegsgefahr auf. Die Arbeitermassen aller Länder sollten unter der Parole „Das internationale Proletariat verteidigt seine wirkliche Heimat“ mobilisiert werden.<sup>95</sup>

Die politische Verfolgung der Trotzisten hielt derweil an. Am 27. September 1927 ging jedoch Trotzki in der Präsidiumssitzung des EKKI zur Gegenoffensive über und unterzog in seiner Rede die Stalin-Bucharinsche-Politik wegen ihrer Haltung zur chinesischen Revolution, der Methoden zur Bekämpfung der Kriegsgefahr und der innerparteilichen Repressalien in der Sowjetunion der schärfsten Kritik: „Das Regiment Stalins kostet der Partei und der internationalen Revolution immer teurer (...) Das persönliche Unglück Stalins, das immer mehr ein Unglück der Partei wird, besteht in der ungeheuren Diskrepanz zwischen den Ideenressourcen Stalins und der Macht des in seinen Händen konzentrierten Partei- und Staatsapparats (...) Das bürokratische Regiment führt unentwegt zur Alleinherrschaft. Die kollektive Leitung ist nur auf der Grundlage der Parteidemokratie denkbar. Wir glauben, dass es bezüglich der Leitung

<sup>94</sup> Vgl. Stalin, VII. erweitertes Plenum, S. 29f., 34f.

<sup>95</sup> Béla Kun (Hrsg.): *Kommunističeskij Internacional v dokumentach. Rešenija, tezis i vozzvanija kongressov Kominterna i plenumov IKKI 1919–1932*. Moskva: Partijnoe Izdatel'stvo 1933. S. 716.



noch nicht zu spät wäre zu den Ratschlägen, die Lenin in seinem Testament vorgab, zurückzukehren. Auf diesem Gleis soll auch die Komintern zurückkommen“.<sup>96</sup>

Es war jedoch bereits viel zu spät. Noch am selben Tag wurde Trotzki aus dem EKKI ausgeschlossen. Der Versuch der Oppositionellen, während der Feierlichkeiten zu den Novembertagen 1927 Massenproteste gegen die Parteileitung zu organisieren, schlug fehl. Triumphierend informierte Bucharin darüber das EKKI-Präsidium. Stalin erklärte ausländischen Arbeiter-Delegierten gegenüber, dass die Opposition in der Diskussion weniger als 1 % der Stimmen für sich vereinigte.<sup>97</sup>

Damit war eine Schlacht geschlagen, die weit mehr als nur persönlichen Charakter trug. Im Nahduell zwischen Stalin und Trotzki ging es zugleich um den historischen Pfad der Sowjetunion wie um die generelle Orientierung der Komintern. Es schien ein Dilemma der Zeit zu sein, ob der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion oder der permanenten Revolution das Primat gehörte. Stalin stellt sich auf den erstgenannten Standpunkt; Trotzki sprach dagegen wiederholt von den „beiden Hebeln des internationalen Sozialismus: des Hebels unserer sozialistischen Errungenschaften und des Hebels der internationalen proletarischen Revolution.“ Oder auch: „Und zwar müssen wir dabei mit zwei Hebeln arbeiten: sowohl mit dem kurzen Hebel unserer inneren wirtschaftlichen Anstrengungen, wie mit dem langen Hebel des internationalen Kampfes des Proletariats.“<sup>98</sup> Die letzte Entscheidung in diesem Kampf blieb noch aus, doch Trotzki musste in die Verbannung in das weit entfernte Alma-Ata gehen. Stalin blieb auf seinem festen Platz im Kreml.

Der deutsche Diplomat und langjährige Botschaftsrat in Moskau, Gustav Hilger, kannte die beiden aus nächster Nähe. „Trotzkys ungewöhnliche Persönlichkeit – so urteilte er – übte auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, einen seltsamen Zauber aus. Auch ich war beeindruckt von der sicheren Überlegenheit seines Auftretens, von dem lebhaften Interesse, das er allem, was ihm vor Augen kam, entgegenbrachte, und von seiner meisterhaften Beherrschung fremder Sprachen. Aber hinter dieser glänzenden Fassade lauerte ein unsteter Geist. Trotzky musste an den entscheidenden Stationen seines Lebensweges scheitern, weil er nicht konsequent zu handeln verstand und es ihm an staatsmännischer Begabung fehlte. Ein mir bekannter russischer Ingenieur mit feinem Verständnis für die menschliche Psyche charakterisierte mir gegenüber Trotzkys Persönlichkeit mit den Worten: ‚Glänzendes Feuerwerk, aber was übrig bleibt, ist ein kleines Häufchen Asche‘. Obwohl Trotzky imstande war, seine Mitarbeiter mit der Fülle seiner Einfälle zu blenden, blieben diese ohne dauerhafte Wirkung, weil er sie meist wieder fallen ließ, oder ihre Durchführung nicht zu überwachen verstand. Auf Massenversammlungen vermochte er durch seine glänzende

<sup>96</sup> RGASPI, Moskau 495/2/83, 8 u. a.

<sup>97</sup> J. W. Stalin: Unterredung mit ausländischen Arbeiterdelegationen. 5. November 1927. In: Ders. Werke. Bd. X. S. 180–206, hier: S. 189.

<sup>98</sup> Leo Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Hrsg. u. mit einem Vorwort v. Hans Weber. Autorisierte Übersetzung v. A. Müller. Berlin: Laub 1929. S. 63f., 67.



rednerische Begabung die Zuhörerschaft zu faszinieren und zur spontanen Begeisterung emporzureißen. (...) Aber dies nützte ihm nichts, da Stalin als Generalsekretär der Partei alle Schlüsselstellungen mit seinen Kreaturen besetzt hatte und dadurch die Annahme sorgfältig überlegter Entschlüsse erreichte. Die eigentliche Tragik in Trotzks Schicksal liegt in der Tatsache, dass seine Fehler einem Manne wie Stalin zu einer Machtstellung verhalfen, aus der heraus dieser die gesamte westliche Welt bedrohen konnte. Meiner Ansicht nach wäre Trotzks vage Doktrin von der ‚permanenten Revolution‘ für die übrige Welt sehr viel weniger gefährlich gewesen als Stalins skrupellose Konsequenz.“<sup>99</sup>

## Programmdebatten in der Komintern

Auf dem VI. Kongress der Komintern von Juli bis September 1928 trat Bucharin in den Vordergrund: er übernahm den Vorsitz, erstattete den Bericht des EKKI und hielt den Vortrag zum Programmentwurf der Komintern. Jedoch in Wirklichkeit war das alles nur ein „Schwanengesang“ des ehemaligen „Lieblings der Partei“. Der Zugriff Stalins wurde immer rabiater, sodass Bucharin ihn noch im Juni privat ansprach: „Ich habe Dir schon gesagt, daß ich nicht kämpfen werde, und es auch nicht will. (...) Wenn wir den Kongress (...) zu Ende bringen, bin ich bereit, mich ohne jegliche Auseinandersetzungen, absolut ohne Lärm und Kampf, zurückzuziehen, wohin auch immer.“<sup>100</sup>

Der dem Kongress vorgelegte Programmentwurf wurde von Bucharin und seinen Helfern gründlich überarbeitet. In einem Brief an die Kommissionsmitglieder vom 3. April 1928 berichtete er, dass alle Vorschläge und Korrekturen Stalins (Dok. 180) – andere Genossen hätten keine Bemerkungen gemacht – beachtet und verwendet wurden.<sup>101</sup> Im Mai bildete das EKKI eine eigene Kommission, die faktisch einen neuen Entwurf, wie es nun hieß – „der Genossen Bucharin und Stalin“ –, vorlegte, der zunächst im Diskussionsteil der *Pravda* und auf der Plenarsitzung des ZK der VKP(B) vom 5. bis 6. Juli besprochen und als Grundlage gebilligt wurde (Dok. 186, 187).

Der Kongress berief nun eine, „breite Programmkommission“ ein, die noch fast einen Monat am Projekt weiterarbeitete. Bucharins Referat und der Entwurf wurden auf fünf Plenarsitzungen des Kongresses diskutiert. Ernste Einwände hatte die Delegation der KP Italiens. Palmiro Togliatti bemerkte, dass der Entwurf rechtzeitig veröf-

<sup>99</sup> Gustav Hilger: *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten.* Frankfurt/Main: Metzner 1955. S. 52f.; Gustav Hilger: *Stalin. Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht.* Göttingen/Berlin/Frankfurt: Musterschmidt-Verlag 1959.

<sup>100</sup> Zit. nach Fridrich I. Firsov: N. I. Bucharin v Kominterne. In: V. V. Žuravlev, A. N. Solopov (Hrsg.): *Bucharin. Čelovek. Politik. Učenyj*, Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1990. S. 175–200, hier: S. 191f.; Ebenfalls in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja (Hrsg.), *Politburo CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern*, S. 538f., Fn. 1.

<sup>101</sup> RGASPI, Moskau, 493/1/42, 9f.

fentlicht und von allen Parteien studiert und beraten werden müsse, denn nur in der russischen Partei habe es bisher eine breite Diskussion gegeben. Zu seinen Mängeln gehöre, so der Kritiker, dass das „revolutionäre Streben zur Umgestaltung der Welt nicht deutlich genug und energisch zum Ausdruck kam.“ Die Darlegung einer „Notwendigkeit der Weltrevolution“ dürfe nicht abgeschwächt werden, jedoch müsse man erklären, inwieweit dem objektiven Heranreifen der inneren Gegensätze der kapitalistischen Ordnung die Reife des proletarischen Klassenbewusstseins entspreche. Auch die These, wonach der Sieg der proletarischen Revolution eine Vorbedingung für die weitere Entwicklung aller menschlichen Zivilisation bilde, solle ausführlicher begründet werden. Abschließend wurde nichtsdestoweniger empfohlen, das Programm zu bestätigen.<sup>102</sup>

Trotsky schickte aus Alma-Ata einen umfangreichen Brief an den Kongress mit der Überschrift „Was nun?“ sowie eine Denkschrift mit einer ausführlichen Kritik des Programmentwurfs.<sup>103</sup> Im Abschnitt „Das Programm der internationalen Revolution oder das Programm des Sozialismus in einem Lande?“ erinnerte er daran, wie Stalin, von Bucharin unterstützt, unter Berufung auf eine Reihe von Lenin-Zitaten eine eigenständige Theorie vom „Sozialismus in einem Lande“ geschaffen habe. Trotsky nannte diese sogar „sozialpatriotisch“, „national-sozialistisch“ und „reaktionär-utopistisch“, da ihr Ausgangspunkt die prinzipiell gegebene Möglichkeit einer Isolierung der UdSSR von der Weltökonomie und der Weltpolitik war.<sup>104</sup> Es sei schon etwas wert, meinte Trotsky, wenn im neuen Programm die Weltwirtschaft zum Ausgangspunkt gemacht würde, durch die Begründung des „Sozialismus in einem Lande“ entstünden jedoch eine Reihe von Fehleinschätzungen: das Niveau der Produktivkräfte im Land werde überschätzt, die Gesetzmäßigkeiten der ungleichen Entwicklung unterschiedlicher Industriezweige und die in der Weltökonomie bestehende Arbeitsteilung würden ignoriert und letztlich negiere man ebenfalls „den Hauptwiderspruch der imperialistischen Epoche“ der „zwischen den Produktivkräften und den nationalen Grenzen“ liege.<sup>105</sup>

Diese Theorie, so Trotsky, führe in direkter Linie zu einer Überschätzung der Erfolge und einer Unterschätzung der zu bewältigenden Schwierigkeiten. Wenn man die Bedingungen und das ererbte niedrige Kulturniveau Russlands in Erwägung ziehe, so seien die Erfolge seines Proletariats ungeheuer groß. „Doch auf der Waage des sozialistischen Ideals hätten sie nur sehr wenig Gewicht.“ Damit der Arbeiter, Landarbeiter oder arme Bauer, der im elften Jahr der Revolution um sich herum

<sup>102</sup> RGASPI, Moskau, 493/1/81, 39ff., 46ff.

<sup>103</sup> Siehe Leo Trotsky: Und nun? Brief an den 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In: Ders.: Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie des Sozialismus in einem Land. 1928/29. Essen: Mehring-Verlag 1993. S. 227–293.

<sup>104</sup> Trotsky, Die Dritte Internationale, S. 85f.

<sup>105</sup> Trotsky, Die Dritte Internationale, S. 68f., 75 u. a. Siehe auch russische Ausg. Lev D. Trockij: Kommunističeskij Internacional posle Lenina. Velikij organizator poraženij. Moskva: Spartakovec 1993. S. 65, 76, 96, 108.

nichts als Armut, Arbeitslosigkeit, lange Brotschlangen, Analphabetentum, verwahrloste Kinder, Trunkenheit und Prostitution sieht, nicht die Hände sinken lässt, braucht man die harte Wahrheit und keine aufgeputzte Lüge. Anstatt daß man ihnen vorlügt, daß wir den Sozialismus bereits zu neun Zehnteln verwirklicht haben, müßte man ihnen sagen dass wir gegenwärtig nach unserem Wirtschaftsniveau und nach unseren Daseins- und Kulturbedingungen noch viel näher zu einer kapitalistischen, dabei noch rückständigen und unzivilisierten Gesellschaft stehen, als zu einer sozialistischen Gesellschaft“.<sup>106</sup>

Selbstverständlich passten solche Offenbarungen nicht zu den Fanfarentönen Stalins, Bucharins und der anderen an der Spitze der Macht stehenden kommunistischen Führer. Wie den Kongress-Delegierten, so auch der Weltöffentlichkeit gegenüber wurde Trotzki gerechtfertigte Kritik am Stalinismus jedoch nicht nur verschwiegen, sondern von vorn herein als Verleumdung und Kapitulation hingestellt.

Bucharin hatte in seinem Referat zum Programm einleitend bemerkt, man dürfe sich nicht mit einer abstrakten Analyse begnügen, sondern solle das Weltmotiv, das die Architektonik des Programms bestimme, genauer herausarbeiten. Hauptsächlich müssten die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und die innere Vielfalt des Prozesses der Weltrevolution erfasst werden. Denn eine gewisse Einheitlichkeit der Weltwirtschaft könne zwar als Ursache der *Weltrevolution* gelten, die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus bedinge jedoch eine Ungleichzeitigkeit und Mannigfaltigkeit des revolutionären Weltprozesses. Aus diesem Grunde würden im Programm verschiedene Typen von Länder und Revolutionen aufgezeigt und skizziert, wie auch die Besonderheiten der Wege und des Tempos der Machtergreifung durch das Proletariat sowie der Formen proletarischer Diktatur und des Sozialismus, der in den einzelnen Ländern aufzubauen sei. Eine Weltdiktatur des Proletariats wurde somit auf unbestimmte Zeit verschoben.<sup>107</sup>

Auf die Notwendigkeit bei jeder Übertragung der Erfahrungen der UdSSR („Kriegskommunismus“, „NÖP“, „Verschärfung des Klassenkampfes“) große Vorsicht walten zu lassen, wurde mehrmals hingewiesen. Die Behandlung dieser Probleme, wie auch Fragen des „Vaterlands des Weltproletariats“ sowie die Beurteilung des Wechselverhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem Faschismus führten zu einer lebhaften, demokratisch geführten Diskussion in der Kommission und auf dem Plenum. Der Faschismus wurde etwas konkreter analysiert und charakterisiert, als dies vorher der Fall war, die Sozialdemokratie jedoch – was sich als roter Faden durch das ganze Programm zog – wurde als eindeutig konterrevolutionäre Kraft und „Agentur des

<sup>106</sup> Trotzki, Die Dritte Internationale, S. 82.

<sup>107</sup> Stenograficeskij otčet VI. kongressa Komintern. 3. Teil, S. 13–32. Die betreffenden Teile sind im deutschen Protokoll nicht vorhanden. Siehe dafür die (allerdings verkürzte) französische Fassung in: VI<sup>e</sup> Congrès mondial de l'Internationale communiste. Vingt-quatrième séance. In: La Correspondance Internationale. No. spécial (25.9.1928). S. 1170–1178.

Imperialismus“ bezeichnet. Dabei wurde weiterhin ihr linker Flügel als besonders gefährlich betrachtet.

Eben in diesem Kontext wurde die „Eroberung der Massen“ zur Hauptaufgabe der Kommunisten erhoben, dagegen alle „Teilforderungen“ und „Übergangsmaßnahmen“, selbst für die Arbeit in den „reformistischen“ Gewerkschaften generell ausgeschlossen, mit Ausnahme von Perioden eines revolutionären Abschwungs. Am 1. September 1928 wurde das Programm der Komintern einstimmig unter den Klängen der „Internationale“ angenommen. Im stenographischen Bericht wurde es als „*Programm der Weltrevolution*“ titulierte, Bucharin sprach darüber hinaus vom „Programm der Weltdiktatur des Proletariats“. <sup>108</sup> Obwohl es manche biegsame Formulierung anstelle der vorherigen härter gefassten Formeln enthielt, blieb die traditionell kompromisslose Grundeinstellung der Kommunisten erhalten, dass nur sie allein das Monopol auf eine wissenschaftliche Erkenntnis der historischen Perspektiven besäßen und dass ausschließlich die Weltrevolution und der gewaltsame Sturz des Kapitalismus die gesamte Menschheit befreien könnten. <sup>109</sup>

Von der Kampfesstimmung der deutschen Kommunisten zeugen die im Juli 1928 dem EKKI überreichten Materialien einer Gruppe von Militärspezialisten der KPD um Josef Gutsche, August Mayer und Gerhard Schott. Die Verfasser sahen die Mängel der militärpolitischen Arbeit in Deutschland darin, dass sie die Massen nicht erfasst und die Erfahrungen der Niederlage der deutschen Revolution von 1923 zu wenig beachtet hätte. Dem diesbezüglich vorgelegten Papier war eine Broschüre „Zur Frage des bewaffneten Aufstandes in Deutschland“ beigelegt, mit Vorschlägen für die „Entwicklung politischer Arbeit in der KPD“ (Dok. 188). Im Archiv des EKKI wurde etwa zur gleichen Zeit ein von seinem Apparat ausgearbeiteter, streng geheimer Entwurf für die „Organisation der Arbeit in den bürgerlichen Streitkräften (Heer, Flotte, Polizei, Gendarmerie, faschistische Organisationen)“ abgelegt. In seiner engültigen Form trug das Dokument die Überschrift „Instruktion der Org[anisations]abteilung des EKKI über die Arbeit in den Truppen“. <sup>110</sup> Es handelte sich dabei um eine ausführliche Schilderung der Stellung der Komintern und ihrer Sektionen zum revolutionären Kampf um die Macht und zum bewaffneten Aufstand bzw. zur Unterminierung des feindlichen Staatsapparats in Krieg und Frieden, insbesondere im Falle eines imperialistischen Angriffs gegen die Sowjetunion. Im eigentlichen Sinne geheim waren dabei nur die konkreten Handlungsanweisungen. Die Grundorientierung der Komintern auf revolutionäre Aktionen, sobald zu einem gegebenen Zeitpunkt und an einem gegebenen Ort eine günstige Situation entstand, wurde häufiger ganz offen diskutiert, was sich auch in den damaligen Publikationen und in der propagandistischen Literatur widerspiegelte.

<sup>108</sup> Stenografičeskij otčet VI. kongressa Komintern, S. 7; 5. Teil, S. 132.

<sup>109</sup> Stenografičeskij otčet VI. kongressa Komintern, 6. Teil, S. 36.

<sup>110</sup> RGASPI, Moskau, 495/25/1338, 28ff, 47ff.

Der Kongress hatte außerdem die theoretische Leitlinie und die politische Haltung der Parteien für den Kampf gegen die Kriegsgefahr festgelegt. In den dazu angenommenen Thesen war vom Kapitalismus als die wichtigste Kriegsursache in der neuesten Geschichte die Rede. Drei Arten des Krieges wurden dabei unterschieden: Kriege zwischen den imperialistischen Ländern, konterrevolutionäre Kriege gegen die proletarische Revolution und den sozialistischen Aufbau sowie antiimperialistische Befreiungskriege der Kolonialländer. Die Verteidigung der Sowjetunion wurde in den Mittelpunkt gerückt. Dabei sollten die Kommunistischen Parteien das internationale Proletariat auf die Unterstützung von national-revolutionären Kriegen und Revolutionen einschwören, Antikriegsarbeit in den imperialistischen Armeen durchführen und im Falle eines neuen Weltkriegs erneut die Losung einer „internationalen sozialen Weltrevolution“ ausgeben.<sup>111</sup> Zugleich empfahl der Kongress den Ausschluss der Trotzlisten aus der VKP(B) und allen anderen Kommunistischen Parteien. Dabei handelte es sich um die bisher größte interne „Säuberung“ im Kommunismus.

Fast um die gleiche Zeit brach in der KPD der sog. „Thälmann-Skandal“ aus.<sup>112</sup> Neuerdings wird dieser meines Erachtens so enorm aufgebauscht, dass er die wichtigsten Geschichtsereignisse dieses Jahres fast verdeckt. Zu dem, was der Leser aus dem Buch von Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein<sup>113</sup> sowie den Dokumenten dieses Bandes (173, 176, 189, 191, 193, 194, 196, 201, 204, 205) erfährt, genügt eine kurze Randbemerkung: Der höchst bedauerliche „Fall Wittorf“ ist nicht zu bagatellisieren. Er wurde bereits zur damaligen Zeit kritisch eingeschätzt. Dem Ruf der Komintern und der KPD hat diese Episode, die freilich auf der politischen Bühne der Weimarer Republik kein seltener Einzelfall war, bedeutend geschadet, jedoch ging die kommunistische Bewegung darüber hinweg. Auch das Negative im Stalinbild haben neue Entlarvungen kaum verstärken können. Ernst Thälmanns weiteres Schicksal und sein Tod im KZ Buchenwald haben bewiesen, dass, trotz alledem, der Kommunistenführer „Teddy“ seinen verdienten Platz, sein Denkmal und seinen Namen in der Geschichte nicht verloren hat.

## Weltwirtschaftskrise und „linker Kurs“

1929 wird als das Jahr des Beginns einer tiefen Weltkrise des Kapitalismus und des Imperialismus bezeichnet. Zugleich war es in der UdSSR das Jahr des „großen Umbruchs“, vor allem der massenhaften Kollektivierung der Landwirtschaft. Dabei

<sup>111</sup> Siehe hierzu: Stenografičeskij otčet VI. kongressa Komintern, Teil 3.

<sup>112</sup> Vgl. Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Berlin: Dietz 2003 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 4).

<sup>113</sup> Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Berlin: Aufbau 2003 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2).

wurden selbst die zahlreichen gewaltsamen Übergriffe von Stalin abgetan („Vor Erfolgen von Schwindel befallen“). Erst später offenbarte sich, dass dieses Jahr vielmehr den Eintritt der Sowjetunion (und weit über sie hinaus) in die „Ära Stalin“ symbolisierte.

Die Leiter und Funktionäre der Kommunistischen Internationale hofften gespannt auf die Erfüllung der auf dem VI. Weltkongress lautstark proklamierten revolutionären Prognose. Was die Einschätzung der internationalen Lage und der Aufgaben der Komintern anging, war vom Eintritt in die „dritte Periode“ der „allgemeinen Krise des Kapitalismus“ die Rede. Diese bedeute ein Ende kapitalistischer Stabilisierung, was ebenfalls eine neue Welle heftiger Klassenkämpfe und eventuell auch einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion mit sich bringen könne.

Im Lande selbst wurden nun die neuen „Abweichler“ von der „Generallinie der Partei“ zur Zielscheibe. Bereits im April 1929 hatte das Plenum des ZK und ZKK der VKP(B) Bucharin in seiner leitenden Funktion für die Komintern abgesetzt. Wenig später beschuldigte das X. EKKI-Plenum ihn und seine Anhänger nicht nur als einen „Anziehungspunkt für alle Rechten“, sondern auch als einen „Prediger des Pessimismus und des Unglaubens an die Stärke der Arbeiterklasse“, was noch dazu das Ansehen der Komintern geschädigt habe.<sup>114</sup> Nach der Kaltstellung der „Abweichler“ besaß Stalin vollkommen freie Hand: Weder in der Partei, noch in der Komintern waren ernsthafte Konkurrenten und gar Oppositionelle verblieben. Nun konnte er auf eine alle anderen lebenden Kommunistenführer überragende Stufe gestellt werden; immer häufiger wurde er den anerkannten „Klassikern des Marxismus-Leninismus“ zugerechnet, die freilich zu Lebzeiten stets betont hatten, dass sie als wissenschaftliche Kommunisten prinzipielle Gegner jedes Personenkults seien.

\* \* \*

Die Beziehungen zwischen KPD und SPD erlebten in den Jahren 1928/1929 eine Reihe von Schwankungen. Als Mitte 1928 das Kabinett der großen Koalition unter Hermann Müller ans Ruder kam, entstanden gewisse Hoffnungen auf eine Besserung des Verständnisses untereinander. Doch unter der Einwirkung von Weltkrise und zunehmender Arbeitslosigkeit sowie infolge der Billigung des Panzerkreuzerbaus durch die SPD verschlechterten sich die Beziehungen rasch wieder.

Zum Kulminationspunkt dieser Spannung wurde die traditionelle Maifeier des Jahres 1929. Auf Befehl des Berliner Polizeipräsidenten, des Sozialdemokraten Zörgel, wurde auf eine friedliche Arbeiterdemonstration in Berlin-Wedding und -Neukölln scharf geschossen. Das Westeuropäische Büro der Komintern in Brüssel propagierte dazu in einem Flugblatt, das Blutvergießen habe sogar die Opferzahl in der deutschen Revolution 1848 übertroffen: „Nun ist die Kluft zwischen der Sozial-

<sup>114</sup> Kun: *Kommunističeskij Internacional v dokumentach*, S. 911f.

demokratie und den besten Arbeitern (...) unüberbrückbar geworden“.<sup>115</sup> Daraufhin folgte ein Aufruf der Komintern, den 15. Jahrestag des Ersten Weltkriegs am 1. August zum „Wendepunkt des Übergangs des Proletariats zur Gegenoffensive an der internationalen Front gegen das Weltkapital“ zu machen, wie auch gegen die „internationale Sozialdemokratie, die Arbeiter tötet“.<sup>116</sup> Es ist zuverlässig dokumentiert, dass das Politbüro des ZK der VKP(B) auf Stalins persönliches Drängen eine Direktive für eine breite Kampagne von Demonstrationen des Gedenkens an die Berliner Arbeiter erlassen hatte (Dok. 217). Im Politsekretariat der Komintern wurde daraufhin der Vorschlag beraten, eine Vereinigung der nationalen Organisationen zur „proletarischen Selbstverteidigung“ zu schaffen. Bald darauf musste jedoch konstatiert werden, dass nur in Deutschland ein wirksamer „Rotfrontkämpferbund“ bestand, der zwar über 100.000 Mitglieder zählte, infolge der Berliner Maieereignisse allerdings verboten war (Dok. 216).

Im Juni hatte Georgi Čičerin in seinem Brief an Stalin die verfehlte Kominternpolitik zum „Berliner Blutmai“ scharf kritisiert: „Die KPD ist von 500 Tsd. auf 100 Tsd. geschrumpft. Und dafür müssen die gigantische Tatsache der Schaffung der UdSSR geopfert, ihre Lage unterminiert, täglich die Beziehungen zu Deutschland verschlechtert sowie Lügengeschichten über seine angebliche Umorientierung aufgetischt werden – nur um den Gen. Thälmann mit etwas mehr Agitationsmaterial zu versorgen. ‚Auf eine Null zu setzen‘ – unglaublich!“ (Dok. 222). Punkt für Punkt wurden darin Versäumnisse, Inkonsequenzen und Niederlagen aufgezählt, die auf das Verschulden der Komintern, des Politbüros und des engeren Kreises um Stalin zurückzuführen waren (Dok. 222). Zum Abschluss seiner negativen Bilanz riet der Volkskommissar dem mächtigen Diktator, unbemerkt in Begleitung eines kundigen Dolmetschers ins Ausland zu reisen: „Sie würden die Realität erblicken. Ihnen würde der wahre Wert des Geschreis über den Anbruch des letzten Kampfes ins Auge springen. Der empörende Unsinn der ‚Pravda‘ würde in aller Nacktheit vor Ihnen erscheinen.“<sup>117</sup> Die zielte direkt auf die bekanntlich krankhafte Abschirmung Stalins vor dem Ausland. Auch „der Unsinn der *Sozialfaschismusthese*“ wurde erneut schärfster Kritik unterzogen (Dok. 212, 221, 222, 225).

Wie bereits vorher vermerkt, wurden in der Komintern die verschiedenen Einschätzungen des Faschismus, alias Nationalsozialismus, des öfteren diskutiert. Dabei wurde dieser Begriff bisweilen enger bisweilen breiter gefasst. Anfänglich wurde der Begriff des „Sozialfaschismus“ damit begründet, dass die Sozialdemokratie, als „prinzipielle Gegnerin der sozialistischen Revolution“, die kapitalistische Ordnung mehrmals gerettet habe. Nun wurde der SPD zur Last gelegt, gemeinsam mit den Faschisten eine ähnliche Rolle zu übernehmen. Trotz aller Warnungen von Clara Zetkin und Jules Humbert-Droz wurde immer wieder von „zwei Händen der Bourgeoisie“ gespro-

115 RGASPI, Moskau, 499/1/18, 2f.

116 RGASPI, Moskau, 499/1/18, 2f.

117 RGASPI, Moskau, 558/2/48, 9–12.



chen. Obwohl die Aufrufe zur „Einheitsfront aller Arbeitermassen gegen den Faschismus“ ständig wiederholt wurden, waren sie immer von donnernden revolutionären Parolen begleitet. Trotzki und später auch Sinowjew drängten immer stärker auf eine Unterscheidung der beiden „Pole“, Bucharin wurde zum offenen Opponenten jeder Verabsolutierung des Faschismusbegriffs. Georgi Čičerin seinerseits protestierte in seinen Briefen an Molotov wutentbrannt gegen das falsche Verständnis der Lage in Deutschland (Dok. 228, 229), jedoch zumeist mit nur geringem Effekt.

Das X. Plenum der EKKI im Juli 1929 beschäftigte sich mit einem durch die Krise genährten neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung und ihrer „Linksorientierung“. Dabei wurden besonders diejenigen Parteien der Sozialistischen Internationale gebrandmarkt, die in der einen oder anderen Form an der Staatsmacht beteiligt waren, vor allen also die deutsche Sozialdemokratie und die englische Labour Party. Dabei wurde die internationale Sozialdemokratie nicht nur als Hauptstütze des Kapitalismus bezeichnet, sondern auch zum „Hauptträger des Sozialfaschismus“ erhoben. Damit waren alle Sektionen der Komintern dazu verpflichtet, dieses Fanal verstärkt zu bekämpfen. Unter der Flagge der Bewältigung der „rechten Gefahr“ wurden in den Kommunistischen Parteien linkssektiererische Tendenzen erneut befördert, die sich an der Taktik „Klasse gegen Klasse“ und der These von der Einheitsfront „nur von unten“ festmachten. Im Politsekretariat des EKKI schlug Dmitri Manuil'skij vor, in Ungarn und Italien die Losungen für „Arbeiter- und Bauernregierungen“ zurückzuziehen. Im Februar 1930 lenkte das erweiterte Präsidium der EKKI nach einem Bericht der KPD die Partei auf die „schonungslose tagtägliche Entlarvung der Sozialdemokratie als Hauptstütze und Hauptkraft zur Errichtung [der] faschistischen Diktatur“ (!) und erklärte sie dazu noch zum „Hauptorganisator des Krieges gegen die UdSSR“ (!). Die Kommunisten wurden instruiert, alle Organisationen des proletarischen Selbstschutzes zu stärken und ihrem Verbot überall entgegenzuwirken.

Im Apparat der EKKI entstand eine streng geheime Denkschrift über die Militärarbeit der KPD für den Fall des Heranreifens eines bewaffneten Aufstands in Deutschland oder auch eines militärischen Angriffs Deutschlands (egal in welcher Form) gemeinsam mit anderen imperialistischen Ländern gegen die UdSSR (Dok. 233). Das Mitteleuropäische Ländersekretariat schlug der KPD-Führung vor, den Massen, obwohl die Parole eines bewaffneten Aufstands „noch nicht herausgegeben“ worden war, die Perspektive „eines revolutionären Bürgerkriegs“ offen aufzuzeigen (Dok. 234). Die Richtlinien des Romanischen Ländersekretariats für Spanien sahen ähnlich aus.

Diese kriegerrisch-revolutionäre Orientierung segnete Stalin in seinem Bericht vor dem XVI. Parteitag der VKP(B) im Juni 1930 offiziell ab. Dabei behauptete er, dass die sich verschärfende Weltwirtschaftskrise im Vergleich zu allen früheren „die ernsteste und tiefgehendste“ sei. Dies bedeute, hieß es weiter, dass die Bourgeoisie, sobald sie alle reaktionären Kräfte (darunter auch die Sozialdemokratie) herangezogen habe, den Ausweg aus der Lage auf innenpolitischem Gebiet in der „weiteren Faschisierung“ und in der Außenpolitik in einem neuen imperialistischen Krieg suchen werde.

Die Schlussfolgerung daraus lautete: „Das bedeutet schließlich, daß das Proletariat im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Kriegsgefahr den Ausweg in der Revolution suchen wird.“<sup>118</sup>

Im Sommer 1930 versuchte die KPD ihre Stellungnahme zu den Mittelschichten einigermaßen zu aktualisieren, um sich in den kommenden Reichstagswahlen einer breiteren Unterstützung durch das Volk zu sichern. Eine gewichtige „*Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volks*“ wurde in der Presse veröffentlicht (Dok. 244, 245). Die Wirkung blieb nicht aus und das EKKI konnte sogar die Partei zum Ergebnis der Reichstagswahl beglückwünschen (Dok. 246, 247). Doch wäre die Bedeutung des Aufrufs bestimmt viel größer gewesen, wenn dieser Massenanruf früher verbreitet, mit der SPD koordiniert worden und so dem überwältigenden Siege der Nazis bei den Wahlen zuvorgekommen wäre.

Übrigens änderte sich die Linie der Kominternpolitik gegen die Sozialdemokratie in dieser Zeit kaum wesentlich. Ausgerechnet im September richtete das EKKI ein geheimes Rundschreiben an alle Sektionen, in dem es hieß, dass sich die Krise in jedem Land unterschiedlich äußere, doch sei es die gemeinsame Aufgabe aller Kommunisten in dieser Zeit „der Sozialdemokratie das Rückgrat zu brechen, um praktisch an die Eroberung der Mehrheit des Proletariats heranzukommen“. Die Kommunistischen Parteien sollten ihre Organisationen maximal stärken und umbauen, damit sie „voll bewaffnet, kommende[n] Klassenkämpfe[n] begegnen“ könnten.<sup>119</sup>

Das XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 unternahm noch weitere Schritte in der Einschätzung einer vermeintlich ständigen Evolution der internationalen Sozialdemokratie, als „sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie“, zum Faschismus. Eine solche Übertreibung stellte de facto alle gemeinsamen antifaschistischen Aktionen in Frage. Zur weiteren Spaltung der Arbeiterschaft trug ebenfalls der Beschluss der Roten Gewerkschaftsinternationale („Profintern“) über die Wiederentstehung selbstständiger „revolutionärer Gewerkschaften“ bei. Indem die linksradikale Strategie so die Oberhand gewann, wurde gleichzeitig die Jagd auf die „ultralinken“ Führer (Ruth Fischer, Arkadij Maslow u. a.) weitergeführt. Ein offensichtiger Fehler der KPD war ihre Beteiligung, zusammen mit den Nationalsozialisten und den Konservativen, am Volksentscheid gegen die SPD-Regierung in Preußen im August 1932 (Dok. 263–270). Auch andere Dokumente belegen, dass die Überspitzung der Bekämpfung der Sozialdemokratie negative Folgen hatte (Dok. 272).

Zwar widersprach das XII. Plenum des EKKI im August/September 1932 der These von der Faschisierung unterer sozialdemokratischer Organisationen und rief zur Zusammenarbeit im Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter auf. Jedoch ließ es unbeachtet, dass einerseits die bedeutende Aktivierung des Faschismus, andererseits die Schwäche des beiderseits gespaltenen antifaschistischen Widerstands der

<sup>118</sup> J. W. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(b), 27.6.1930. In: Ders.: Werke. Bd. XII. S. 207–326, hier: S. 223.

<sup>119</sup> RGASPI, Moskau, 495/4/67, 101f.

Arbeiterschaft immer deutlicher wurden. Dadurch griff die kommunistische Parole einer revolutionären Überwindung der Krise größtenteils ins Leere. Der Thesenentwurf von Kuusinen wurde zwar kritisiert, niemand bezweifelte jedoch das angebliche Anwachsen der revolutionären Stimmung der deutschen Arbeiter. Indessen legte der Apparat der Komintern dem Plenum einige zusätzliche Ausarbeitungen zur Theorie und Praxis des bewaffneten Aufstands und der proletarischen Selbstverteidigung vor, wie auch zur propagandistischen Aufklärungstätigkeit in Reichswehr und Flotte. Über die Tätigkeiten der militär-politischen Schulen und Spezialkurse in Moskau lagen Berichte vor. Die meisten Schreiben dieser Art wurden in sachlich-fachlicher Zusammenarbeit von deutschen mit sowjetischen Kommunisten erstellt. Als jedoch Ernst Schneller zusammen mit den Gasthörern der sowjetischen Militärakademie Winter alias Wagner (d. i. Otto Braun), und Kurt Fischer in den legalen Zeitschriften „Oktober“ (Deutschland) und „*Zolnier rewolucji*“ (Polen) ihre Überlegungen zu den Diversionsaktivitäten und den strategischen Plänen der Roten Armee gegenüber Polen, Lettland, Estland, Finnland äußerten, stieß dies auf den harten Widerspruch der Mitarbeiter des EKKI (Dok. 280).

Wenigstens teilweise lieferte die Politik der SPD, die als eine der Regierungsparteien der Weimarer Republik dem Ansturm der wachsenden NS-Bewegung immer weitere Zugeständnisse machte, Argumente für eine bedingte „linke Haltung“ der Kommunisten. Die falsche These vom „Sozialfaschismus“ wirkte aber nun besonders gefährlich und irreführend, da sie die Spaltung der Arbeiterschaft in einer Zeit vertiefte, in der allein ihre Vereinigung noch die demokratische Weimarer Republik hätte retten können. Andererseits bedeuteten die von den einflussreichen SPD-Führern praktizierte „Politik des kleineren Übels“ und die Unterstützung der Sonderdekrete präsidialer Kabinette Brünnings, Papens und Schleichers weit schädlichere Fehltritte. Zeugnisse politischer Blindheit lieferten dabei auch Behauptungen aus dem rechten sozialdemokratischen Flügel von Größen wie Otto Wels und Rudolf Hilferding, denen zufolge der Nationalsozialismus bald selbst untergehen würde, wie auch ihre ständig wiederholten Aufforderungen „noch schonungsloser die Kommunisten zu bekämpfen.“<sup>120</sup>

Die im Mai 1932 von den Kommunisten initiierte „Antifaschistische Aktion“ hatte Anklang im Lande gefunden. Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere trafen sich aus diesem Anlass mit hohen Funktionären der SPD. In zahlreichen Bezirken fanden Konferenzen statt und im Juli tagte ein Kongress der Aktion in Berlin. Unter den 1.465 Delegierten waren 132 Sozialdemokraten und 954 parteilose Arbeiter.<sup>121</sup> Die meisten stimmten für ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft.

<sup>120</sup> Hagen Schulze (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Bonn/Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1975 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4), S. 39–65.

<sup>121</sup> Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik. Berlin(Ost): Deutscher Verlag der Wissenschaften 1967. S. 445.

Die Tatsache, dass aus der „Antifaschistischen Aktion“ keine wirksame Massenbewegung entstand, ist nicht in der Fehlerliste der Komintern- und der KPD-Führung zu ergänzen. Unvergleichbar bedeutsamer war in diesem Zeitraum die Haltung der SPD-Spitze, die Schritt für Schritt die staatspolitische Position einer in der Weimarer Republik mit Regierungsverantwortung tragenden Partei aufgegeben hatte.

Nach dem unter Franz von Papen am 20. Juli in Preußen durchgeführten Staatsstreich wurde anstelle des Sozialdemokraten Otto Braun Hermann Göring Ministerpräsident des größten Landes im Reich. Dies war das Zeichen einer äußerst ernsten Krise der gesamten Weimarer Demokratie. Doch die SPD-Leitung blieb demonstrativ passiv. Die Kabinettswechsel von Brüning zu Papen und zu Schleicher und die Ergebnisse der Reichstagswahlen im Juli und November zeugten, wie bereits im April die Reichspräsidentenwahl, von einem Rechtsruck durch die Wählerschaft. Die Nationalsozialisten waren auf dem Vormarsch, dies jedoch nicht ohne Rückschläge. Nach dem Verlust von zwei Millionen Stimmen waren sie mit fast 12 Millionen Stimmen den beiden Arbeiterparteien zusammengenommen (SPD über sieben, KPD fast sechs Millionen Stimmen) nicht sehr weit überlegen. Politik ist zwar keine Arithmetik, diese Zahlen könnten jedoch nochmals einen Grund zum Nachdenken und Diskutieren liefern.

Auf der KPD-Parteikonferenz im Oktober 1932 kamen taktische Meinungskämpfe in der Parteispitze offener denn je zum Ausdruck. Heinz Neumann und Heinrich Remmele, die jahrelang mit Ernst Thälmann die Partei geleitet und die Kominternlinie mitgeformt und vertreten hatten, traten in immer heftigerer Form kritisch auf. Dafür wurden sie als „Abweichler“ abgestempelt und aus der Parteileitung verdrängt. Das im Dezember von Remmele direkt an Stalin gerichtete umfangreiche Schreiben – das sog. „Remmele-Memorandum“ (Dok. 301) – zeigt deutlich, dass die Zerwürfnisse in dieser Zeit zumeist taktischer und teilweise rein persönlicher Natur waren. Später wurden beide Kommunistenführer zu Opfern der stalinschen Repressionen.<sup>122</sup>

## Hitlerdiktatur und Antifaschismus

Die „friedliche“ Machtergreifung Hitlers in Deutschland am 30. Januar 1933 war bekanntlich die Folge geheimer Vereinbarungen der NS-Führer mit den Spitzen der Industriellenverbände und der hohen Militärs im Umkreis des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Sie bedeutete eine Katastrophe für die Weimarer Republik und ihre in 14 Jahren mühsam aufgebaute bürgerlich-liberale Demokratie. Es handelte sich dabei um eine gewaltige Erschütterung des gesamten vertraglich geordneten Versailler Weltsystems. Die Berufung Hitlers durch Hindenburg zum Reichs-

---

<sup>122</sup> Margarete Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart: Seewald 1967.

kanzler, die Potsdamer Komödie am Grabe Friedrichs II., der riesige Fackelzug der SA am 30. Januar 1933 machten einen organisierten Widerstand, geschweige denn einen revolutionären bewaffneten proletarischen Aufstand in Deutschland vollkommen unmöglich und wurde von den Kommunisten auch gar nicht in Erwägung gezogen. Im Zentrum Europas war die NS-Diktatur errichtet worden.

Man hätte jedoch erwarten können, dass einige wendige und flexible liberal-pazifistische Organisationen, mit dem Völkerbund an der Spitze, und ebenso die beiden mächtigen Arbeiterinternationalen, Sozialistische und Kommunistische Internationale, dem neuen deutschen Diktator und potentiellen Welteroiberer in irgendeiner Form gemeinsam entgegentreten. Dies geschah jedoch nicht. Wie auch die verschiedenen Staaten untereinander sich national feindlich gegenüberstanden und sozial gespalten waren, so waren die Arbeiterverbände nicht dazu in der Lage, sich über die Konkurrenz und Widersprüche zu erheben, um auf der Grundlage antifaschistischer Zusammenarbeit ihrem eigentlichen Todfeind einig zu widerstehen.

In der Komintern, deren revolutionäre Einstellung des unerbittlichen Klassenkampfes generell Kompromisse als Schwäche oder direkten Verrat verwarf, setzte sich ein Verständnis von der Notwendigkeit einer ernsten Revision ihrer bisherigen Strategie und Taktik nicht schnell genug durch. Die internationale Sozialdemokratie erkannte die drohende Gefahr ebenfalls bei weitem nicht in ihrer vollen Größe. Zwar wandten sich nach Hitlers Machtergreifung sieben linkssozialistische Parteien an die Führung der Sozialistischen Internationale mit dem Vorschlag, gemeinsam mit der Komintern antifaschistische Aktionen einzuleiten und das Büro der SAI gab in seinem Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt vom 19. Februar 1933 seine vorsichtige Zusage, mit entsprechenden Verhandlungen auf „offener und ehrlicher“ Grundlage zu beginnen.

Nun beabsichtigte jedoch das EKKI in einem von Béla Kun eingebrachten Entwurf, diesen Vorschlag als „Nichtangriffspakt mit dem Klassenfeind“ strikt abzulehnen. Nur infolge einer Besprechung mit Stalin wurde die Antwort etwas abgemildert, doch überwogen in der Sitzung des Präsidiums des EKKI am 28. Februar die Stimmen von Dmitri Manuil'skij und Andre Marty, die mit Massenkämpfen in Deutschland, ja mit dem „katastrophalen Sturz“ der SPD rechneten und weiterhin zum Hauptschlag gegen sie und die Sozialistische Internationale aufriefen (Dok. 310). Derweil orientierte das Politsekretariat des EKKI die Kommunistischen Parteien Spaniens und Bulgariens auf entscheidende revolutionäre Umwälzungen. Die KPD wurde instruiert, die Parole „Sowjetdeutschland“ weiter aufrecht zu halten.

Als Fanal der bedrohlichen Gefahr stand jedoch bereits in der Nacht zuvor das Berliner Reichstagsgebäude in Flammen. Hitler, Goebbels und Göring erschienen vor Ort und erklärten sofort die Kommunisten zu den Brandstiftern. Es folgten Massenverhaftungen und Schlägereien. Eine Woche später, am 5. März, fanden im durch die Nationalsozialisten aufgewühlten Deutschland allgemeine Reichstagswahlen statt. Nur an diesem Tag und nur in der kommunistischen Presse wurde der Aufruf des EKKI zur Herstellung der Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur veröffent-

licht.<sup>123</sup> Die Kommunistischen Parteien aller Länder wurden aufgefordert, mit den Sozialdemokraten auf der Ebene der einzelnen Parteien konkrete Vereinbarungen zu schließen (Dok. 311).

Trotz des begonnenen braunen Terrors vereinigte die KPD bei den Reichstagswahlen über 4,8 Millionen Stimmen auf sich und erwarb 81 Mandate. Die SPD behielt fast alle sieben Millionen Wähler sowie den Großteil ihrer Reichstagsfraktion. Gesetzeswidrig wurden jedoch die kommunistischen Mandate vollständig annulliert, wodurch die Nationalsozialisten eine Zweidrittelmehrheit erreichten. Die Notverordnung verlieh Reichskanzler Hitler außerordentliche Befugnisse. Nun folgten Presseverbote, die Auflösung der freien und daraufhin der übrigen Gewerkschaften, dann das Verbot der SPD und aller anderen demokratischen Parteien. Wage Hoffnungen, dass die Hitler-Diktatur sich nicht halten werde, verblassten schnell, die Nationalsozialisten hatten freie Hand zur Umsetzung ihrer weitgehenden diktatorischen und aggressiven Absichten.

Die nun plausibel gewordene Idee eines „Nichtangriffspaktes“ zwischen Zweiter und der Dritten Internationale konnte das in langen Jahren angesammelte gegenseitige Misstrauen nicht sofort überwinden<sup>124</sup> (Dok. 316, 317, 319, 322). Erst im Sommer 1933 gelang es, einen europäischen Kongress gegen Faschismus und Krieg in Paris zu starten. Die sog. „Pleyel“-Bewegung, von Henri Barbusse und anderen Intellektuellen initiiert und angeleitet, gründete daraufhin mit der Amsterdamer Antikriegsbewegung ein *Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus*. Dies waren jedoch nur vage Anfangsschritte zur Annäherung und Sammlung der internationalen demokratischen Kräfte.

Die Nationalsozialisten, von ihren Erfolgen berauscht, planten nun durch einen gerichtlichen „Reichstagsbrandprozess“ in Leipzig die bei einer polizeilichen Razzia in Arrest genommenen drei bulgarischen Kommunisten, neben Georgi Dimitrov Vasil Tanev und Blagoj Popov, als Brandstifter zu überführen. Die passive Haltung des KPD-Fraktionsführers Ernst Torgler erschwerte zwar die Verteidigung, die mutige Haltung und das Geschick des EKKI-Mitglieds Dimitrov ließ die Pläne der Nazis jedoch scheitern. In einem harten persönlichen Duell mit dem Reichsgericht, dann auch in direkter Konfrontation mit Göring und Goebbels, hatte der in Handschellen gefesselte Inhaftierte alle Nazilügen von der kommunistischen Schuld zerschlagen und damit den „Teufelskreis“ gesprengt.

Die wieder aufgenommene massive internationale antifaschistische Kampagne, Initiativen und Veranstaltungen in zahlreichen Ländern und die von Willi Münzenberg und Genossen herausgegebenen kämpferischen und gut dokumentierten Schriften – das „*Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror*“ (Basel, 1933) und danach „*Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Braunbuch II*“

123 An die Arbeiter aller Länder. In: L'Humanité, 5.3.1933; Pravda, 6.3.1933; Daily Worker, 6.3.1933; Rundschau, 11.3.1933. In deutscher Sprache in Weber: Die Kommunistische Internationale. S. 266–269.

124 Siehe hierzu Kirill K. Širinja: Komintern v 1933 godu. Moskva: Ekslibris-Press 2008.



(Paris, 1934) – riefen eine allgemeine Aufrüttelung der demokratischen Öffentlichkeit hervor. Dazu kam der juristische „Gegenprozess“ in London, an dem bekannte bürgerliche Juristen, mit Denis Pritt an der Spitze, teilnahmen. All das bewegte die Nationalsozialisten zum Rückzug. Das Gericht musste die beschuldigten Kommunisten freisprechen und Göring willigte sogar ein, die drei Bulgaren nach Moskau ausfliegen zu lassen.<sup>125</sup>

Die Parole „Freiheit für Ernst Thälmann und die anderen Häftlinge des Naziregimes!“ (Dok. 305, 326) wurde zur Kampflösung der sich mühsam und opferreich im Untergrund sammelnden deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Ihren Kern bildeten anfangs die am meisten verfolgten Kommunisten. Mit dem weiteren Anwachsen des nationalsozialistischen Terrors verbreiterte sich ihre Basis in der Arbeiterschaft und erfasste allmählich auch andere, religiöse und gar konservative Kreise und Volksschichten.<sup>126</sup> Erst erheblich verspätet, Ende 1933, erkannte das XIII. Plenum des EKKI die immense Gefahr des Faschismus deutlicher als vorher. Die prägnante Formel, der Faschismus sei die *„offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“* wurde Dimitrov oder Stalin zugeschrieben, sie war jedoch üblicherweise ein Ergebnis kollektiver Arbeit.<sup>127</sup> Wie jede prägnante Kurzfassung war die Formel zu eng und musste, um gegensätzliche Facetten dieser komplizierten Erscheinung erfassen zu können, später intensiv weiterentwickelt werden. Die Hauptmängel der ersten Beurteilung bestanden einerseits darin, dass man immer noch mit einem raschen Heranreifen der proletarischen Weltrevolution, ja zunächst mit der Revolution in Deutschland, rechnete. Zudem enthielten die vom EKKI-Plenum angenommenen „Thesen über den Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Parteien“ in ihrem Schlussteil jedoch immer noch die Formel: „Für den revolutionären Ausgang aus der Krise – für die Sowjetmacht!“<sup>128</sup> Andererseits wurde auch weiterhin der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie gerichtet, obwohl diese nach dem Zusammenbruch ihrer gesamten Organisation nicht mehr eine Staatspartei war, sondern zu einem vom NS-Regime verfolgten Opfer wurde. Sie hätte so schon eine natürliche Bundesgenossin der Kommunistischen Partei darstellen können, doch in den beiden Arbeiterparteien

<sup>125</sup> Vgl. Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit. Rastatt/Baden: Grote 1962; Hans Mommsen: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. München 12 (1964). S. 351–413.

<sup>126</sup> Siehe hierzu Lev I. Gincburg, Jakov S. Drabkin: Nemeckie antifasisty v bor'be protiv gitlerovskoj diktatury. 1933–1945. Moskva: Akademia Nauk 1961 (Akad. nauk SSSR. Naučno-populjarnaja serija).

<sup>127</sup> Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: Ders.: Ausgewählte Schriften in drei Bänden. Vol. II. Berlin (Ost): Dietz 1958. S. 523–625.

<sup>128</sup> XIII. plenum IKKI. Fasizm, opasnost' vojny i zadači kommunističeskich partij. Tezisy, prinjatye XIII. plenomom IKKI po dokladu t. Kuusinen. Leningrad: Lenpartizdat 1934; XIII plenum IKKI. Stenografičeskij otčet. Moskva: Partizdat 1934; N. P. Komolova, V. V. Dam'e, Korčagina, Širinja (Hrsg.): Komintern protiv fasizma. Dokumenty. Moskva: Nauka 1999. S. 309–320.



blieben die stärksten Hindernisse für jegliche Zusammenarbeit erhalten, die vom gegenseitigen Misstrauen immer wieder neu gespeist wurden. Ob und wann dieses Übel überwunden werden könnte? – Dies war und blieb die zentrale Frage.

Der auf dem XIII. EKKI-Plenum anfänglich erörterte Gedanke, dass der Kampf gegen den Faschismus einen allgemein-demokratischen Sinn habe und nicht auf direktem Wege zur sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats führe, wurde seinerzeit nicht weiterentwickelt. Im Referat von Kuusinen hieß es, wie bereits früher, dass in Deutschland und anderen Ländern „die revolutionäre Krise schnell heranreift“, die Grundstützen des Kapitalismus bereits im Prozess des Wegbrechens begriffen seien und ein neuer Bankrott der SPD (die auch unter der NS-Diktatur fälschlicherweise als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ charakterisiert wurde) unmittelbar bevorstehe. Allerdings wurden während der Diskussion in der Politkommission des EKKI von Togliatti und Gallacher auch abweichende Meinungen vertreten, entscheidend war jedoch, dass der unerschütterliche revolutionäre Optimismus aller Beteiligten die Oberhand behielt.

Noch folgenschwerer als die laue Stimmung der EKKI-Mitglieder war, dass Stalin in seinem Bericht vor dem XVII. Parteitag der VKP(B) im Januar 1934 – ausgerechnet am Vorabend des Jahrestages von Hitlers Machtergreifung – strikt behauptete: „Die Volksmassen sind noch nicht dahin gelangt zum Sturm auf den Kapitalismus überzugehen, es kann aber wohl kaum daran gezweifelt werden, daß die Idee des Sturmes im Bewußtsein der Massen heranreift (...). In diesem Zusammenhang darf man den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis der Verrätereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muss ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten“.<sup>129</sup>

Heute kann man sich nur wundern, dass derart illusorische, grundfalsche Vorstellungen jahrzehntelang von zahlreichen Historikern und Politikern als Muster politischer und staatlicher Weisheit galten. „*Die Idee des Sturmes*“ reifte damals schon lange nicht mehr im Massenbewusstsein europäischer, namentlich deutscher Arbeiter.

## Die neue Strategie und der Stalinismus

Der Beginn einer realen Wende in der Komintern-Politik wird in der Geschichtsschreibung oft mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses im Jahre 1935 verbunden. Dieser Umschwung bedurfte jedoch geraumer Zeit und Mühe sowie Anstrengungen zur vorherigen Überwindung zahlreicher Stereotypen, die in beiden Teilen der gespaltenen Arbeiterbewegung und namentlich in ihren Führungen dominierten. Der nach Prag

<sup>129</sup> J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B). 26.1.1934. In: Ders.: Werke. Bd. XIII. Berlin (Ost): Dietz 1955. S. 252–336, hier: S. 261.

verlegte SPD-Vorstand schrieb seinen Anhängern eine abwartende Haltung vor und lehnte jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten weiterhin ab.

Von besonderer Bedeutung war in dieser Situation die Rolle Georgi Dimitrovs, des „Helden von Leipzig“, als den ihn die demokratische und liberale Presse in zahlreichen Ländern zurecht anerkannte. In seiner Schlussrede im Reichstagsbrandprozess hatte er es gewagt, den Dreh- und Angelpunkt der kommunistischen Politik drastisch so zu formulieren: „*Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer!* – das sind Alpha und Omega kommunistischer Taktik.“<sup>130</sup> Im April 1934 wurde er zum Mitglied des Politsekretariats, im Mai begann er seine Tätigkeit im Präsidium des EKKI. Dabei soll nicht vergessen werden, dass in der Komintern zu dieser Zeit keine wichtige Entscheidung ohne die persönliche Beteiligung Stalins angenommen werden konnte. Seine Handlungsmotivationen sind bis heute insgesamt noch nicht vollständig geklärt, doch die nun den Historikern zugänglichen Dokumente aus den streng geheimen Archiven machen es möglich, ein weitgehend realistisches Bild der damaligen Geschehnisse nachzuzeichnen.

Bereits bei seinem ersten persönlichen Treffen mit Stalin am 7. April 1934 berichtete Dimitrov von seinen Gedanken und Überlegungen im Leipziger Gefängnis. Ihn hatte damals schon die Frage gequält, warum Millionen Arbeiter bei der Sozialdemokratie blieben oder – wie in Deutschland – „sogar zu Nationalsozialisten gehen“.<sup>131</sup> Stalin gab zwar zu, dass daran die falsche Haltung der Kommunisten gegenüber den europäischen Arbeitern schuld sei, er erwiderte jedoch, dass die Hauptgründe in den „historische[n] Verbindungen der europäischen Massen mit der bürgerlichen Demokratie“ zu suchen seien. Daraus erkläre sich auch das Interesse der Arbeiter an der Kolonialpolitik. Stalin war sehr offen, als er in zynischer Weise äußerte, dass die Massen eine „Herdenpsychologie“ besitzen würden und an ihre Führer gebunden seien.<sup>132</sup>

Auf diese Weise entwickelte sich in Gesprächen, sodann auch in Briefwechseln, ein vortastender Gedankenaustausch, der schrittweise zu einer Annäherung der Standpunkte in Fragen der Politik und Organisation führte. Dies war für die weitere Tätigkeit der Komintern von entscheidender Bedeutung. Vorgreifend sollte dazu bemerkt werden, dass der heutige Leser – vor allem auf der Grundlage des von Dimitrov skrupulös geführten Tagebuches – die Möglichkeit besitzt, mitzuverfolgen, wie es der mutige und kluge Kämpfer gegen die NS-Führer immer weniger verstand, dem Banne der Persönlichkeit und der Ansichten Stalins zu widerstehen.

Am 28. Mai stimmte das Präsidium des EKKI über die Tagesordnung des kommenden VII. Weltkongresses ab, ohne jedoch das Datum festzulegen. Seit dem vorigen

<sup>130</sup> Jakob S. Drabkin: *Istoričeskij put' Kommunističeskoj partii Germanii*. Moskva: Izd. „Znanie“ 1968. S. 42.

<sup>131</sup> Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943*. Vol. I. Berlin: Aufbau 2000. S. 98.

<sup>132</sup> Bayerlein [u. a.], *Georgi Dimitroff*, S. 98.

Kongress, auf dem das Programm der Komintern angenommen worden war, waren fast sechs Jahre verstrichen. In der Zwischenzeit hatte sich nicht nur die Weltlage, sondern auch in der Komintern und ihren Parteien vieles verändert, in Teilen auch die personelle Zusammensetzung der EKKI-Führung. Der Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit sollte von Wilhelm Pieck abgegeben werden. Das Hauptreferat „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ sollte Dimitrov übernehmen.<sup>133</sup> Über die Vorbereitung eines imperialistischen Weltkrieges sollte Palmiro Togliatti („Ercoli“) sprechen und über die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion Dmitri Manuil'skij.

Leiter der Kommission zur Vorbereitung des Rechenschaftsberichts war Otto Kuusinen. In ihrer ersten Sitzung am 14. Juni 1934 gab Manuil'skij zu, dass er, wie auch andere Mitglieder, die Hauptaufgaben des Kongresses noch nicht voll erfasst und überlegt habe. Nach bisher einstudierter Art erinnerte er daran, dass sich „der zweite Zyklus der Kriege und Revolutionen“ zwar fortsetze, er stellte jedoch fest, dass die Massenbewegung nicht von Kommunisten, sondern immer öfter von Faschisten angeführt würde. Die Parolen der Kommunisten seien zu abstrakt formuliert und die Bekämpfung des Faschismus gewinne dabei zunehmend an Bedeutung. Man müsse die Perspektive konkreter bestimmen: unmittelbar stehe nicht die proletarische Diktatur und auch nicht der Sozialismus bevor. Zunächst bestehe die Aufgabe darin, die Massen an den Kampf für diese Ziele heranzuführen. Ein solches Übergangsprogramm könne jedoch nur auf einer antifaschistischen Grundlage erstellt werden.<sup>134</sup> Die Auffassungen der Anwesenden unterschieden sich in der Frage, ob die wachsende Faschismusgefahr oder das Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie der Ausgangspunkt sein müsse. Dies war ein Zeichen für den Beginn einer ernsthaften Neubewertung der Situation. Dabei hob Manuil'skij hervor, dass die bürgerliche Demokratie nicht mehr mit dem Faschismus auf eine Stufe gestellt werden könne (Dok. 347). Dimitrov seinerseits erklärte, dass demokratische Forderungen keinesfalls obsolet geworden seien. Im Gegenteil wachse ihre Bedeutung angesichts des Vormarsches des Faschismus weiter. Gleichwohl blieben zahlreiche der geläufigen kommunistischen Dogmen immer noch gültig.

Besonders wichtig für die Klärung der Meinungsverschiedenheiten war ein Brief Dimitrovs an Stalin vom 1. Juli 1934, eigentlich der Rohentwurf seines bei der Vorbereitungskommission des Weltkongresses eingereichten Referats. Drei Punkte wurden vom Referenten besonders hervorgehoben: die Stellung zur Sozialdemokratie, die Einheitsfrontfrage und die Führung der Komintern. Dimitrov stellte die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als Träger des „Sozialfaschismus“, als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sowie als politischen Hauptgegner der Kommunisten infrage.

<sup>133</sup> Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

<sup>134</sup> RGASPI, Moskau, 494/1/1, 5ff.; Damje, Komolova, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fašizma, S. 321–325.

Er hielt auch die Einschätzung aller Sozialdemokraten wie auch der Funktionäre der freien Gewerkschaften als „bewusste Verräter der Arbeiterklasse“ für verfehlt, obgleich letztere ihrerseits die Kommunistenführer nie anders benannten. Er hielt es weiterhin für erforderlich, die Taktik der Einheitsfront radikal zu ändern: Anstatt die Taktik der Einheitsfront als Manöver zur Entlarvung der Sozialdemokratie zu handhaben, müsse man sie „in einen effektiven Faktor der Entfaltung des Massenkampfes gegen den Vormarsch des Faschismus verwandeln.“<sup>135</sup>

Der Redner wollte in seinen Vortrag umfassend definierte Charakteristiken des Faschismus, der früheren und der gegenwärtigen Lage der Werktätigen sowie der internationalen Auswirkungen der Hitler-Diktatur einflechten. Die Arbeiterereinheitsfront solle ein probates Mittel zur Bekämpfung des Faschismus in aller Welt werden. Schließlich formulierte er ebenfalls eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsmethoden innerhalb der Kominternführung.

Dabei war es für Dimitrov augenscheinlich, dass es weiterhin „nicht möglich“ sei, „von Moskau aus die 65 Sektionen [der Komintern] einfach zu dirigieren.“<sup>136</sup> Allerdings war er der Auffassung, dass eine enge Verbindung des EKKI mit dem Politbüro des ZK der VKP(B) besonders wichtig sei. Hierzu hatte er persönlich an Stalin geschrieben, der in allgemeiner Form die Reorganisation der Kominternarbeit begrüßte (Dok. 355).

Die Vorbereitung des Kongresses ging indes nur langsam und mühsam vonstatten.<sup>137</sup> Der Thesenentwurf von Kuusinen zur Weltlage war bedeutend vorsichtiger formuliert als die Vorschläge Dimitrovs und löste dennoch scharfe Kritik im EKKI aus. Der „immerlinke“ Béla Kun drängte in der Kommission auf eine Hervorhebung der Revolutionsaussichten (Dok. 350). Bronislaw Bortnowski wies in starken Worten auf die besondere Verschärfung des Klassenkampfes und das Heranreifen der Revolutionskrise hin. Wilhelm Knorin lehnte alle Wortmeldungen ab, nach denen die bisherige Taktik „linkslastig“ gewesen sei (Dok. 353). Die Initiative des Generalsekretärs der KP Frankreichs, Maurice Thorez, zur Gründung einer breiten *Volksfront*, die außer der Arbeiterschaft auch die kleinbürgerlichen Elemente in den antifaschistischen Kampf miteinbeziehen sollte, wurde zunächst sogar diffamiert. Am 15. Oktober 1934 instruierte die Politikkommission des EKKI die Parteien, ihre Aufgaben vom Blickwinkel der „breitesten antifaschistischen Front der werktätigen Massen“ aus festzulegen. Am selben Tag erfolgte in einem Brief an das ZK der KPF der Vorschlag, die Initiative zur

<sup>135</sup> Pismo G. Dimitrova I. Stalinu, 1.7.1934. In: Voprosi istorii KPSS 7 (1965). S. 33–35; Ebenfalls in Damje, Komolova, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fasizma, S. 326–329.

<sup>136</sup> Das Original des Briefes von Dimitrov mit den Randbemerkungen Stalins wurde im Zentralarchiv der Bulgarischen Arbeiterpartei in Sofia aufbewahrt (Fond 146, Op. 6. A.E. 754, L. 1ff.). Auch in: RGASPI, Moskau, 495/ 73/1, 1ff.). Es ging 1990 wie die Tagebücher Dimitrovs in den Bestand des Bulgarischen Nationalarchivs über.

<sup>137</sup> Siehe hierzu Boris M. Lejbzon, Kirill K. Širinja: Povorot v politike Kominterna. Moskva: Mysl' 1965. Das Buch stellte eine erste Forschungsarbeit in der sowjetischen und internationalen Literatur zu dieser Problematik dar (2. Aufl. 1975).

Gründung eines „Arbeiter- und Bauernblocks“ zu unterstützen.<sup>138</sup> Allerdings wurde erst im Dezember, nach einem Referat von Thorez, die Volksfrontpolitik seitens des EKKI-Präsidiums klar und deutlich gebilligt.

Neu zugänglich gemachte Archivquellen zeigen, dass die im EKKI und in zahlreichen Parteien demokratisch geführten Diskussionen viel lebhafter und heftiger waren als bisher angenommen. Selbst Manuil'skij geriet dabei manches Mal ins Schwanken und sprach von den Gefahren der Einheitsfront und in einem positiven Sinn vom Drang der Kommunisten zur „Monopolherrschaft“ in der Arbeiterbewegung, dabei jede Milderung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verneinend.<sup>139</sup> Andererseits brachte Togliatti eine Reihe konstruktiver Vorschläge über die Einschätzung der Kriegsgefahr und die Funktion politischer Forderungen nach demokratischen Freiheiten ein.<sup>140</sup>

\* \* \*

Insgesamt dauerten die Vorbereitungen des VII. Weltkongresses der Komintern mehr als ein Jahr. Am 25. Juli 1935 wurde der Kongress schließlich in Moskau feierlich eröffnet und tagte fast einen Monat lang. Das Politbüro des ZK der VKP(b), das jährlich ein Millionenbudget des EKKI bestätigt hatte, veranschlagte für seine Durchführung zusätzlich 2,8 Millionen Rubel. Die Hauptreferate und Beschlüsse wurden sofort als Broschüren veröffentlicht, der vorbereitete stenographische Gesamtbericht wurde ohne jede Erklärung nicht veröffentlicht.

Ohne in die Einzelheiten zu gehen, sollte vor allem festgehalten werden, dass der Kongress, anstelle des traditionellen Aufrufs zur proletarischen *Weltrevolution*, andere, nicht so weit gehende Parolen und Forderungen vordergründig behandelte, wie den Kampf gegen Faschismus und für Demokratie, Arbeitereinheitsfront, antifaschistische Volksfront und antiimperialistische Front in den unterdrückten Ländern. Auf dem Weg zur Überwindung der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung gingen die Beschlüsse über den Kurs Lenins der 1920er Jahre bedeutend hinaus. Einige diesbezügliche Sperren wurden beseitigt. So zum Beispiel wurde nun die Zusammenarbeit bzw. Vereinigungen der beiden Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern für diskutabel gehalten. Dagegen wurden die „Rote Gewerkschafts-Internationale („Profintern“) und die Bauerninternationale („Krestintern“) als auf Aufspaltung ausgerichtete Organisationen bald aufgelöst.

Auf dem Kongress sagte Stalin kein öffentliches Wort, hinter den Kulissen entschied er jedoch jeden wichtigen Schritt und brachte Korrekturen zu den Berichten und Resolutionen ein. Angeblich „bescheiden“, doch auf lange Sicht zielbewusst, ließ

<sup>138</sup> RGASPI, Moskau, 495/3/423, S. 130ff.; Komolova, Dam'e, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fašizma, S. 383–385.

<sup>139</sup> RGASPI, Moskau, 495/2/106, 82ff.

<sup>140</sup> RGASPI, Moskau, 495/4/347, 273ff.

er in den Kongressbeschlüssen zu den Referaten von Pieck und Dimitrov den Begriff „revolutionäre Krise“ durch „politische Krise“ ersetzen. Bei alledem überließ Stalin die generelle politische Führung der Komintern nicht, wie es manchen schien, Dimitrov allein. Letzterer wurde zwar am 10. August 1935 durch einen Politbüro-Beschluss der VKP(b) zum Generalsekretär des EKKI bestimmt, doch Stalin ließ sich bei dieser Gelegenheit selbst in das Präsidium des EKKI wählen und auch die leitenden Funktionäre des NKWD – Nikolaj Ežov und Meer Trilisser – als Mitglieder einführen.

Heute trennen uns mehr als sechs Jahrzehnte von diesem letzten Weltkongress der Komintern und zwei Jahrzehnte vom Zusammenbruch des sog. „sozialistischen Weltsystems“. Es ist nicht nur dringlich und wichtig, sondern vermutlich auch möglich geworden, eine sichere, dokumentengestützte Antwort auf die Frage zu geben, ob der Kongress eine wirkliche historische Wende in der internationalen kommunistischen Bewegung darstellte. Bekanntlich erkannte Friedrich Adler, der historische Leitungsfigur der Sozialistischen Internationale war, seinerzeit in den Beschlüssen über die „Einheitsfront neuen Typs“ keine prinzipielle Annäherung an die „Demokratie in den kapitalistischen Ländern“, sondern nur den Zugang zu einer elastischeren Taktik der Kommunisten.<sup>141</sup> Gleichwohl entsprach die neue Orientierung der Kommunisten einer *strategischen Kurswende*, die der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung neue Möglichkeiten eröffnen konnte. Doch die Kongressbeschlüsse wurden nur selten und nirgendwo vollständig verwirklicht. Das Haupthindernis bestand zu dieser Zeit bereits im kontinuierlich erstarkten Terrorregime des Stalinismus.

Noch vor dem Weltkongress, unmittelbar nach der Ermordung von Sergej Kirov, des zweiten Manns im sowjetischen Politbüro, Ende 1934, wurden verstärkte Terrormaßnahmen eingeleitet. Manches bleibt immer noch ungeklärt. So gibt es Zeitzeugenaussagen, nach denen Stalin und Kirov lange Jahre nicht nur beste Freundschaft und Zuneigung, sondern auch Hass vereinte. Kirov hatte zur Aufrichtung des Stalin-Nimbus erheblich beigetragen. Andererseits wurde bekannt, dass einige Monate vor der Tragödie auf dem XVII. Parteitag anlässlich der Wahlen zum Zentralkomitee Kirov zwei Stimmen mehr erhalten hatte als Stalin (eine „quantité négligeable“). Im Tagebuch der Maria Svanidze, die der Stalin am nächsten verwandten Familie angehörte und in ihn verliebt war, kann man nachlesen, dass Iosif vom Tod Kirovs tief betroffen war („fühle mich völlig zum Waisen gemacht“).<sup>142</sup> Einige Seiten weiter berichtet sie, wie in dieser Familie die Wut gegen Trotzlisten und andere „Volksfeinde“, „Verräter“ u. a. m. entbrannte und sie verhetzte.<sup>143</sup> Trotzdem wurden fast ausnahmslos alle

<sup>141</sup> Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. II. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1978 (Internationale Bibliothek). S. 502.

<sup>142</sup> Dnevnik Marii Anisimovny Svanidze. In: Iu. G. Murin (Hrsg.): Iosif Stalin v ob'jatiach semji. Iz lichnogo archiva. Moskva: Rodinu 1993. S. 177.

<sup>143</sup> Murin, Iosif Stalin, S. 163ff.

Mitglieder der großen und weitverzweigten Familie Svanidze in den nächsten Jahren verleumdet und hingerichtet.<sup>144</sup>

Allerdings ist unstrittig, dass Stalin die Ermordung Kirovs ausnutzte, um all seinen Gegnern mit Gewaltmaßnahmen zu begegnen. In ihrer unmittelbaren Folge wurden die härtesten Repressalien gegen die angeblich hinter dem Attentat stehende „trozkistisch-sinowjewische Opposition“ eingeleitet.

Eigentlich waren staatsterroristische Aktionen, wie bereits mehrmals an anderer Stelle geschildert, authentische Zeichen der seit der Revolution und dem Bürgerkrieg im Lande nicht zum Stillstand gekommenen Klassenkämpfe sowie der erbarmungslosen Vernichtung aller Gegner. Über die lange Reihe öffentlich inszenierter gerichtlicher Schauprozesse gegen die zaristischen und bürgerlichen Klassenfeinde, dann gegen die einst verbündeten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, gegen „bourgeoise Schädlinge“ und allerhand tätige „Volksfeinde“, die den sozialistischen Aufbau auf dem Lande und in der Industrie behinderten, wie über den „Schachty-Prozess“ (1928) und den „Prozeß gegen eine ‚Industriepartei‘“ (Prompartija-Prozess) (1930) u. a. m. liegt eine umfangreiche Literatur vor<sup>145</sup> (vgl. Dok. 185, 374 u. a.). Hierbei handelte es sich jedoch um nichts anderes als eine legalisierte Ausrichtung von Gewalttätigkeiten seitens der Partei- und Staatsmacht. Unzählige Opfer wurden ohne jedes Gerichtsverfahren ums Leben gebracht, so bei den Zwangsdeportationen der intellektuellen Oppositionellen des Regimes in den Osten und Norden des Landes oder auch bei den Mobilisierungen (unter Einschluss von Jugendlichen) für die „Riesenbauten des Sozialismus“: Kanäle, Staudämme, Bergwerke, Fabriken usw.

Derweil blieben weitere politische Verfolgungsmaßnahmen (vor allem die wachsende Ausrichtung gegen die höchsten Parteikader) nicht nur eine „innere Angelegenheit“ der Sowjetbürger, sondern griffen immer stärker auch auf die nichtrussischen Mitarbeiter der Komintern und in den „Bruderparteien“ über (Dok. 383, 386–393, 399, 401, 405, 414, 418, 428, 430).<sup>146</sup> In der zunehmenden Welle des „Großen Terrors“ und beim Ausbau des „Gulag-Systems“ wurden rohe Gewalt und Einschüchterung breiter Volksmassen eng und untrennbar mit brutaler Demagogie verknüpft.

Insgesamt wurde seit Mitte der dreißiger Jahre etwas weniger als zuvor von der proletarischen Diktatur gesprochen und sich dafür stärker der sog. „sozialistischen Demokratie“ zugewandt, die der „bürgerlichen Demokratie“ angeblich meilenweit überlegen war. Ende 1936 erfolgte die feierliche Annahme der neuen, „Stalinschen“ Staatsverfassung der UdSSR, die übrigens von Bucharin und Radek, kurz bevor sie erschossen bzw. verhaftet wurden, noch mitverfasst wurde. Dem Volk und der ganzen

<sup>144</sup> Murin, Iosif Stalin, S. 195f.

<sup>145</sup> Zur Kritik des sowjetischen Botschafters am Šachty-Prozess siehe Bernhard H. Bayerlein: Nikolaj Krestinskij, der Sachty-Prozeß und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2003). S. 176–189. Zum Verhältnis von Terror und Utopie siehe Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937. München: Hanser 2008.

<sup>146</sup> Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalinscher Terror. Eine Forschungsbilanz. Berlin: BasisDruck 2002.



Welt sollte diese Verfassung das Wunder des „*siegreichen Sozialismus*“, des Gemeineigentums an Produktionsmitteln, der Industrialisierung und Kollektivierung, kostenloser Bildungsstätten auf allen Ebenen, der Gesundheitsfürsorge und der alles krönenden „*sozialistischen Demokratie*“ aufzeigen (Dok. 395) – als Gegenstück zu der nur formellen „*bürgerlichen Demokratie*“. Dies fand Ausdruck in der Einführung allgemeiner Wahlen mit geheimer Abstimmung auf allen Ebenen der Staats- und Selbstverwaltung der Gemeinden. Der Weg dorthin war durch die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ und aller anderen „nichtwerktätigen Elemente“ vorbereitet. Die volle Erhaltung des Einparteiensystems, der Zensur des geschriebenen Wortes und der Presse waren bestimmende Merkmale der offiziell begründeten „Diktatur der Arbeiterklasse“. Dem folgte in der Verfassung die pathetische Deklaration von bestens abgesicherten Grundrechten und -pflichten als erhabene und erkämpfte Freiheiten für alle sowjetischen Staatsbürger.<sup>147</sup>

Dieses mächtige Reklameschild sollte vor allem die Zwangsarbeit und das Massenelend des Volks vor der Innen- und insbesondere der Außenwelt verdecken. Dieses Schild war indes mehrdeutig und beinhaltete gegensätzliche Tendenzen. Trotz der absoluten Unvergleichbarkeit gab es eine gewisse, durchaus teuflische Ähnlichkeit mit der Rolle der viel später errichteten Berliner Mauer. Seine Wirkung war doppelseitig: es sollte zugleich aussondern und schmücken. Die erste internationale Auswirkung bestand darin, dass der Stoff für enthusiastische Aussagen bekannter westlicher demokratischer Künstler geliefert wurde – von Henri Barbusse und Romain Rolland bis Lion Feuchtwanger (Dok. 397, 403), Emil Ludwig, Heinrich und Thomas Mann u. v. a.. Auch Wissenschaftler und Humanisten vom Schlage Albert Einsteins und Albert Schweitzers wurden gewissermaßen unsicher in ihren Einschätzungen. Dabei standen im Hintergrund von Sympathie und Zustimmung zumeist Erwägungen außenpolitischen Charakters: in Stalins Figur eines mächtigen und erfahrenen Staatsmanns wünschte man sich einen Gegenspieler zu Hitler sehen zu wollen. So oder auch anders motiviert, erwachsen daraus die konstruktiven Bestandteile eines weiter anwachsenden Systems des Stalinschen Personenkults. Der Diktator wurde nun überall im Land millionenfach in Stein und Bronze, in Druck und Bild präsentiert und bejubelt. Als geliebter „Führer“ aller Völker und Staaten trat er immer mehr als Anhänger des „Sozialismus in einem Lande“, weniger als „Weltrevolutionär“ auf.

Vom Standpunkt der Wandlung dieser Revolutionsidee ausgehend, war das Interview Stalins mit dem amerikanischen Journalisten Roy Howard im März 1936 bemerkenswert. Auf die direkt gestellte Frage, ob die Sowjetunion sich nun von ihren Plänen der Weltrevolution distanziert habe, antwortete Stalin ohne seine Augen abzuwenden: „Solche Pläne und Absichten hatten wir nie“.

– *Howard*: Sie verstehen aber, Herr Stalin, dass fast die ganze Welt lange Zeit eine andere Vorstellung hatte.

– *Stalin*: Das war die Folge eines Missverständnisses.

<sup>147</sup> Maria P. Kareva: Die Verfassung der UdSSR. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1950.

– *Howard*: Eines tragischen Missverständnisses?

– *Stalin*: Nein, eines komischen oder vielleicht eines tragikomischen (...) Revolutionsexport ist ein Unsinn. Jedes Land, wenn es das will, erzeugt seine Revolution selbst, wenn es aber nicht will, dann wird es keine Revolution geben.<sup>148</sup>

Einer der Vordenker der Weltrevolution, Lev Trotzki, der buchstäblich bis zu seinem letzten Atemzug dieser Idee treu geblieben war, vermerkte in seinem Kommentar, dass der Interviewer, der jedoch an gewisse Grenzen seiner legitimen Wissbegierde gestoßen sei, Stalin noch hätte fragen können, wozu denn in diesem Fall die Internationale dann noch existiere. Und Trotzki weiter: „Stalin würde auf seinen Gesprächspartner einen überzeugenderen Eindruck gemacht haben, hätte er, statt die Vergangenheit zu verleumden, die Politik des Thermidor offen der Politik des Oktober gegenübergestellt. (...) ‚Ihr tragikkomisches Mißverständnis‘, so hätte Stalin enden können, ‚besteht darin, dass Sie uns für die Fortsetzer des Bolschewismus halten, während wir doch seine Totengräber sind‘.“<sup>149</sup>

Als Spitze des Stalinschen Staatsterrorismus bezeichnet man meistens das Jahr 1937. Kurz vor dem Jahresende, am 10. Dezember schrieb das ehemalige Mitglied des Leninschen Politbüro Nikolaj Bucharin aus der Zelle im Lubjanka-Gefängnis, wo er schon Monate verbrachte, einen Privatbrief an Stalin: „Koba, wozu brauchst Du meinen Tod? (...) Am Rande des Abgrunds stehend, von dem es kein Zurück gibt, gebe ich dir mein allerletztes Ehrenwort, dass ich die Verbrechen, die ich während der Untersuchung zugegeben habe, nicht begangen habe...“.<sup>150</sup> Am 13. März 1938 wurde er auf dem größten Schauprozess mit mehreren anderen ehemaligen Prominenten der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Abend erschossen. Der Alleinherrschaft Stalins stand nichts mehr im Wege.

## Anwachsende Kriegsgefahr

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war die antifaschistische Aktivität der Komintern und ihrer Parteien bedeutend angewachsen. Ihre Tätigkeit stand in voller Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Wirken der sowjetischen Regierung, insoweit diese sich in der immer komplizierter werdenden internationalen Situation auf die Erhaltung des Friedens konzentrierte. Das war umso wichtiger, dass die meisten weltpolitischen Faktoren immer mehr in Richtung steigender Kriegsgefahr wirkten.

Die Wunden des Ersten Weltkriegs waren noch lange nicht geheilt, als der Imperialismus seine wachsende Neigung zur neuen militärischen Kraftprobe offenbarte.

<sup>148</sup> Pravda, 5.3.1936.

<sup>149</sup> Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie? (1936). Vorwort von Jean-Jacques Marie. Dortmund: Dröge 1979. S. 199.

<sup>150</sup> Zit. nach Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus. Hrsg. v. Helmut Ettinger. 3 vols., hier: Vol. II. Berlin: Dietz 199. S. 61.

NS-Deutschland hatte die allgemeine Wehrpflicht sowie den jugendlichen Arbeitsdienst eingeführt und in den Nürnberger Gesetzen den Rassismus an die Banner geschrieben. Eine offene Remilitarisierung des Landes schritt schnell voran, verbunden mit der Rückkehr der besetzten Rheinlandgebiete ins „Dritte Reich“. Europa stand am Abgrund eines neuen, Zweiten Weltkriegs, der noch grenzenloser als der Erste sein sollte.<sup>151</sup> Der zunehmenden Aggressivität der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands und faschistischen Italiens schloss sich die des imperialistischen Japans an. Sie näherten sich einander auch auf diplomatischer Ebene durch den Abschluss eines Dreierpakts. Die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erstreckte sich auf alle Kontinente und trat immer offener dem Versailles-Washingtoner System und den es tragenden „alten“ Großmächten direkt entgegen. Jedoch blieb die politische Gegenwehr der demokratischen Staaten mehr auf die Suche defensiver, diplomatischer Kombinationen und Kompromisse konzentriert und auf die Kanalisierung der Aggression in Richtung der Sowjetunion gerichtet.

Die Grundinteressen der UdSSR lagen nach jahrelangem Bürgerkrieg, der imperialistischen Blockade und militärischen Invasionen auf der Ebene wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Aufrichtung, auf dem inneren Aufbau sowie auf der Modernisierung und Mobilisierung des eigenen Landes. Ihre Außenpolitik war auf Erhaltung und Stärkung des in der kapitalistischen Umkreisung entstandenen, immer noch nicht ausgewogenen neuen sozial-ökonomischen und politischen Systems gerichtet. Die friedliche Koexistenz mit den Ländern anderer Ordnungen blieb dabei lebenswichtig. Nachdem die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Randstaaten mehr oder weniger geordnet waren, hatten auch die Großmächte durch diplomatische Anerkennung und Handelsverträge verschiedener Art ihre Beziehungen zur Sowjetunion einigermaßen normalisiert. Die Diplomaten aller Länder diskutierten lebhaft den mühsam erwirkten, fast gleichzeitigen Eintritt der UdSSR und Deutschlands in den Völkerbund.

Durch schlechte Erfahrungen belehrt, war die Sowjetunion um stete Wachsamkeit vor Überfällen auf ihren langen Landes- und Meeresgrenzen, im Ausbau der Roten Armee und Flotte, ihrer Rüstung und Kampfbereitschaft sehr bemüht. Den offiziell geordneten sowjetisch-deutschen Beziehungen schlossen sich dann auch die teils geheimen, teils demonstrativen Verbindungen der Reichswehr mit der Roten Armee an, deren Umfang nur viel später Gegenstand der Forschungen und Publikationen in vielen Ländern werden konnte<sup>152</sup>. Dem italienischen Überfall 1934 auf Abessinien folgte 1936 der militärische Putsch des Generals Franco gegen die Republik in

**151** Kurt Pätzold, Erika Schwarz (Hrsg.): Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935. Eine nicht genutzte Chance. Mit Beiträgen von Friedrich-Martin Balzer [u. a.]. Köln: Papyrossa 2005.

**152** Zu der außerhalb der Wissenschaft stehenden Publizistik gehört neben mehreren Publikationen von Victor Suworov (Rezun) auch der Band von Jurij L. Djakov, Tat'jana S. Bušueva: Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i rečsver. Tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty. Moskva: Sovetskaja Rossija 1992.

Spanien und ein heftiger Bürgerkrieg, der durch das bewaffnete Eingreifen Deutschlands und Italiens immens verschärft wurde. Die Kämpfe um Madrid und an mehreren Fronten sowie der erfolgreiche Vormarsch der Internationalen Brigaden schufen eine Art antifaschistischer demokratischer Front in Europa und verstärkten den politischen Einfluss der Sowjetunion wie der Komintern in der Welt.<sup>153</sup> Als demonstrativ-symbolisches Wahrzeichen einer direkten Gegenüberstellung der sich der Demokratie zugewandten, zum Frieden strebenden Sowjetunion und des kriegerisch gestimmten, nationalsozialistischen „Dritten Reichs“ wurden in der Pariser Weltausstellung 1936 die zwei Pavillons vorgestellt: den einen krönte die glänzende Skulptur des Arbeiters und der Bäuerin mit Hammer und Sichel, den anderen der schwarze gierige Geier.

Die Appeasementpolitik der Westmächte, ihr langes Zögern defensive militärische Vereinbarungen mit der Sowjetunion abzuschließen, ermunterte Hitler zu weiteren Aktivitäten in Europa. Das Münchner Abkommen 1938, welches der Tschechoslowakei wichtige Gebiete entriß, glich einem Zurückweichen der Demokratien vor dem frech gewordenen Aggressor. Indem sich die Atmosphäre der Kriegsgefahr in Europa immer mehr verdichtete, wurden seit Anfang 1939 auf Beschluss des Politbüros mehrere Hundert ehemalige Spanienkämpfer und ihre Kinder sowie sudetendeutsche Emigranten für mehrere Jahre in Sowjetrußland freundlich aufgenommen (Dok. 445).

\* \* \*

Bei weitem nicht von allen sowjetischen Bürgern im Inland und noch weniger von den Menschen im Ausland wurde erkannt, dass die mehrspurige Stalinsche Politik von einer gewissen Umkehrung der offiziellen sowjetischen Ideologie und Propaganda begleitet war. Jedoch wurde der demonstrativ hochgestapelte Internationalismus zunehmend von den wieder auferstehenden Traditionen der alten russischen Großmachtideologie und des Nationalismus zurückgedrängt. Das kam besonders in dem 1938 erschienenen, von Stalin korrigierten (teilweise auch selbst verfassten) Lehrbuch der Parteigeschichte zum Ausdruck.<sup>154</sup> Von der Gründung und Wirkung der Komintern war dort nur vorübergehend und flüchtig die Rede. Ihr VII. und letzter Weltkongress blieb überhaupt unerwähnt.

Noch weitgehender wurde mit der Idee der Weltrevolution manipuliert. Im Gegensatz zu früheren Ansichten der Marxisten und im Widerspruch zu historischen Tatsachen wurde die sog. Leninsche „neue, abgeschlossene Theorie der sozialistischen Revolution“ in die „*Theorie des Sozialismus in einzelnen genommenen Ländern*“ umgewandelt. Der Begriff der internationalen, der *Weltrevolution* fand hier nur im Zusam-

<sup>153</sup> S. P. Pozarskaja, A. I. Saplin (Hrsg.): Komintern i grazdanskaja vojna v Ispanii. Dokumenty. Moskva: Nauka 2001.

<sup>154</sup> Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang [1938]. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland 1946.

menhang mit den, wie man nun behauptete, „parteifeindlichen“ Ansichten einmal der „linken Kommunisten“, dann der Troztkisten Erwähnung. Die im Schlusswort des Lehrbuchs gestellte rhetorische Frage „Was lehrt uns die Geschichte der VKP(B)?“ wurde in dem Sinne beantwortet, dass die Bolschewiki genötigt waren, alle kleinbürgerlichen Parteien, wie auch alle „Volksfeinde“ und „Schädlinge“ zu zerschlagen und zu vernichten. Obwohl alle „Lehren“ solcher Art sich nur auf „sowjetische Erfahrung“ stützen konnten, war das Lehrbuch in Millionenaufgabe in den meisten Weltsprachen erschienen und sollte als „Tresor der Weisheit“ den Kommunisten aller Welt dienen.

Die systematische Verdrängung des Internationalismus durch seine Unterordnung unter die Interessen der tagtäglichen Politik des Sowjetstaates äußerte sich immer mehr auch in den gemeinsamen parteistaatlichen Beschlüssen, sei es über den Geschichtsunterricht in den Mittel- und Hochschulen oder in der Bestellung, den Fachhistorikern eilig eine dreibändige sowjetische „Diplomatie-Geschichte“ zu komponieren. Der jahrelang verfolgte, als „Nicht-Marxist“ abgestempelte Historiker Eugen Tarlé konnte seinen Roman „Napoléon“ veröffentlichen. Die „Gedanken und Erinnerungen“ Fürst Otto von Bismarcks erschienen neben den sechs Bänden der französischen liberal-bürgerlichen Historiker Lavissee und Rambaud zur Geschichte des 19. Jahrhunderts in russischer Übersetzung und sollten das sowjetische Volk über die Wichtigkeit der diplomatischen Künste belehren.

Der moralisch-psychologische Einfluss der auf solche Art vorgespielten Öffnung und Demokratisierung des sowjetischen Staatssystems spiegelte sich auch in den vielen paternalistisch geformten „Ratschlägen“ wider, die Stalin persönlich den Schriftstellern und Filmregisseuren erteilte. Dabei hatten auch bestellte Kritiken, die Dichter und Musiker „belehren“ sollten, nicht fehlen dürfen. Noch bevor Stalin zum „größten Feldherrn aller Zeiten und Völker“ erhoben wurde, dünkete er sich selbst als einen allen Zeitgenossen überlegenen Diplomaten, Historiker, Philosophen, Ökonomen und Politiker. Stalins der Vergötterung gleichkommender Personenkult führte aber zur Entstehung großer Fehleinschätzungen, die, wie sich nachher herausstellte, durch außerordentlichen Heldenmut der sowjetischen Völker überwunden und mit blutigem Opferzoll bezahlt werden mussten.

\* \* \*

Mitte 1939 lag die Führung der Komintern größtenteils in den Händen Stalins und des ihm hörigen Politbüro des ZK der VKP(B). Grundsätzlich stimmten beide Instanzen darin überein, dass der Hauptansteller des nahenden Weltkriegs der Hitlerfaschismus sei. Im Rundschreiben des EKKI vom 15. Juli 1939 zum 25. Jahrestag des Ersten Weltkriegs, das an alle Kommunistischen Parteien gerichtet war, wurde zum Kampf gegen faschistische Aggressoren und englisch-französische „Kapitulanten“ aufgerufen. Diesen Zeichen der Zeit folgend, zeichnete die KPD noch Anfang des Jahres im Beschluss ihrer sog. „Berner Konferenz“ (sie fand in Draveil, Frankreich, statt und

wurde später als 14. Parteitag bezeichnet) den Weg zum Sturz Hitlers und zur Schaffung einer neuen deutschen demokratischen Republik vor.

Das EKKI-Sekretariat hat seinerseits im Beschluss vom 22. August 1939 die schwierig und zögerlich verlaufenden diplomatischen Verhandlungen zwischen den westeuropäischen Großmächten und der UdSSR über gemeinsame politische und militärische Handlungen zum Schutz des Friedens kritisiert. Zum Beispiel verließen die Militärdelegationen Englands und Frankreichs Moskau. Alle Kommunistischen Parteien wurden ausdrücklich „darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen die Aggressoren, besonders gegen den deutschen Faschismus, mit gesteigertem Einsatz fortgesetzt werden muss“ (Dok. 456).

Paradoxerweise wurde dieser Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen und namentlich für das persönliche Verhältnis zwischen Stalin und Hitler besonders markant. Erst die viel spätere Veröffentlichung wichtiger, streng geheimer Dokumente klärte den Gang der Ereignisse und die Rolle der Teilnehmer eines herannahenden riesigen internationalen Ekklats. Auf dem XVIII. Parteitag der VKP(B) im März 1939 fühlte sich Stalin fest im Sattel sitzend und die Delegierten sahen sich bereits in der Kriegszeit. Die Säuberungen im Land und in der Armee schienen die Alleinherrschaft des Stalinschen Politbüros in Ökonomie und Politik gefestigt zu haben, die Mobilmachung des Volkes und die Neuausrüstung der Streitkräfte hatten gerade erst begonnen. Dass die Sowjetunion, obwohl sie keine Angriffspläne Deutschland gegenüber hegte, früher oder später von ihm angegriffen werde, stand nicht in Zweifel. Doch wie konnte man Zeit gewinnen und dazu noch möglichst günstige Verbündete? Obwohl Stalin in der internationalen Diplomatie kaum über Kenntnisse und Erfahrung verfügte, vertraute er auf sein eigenes, wie er dachte, einmaliges (vielleicht nur Nicolo Machiavelli ähnliches) diplomatisches Geschick. Er glaubte, dass die Hauptsache darin bestehe, alle seine und seines Landes Gegner voneinander zu trennen, auseinander zu dividieren und gegenseitig auszuspielen.

Interessanterweise war auch Hitler ganz ähnlicher Meinung hinsichtlich seiner eigenen Fähigkeiten, die er, seinem Temperament entsprechend, viel emotionaler als sein Gegenspieler zum Ausdruck brachte. Genau am Abend des 22. August teilte er in Obersalzberg mit, dass er Ribbentrop beauftragt habe, in seinem Flugzeug nach Moskau zu fliegen, um unverzüglich mit Stalin einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Dazu erklärte er zynisch: „Im Grunde nur drei große Staatsmänner auf der Welt, Stalin, ich und Mussolini. (...) Stalin und ich die Einzigen, die nur die Zukunft sehen. So werde ich in einigen Wochen Stalin an der gemeinsamen deutsch-russischen Grenze die Hand reichen und mit ihm eine Neuverteilung der Welt vornehmen. (...) Die armseligen Würmer Daladier und Chamberlain habe ich in München erlebt. Sie werden zu feige sein, um anzugreifen. Sie werden nicht über die Blockade hinausgehen. Dagegen haben wir unsere Autarkie und die russischen Rohstoffe. (...) Nach

Stalins Tod, er ist ein schwerkranker Mann, zerbrechen wir die Sowjetunion. Dann dämmert die deutsche Erdherrschaft herauf.“<sup>155</sup>

Am Spätabend des 23. August 1939 platzte die Bombe: Ribbentrop und Molotov hatten unter Stalins wohlwollendem Lächeln einen deutsch-sowjetischen Vertrag unterzeichnet. Wie sich später herausstellte, war der Akt bereits Wochen im Voraus in einer geheimen Sitzung des sowjetischen Politbüros besprochen, beschlossen und auch das Geheimprotokoll erdacht worden.<sup>156</sup> Im in der Weltpresse sofort veröffentlichten Vertragstext gab es keinerlei Andeutung auf irgendwelche dazugehörenden geheimen Vereinbarungen. Noch mehr: Das Bestehen eines solchen Protokolls wurde danach über 50 Jahre lang von sowjetischer Seite kategorisch bestritten. Erst 1991 wurde es mit anderen dazugehörenden Dokumenten im geheimen Stalin-Archiv im Kreml „entdeckt“, im nächsten Jahr anerkannt und letztlich offiziell veröffentlicht.<sup>157</sup>

## Im Zweiten Weltkrieg

Dasselbe galt auch für den „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“, der etwas über ein Monat später, am 29. September 1939, in Moskau von Ribbentrop und Molotov unterzeichnet wurde. Dazwischen lag Deutschlands Überfall auf Polen und somit der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Wie der erste Vertrag enthielt er ein streng geheim gehaltenes Zusatzprotokoll, das eine konkrete Teilung Polens vorsah und das Schicksal der drei Baltischen Staaten wie der Länder westlich des Bugs bestimmte.

Schon das erste Vertragsprotokoll, auch bei Unkenntnis der Anlage, erschütterte die Position der Komintern und der Kommunistischen Parteien aller Länder, vor allem aber der KPD, grundlegend. Im Westen begann eine wütende antisowjetische und antikommunistische Hetzkampagne mit Presseverboten und Verhaftungen. Dessen ungeachtet schickte Dimitrov an Stalin, Molotov und Ždanov eine Materialiensammlung, in der die meisten Sektionen der Komintern die beiden Pakte als Erfolg der sowjetischen Friedenspolitik priesen und Moskaus aktive Handlungen begrüßten. Nur die Parteien Frankreichs und Belgiens erhoben ihre Stimmen für die Weiterführung des antifaschistischen Krieges; die Haltung der Parteien Englands und USA war ambivalent.

<sup>155</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), 1918–1945. Serie D: 1937–1945. Bd. VII. Baden-Baden: Imprimerie Nationale 1956. S. 171f., (Dok. aus: British Documents. Serie 3. Bd. VII. Nr. 314. Anlage).

<sup>156</sup> Siehe hierzu Besymenski, Stalin und Hitler, S. 213ff.

<sup>157</sup> Den deutschen Text siehe Gerhard Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin: Dietz 1990. S. 199–205; ADAP, 1918–1945. Serie D. Bd. VII. S. 206f. Dazu Lew Besymenski, Stalin und Hitler, S. 17f., 217ff., 245ff.



Am 7. September hat Stalin im Gespräch mit Dimitrov und in Anwesenheit von Ždanov und Molotov offen erklärt: Der Charakter des Weltkriegs habe sich verändert, er werde nun zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt und „wir haben nichts dagegen, dass sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen (...) Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen“.<sup>158</sup> Nun müsse sich die Komintern vom Standpunkt der Beschlüsse ihres VII. Kongresses, der den Hitlerfaschismus als Hauptquelle der Aggression ansah, distanzieren. Auch die Parole der Volksfront sei zurückzuziehen, da es im Krieg nun um die Weltherrschaft gehe und die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische „ihren bisherigen Sinn verloren“ habe.<sup>159</sup>

Das EKKI-Sekretariat war ebenso wie sein Generalsekretär hörig. Schon am nächsten Tag wurden Richtlinien angenommen, welche die neuen Weisungen Stalins wiederholten: Der Krieg wurde als „imperialistischer“, von beiden Seiten „ungerechter“ charakterisiert, die Bourgeoisie aller den Krieg führenden Länder dafür gleichsam schuldig erklärt. Den Kommunistischen Parteien wurde vorgeschrieben, nicht nur gegen diesen Krieg, sondern zugleich gegen die „verräterische Politik der Sozialdemokratie“ aufzutreten. Die Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens und der USA wurden direkt angewiesen, ihre politische Linie entsprechend zu revidieren. Doch auch für Dimitrov war es nicht einfach diese „Sonnenwende“ allen Kommunisten in der Welt plausibel darzulegen. An den Thesen arbeitete er mit Manuil'skij und Kuusinen so lange, dass Ždanov ihn von Stalins Datscha aus anrief und ironisch darauf hinwies, „in dieser Zeit hätte Gen. Stalin ein ganzes Buch geschrieben!“<sup>160</sup>

Dimitrov schickte bald seinen Artikel *„Der Krieg und die Arbeiterklasse kapitalistischer Länder“* an Stalin mit der Bitte um Rat und Hilfe. Am 25. Oktober teilte er in Anwesenheit von Ždanov dem Verfasser seine Bemerkungen mit. Stalin, der vor kurzem den „Freundschaftspakt“ mit Hitler geschlossen hatte, versuchte nun die revolutionären Bestrebungen europäischer Arbeiter zu dämpfen. Dem von Ulbricht an Manuil'skij geschickten Entwurf eines Aufrufs zur „Volksrevolution“ gegen die Nazierrschaft in Deutschland widersprach nun Stalins Forderung, nicht „vorauszu-eilen“.

Dimitrov nahm nicht nur alle Korrekturen Stalins an, auch andere Schritte der Sowjetunion – einschließlich der militärischen Besetzung der Baltischen Staaten, der Gebiete westlich des Bugs, auch des „Winterkriegs“ gegen Finnland – wurden von allen Sektionen gutgeheißen. Ein lauter persönlicher Protest wurde deutscherseits von Willi Münzenberg formuliert. 1933 hatte er Dimitrov als einen Helden im Reichstagsbrandprozess gepriesen und stand mit ihm in gutem Kontakt auch während des Moskaubesuchs 1936. Jedoch 1937 geriet Münzenberg in schweren Konflikt mit der

<sup>158</sup> Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 273.

<sup>159</sup> Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 273.

<sup>160</sup> Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 277.

Komintern und Stalin und klagte u. a. am 14. Juli 1938 Ulbricht an, sich gegen ihn verschworen zu haben (Dok. 418). Im September 1939, unter dem direktem Eindruck des „Stalin-Hitler-Freundschaftspaktes“ und des Kriegsbeginns, brandmarkte Münzenberg dann in seinem in Frankreich erschienenen Artikel „Der russische Dolchstoß“ Stalin als „Verräter“ (Dok. 458).<sup>161</sup> Bereits vorher hatte der namhafte Publizist seine Zusammenarbeit mit der Komintern aufgekündigt (Dok. 425, 427, 432, 435, 443, 446).

Kurz zuvor war indes auch von russischer Seite scharfer Protest, diesmal gegen die innere Politik des Stalinismus, laut geworden. Die Pariser Zeitung „Novaja Rossija“ und die Havas-Presseagentur (später auch die „Neue Volkszeitung“, New York, und „Die Zukunft“, Paris) publizierten einen „Offenen Brief an Stalin“ von Fedor Raskol'nikov.<sup>162</sup> Dieser war aktiver Teilnehmer der Oktoberrevolution 1917 und des Bürgerkriegs, Kommandant der Roten Kriegsmarine und später Mitarbeiter der Komintern und sowjetischer Botschafter, zuletzt in Bulgarien, gewesen und wurde 1937/1938 aufgefordert, nach Moskau zurückzukehren. Er kannte jedoch die Schicksale vieler Diplomaten, Staatsmänner und Marschälle. Auf die Verweigerung folgten seine Absetzung und Erklärung zum „Volksfeind“. In seinem Brief vom 17. August 1939 zeichnete er ein detailliertes Bild der Herrschaft Stalins im Land. Dem Brief war als Motto die Strophe Shakespeares vorangestellt: „Ich werde über Dich Wahrheiten sagen, fürchterlicher, als es irgendwelche Lügen sein könnten!“ Im Folgenden nur einige Auszüge:

„Du hast mich für ausserhalb des Gesetzes stehend erklärt, Stalin! Da du das tatest, hast Du mich auf die gleiche Stufe mit Dir gestellt, auf die Stufe, auf der alle Sowjet-Bürger stehen, die unter Deiner Herrschaft gezwungen sind ,ausserhalb des Gesetzes‘ zu leben. Ich will Dir erwidern! Ich gebe Dir das Billet für Dein Königreich des ‚Sozialismus‘ zurück und ich breche mit Deinem Regime! Dein ‚Sozialismus‘, der seine ursprünglichen Schöpfer längst hinter die Gitter der Gefängnisse gebracht hat, ist ebenso weit vom wirklichen Sozialismus entfernt, wie Deine persönliche und willkürliche Diktatur von der Diktatur des Proletariats. (...) Du hast das ganze Land durch Deinen Terror zusammengeschweißt. Auch der Mutigste würde es heute nicht wagen, offen vor Dir zu sprechen! (...) Du hast Lenins alte Kampfgefährten verleumdete, entehrt und ermordet: Kamenev, Sinowjew, Bucharin, Rykov und andere, deren Unschuld Dir wohl bewusst war. Bevor sie starben, zwangst Du sie noch, Verbrechen einzugestehen, die sie natürlich niemals begangen hatten. Du zwangst sie, sich selbst vom Kopf bis zu den Füßen mit Jauche zu begiessen. (...) Du hast diejenigen, die Dir noch folgen, gezwungen – gequält und angewidert – in den Blutlachen ihrer Freunde

**161** Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“. Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit v. Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij und Gleb Albert. Mit einem Zeitzeugenbericht v. Wolfgang Leonhard. Vorwort v. Hermann Weber. Berlin 2008 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4).

**162** Fedor Raskol'nikov: Otkritoe Pismo Staliny, 17.8.1939. In: Novaya Rossija, Paris, 1.10.1939; Siehe auch Feodor Raskolnikoff: Offener Brief an Stalin. In: Neue Volkszeitung, New York, 30.3.1940; Ebenfalls in: Die Zukunft, Paris, 26.4.1940.

und Genossen von gestern zu waten. In der gefälschten Geschichte der Partei, die auf Deinen Befehl hin geschrieben werden musste, hast Du an den Toten Diebstahl begangen. Du hast Dich mit Verdiensten geschmückt, die allen den von Dir Ermordeten und Entehrten zukommen.

Du hast Lenins Partei zerstört und um ihr Skelett eine neue Partei geschaffen, die ‚Lenin-Stalin-Partei‘. Sie dient Dir einzig und allein als bequemer Apparat für Dein Ein-Mann-Regime. (...) Du folgtest dem Beispiele Hitlers und hast die mittelalterlichen Buchverbrennungen auferstehen lassen (...) Du bliebst kalt angesichts des Schicksals der jüdischen Arbeiter, Intelligenz und Handwerker, die vor der faschistischen Barbarei fliehen mussten. Du schliesst die Türen Deines Landes, das in seiner unendlichen Ausdehnung mit Leichtigkeit Tausende von Flüchtlingen unterbringen könnte.“

Raskol'nikovs begründete und temperamentvolle Abrechnung mit Stalin schloss mit einer harten Prognose: „Dein wahnsinniges Bacchanal kann nicht mehr lange dauern. Die Liste Deiner Verbrechen ist endlos. Endlos ist auch die Liste Deiner Opfer. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen. Früher oder später wird Dich das Volk Sowjetrusslands auf die Anklagebank setzen und es wird Dich beschuldigen, ein Verräter des Sozialismus und der Revolution zu sein, der Hauptsaboteur, der wahre Feind, der Organisator von Hunger und Meineid!“<sup>163</sup>

Kaum einen Monat später starb der Autor im Krankenhaus Nizza plötzlich (nach einer unbestätigten Version wurde er ermordet). Im Oktober 1940 wurde die Leiche des erhängten Münzenberg im Wald von Cagnet, Isère (ein weiteres Mordopfer?) aufgefunden. Das allerwichtigste bestand darin, dass diese und andere Entlarvungen des Stalinismus vom Führungspersonal der Komintern und der Kommunistischen Länderparteien vollständig ignoriert und negiert wurden.

Je stärker sich jedoch die kommunistischen Funktionäre Stalin unterordneten, desto weniger schätzte der Diktator ihren Beistand und desto mehr verlagerte er das Schwergewicht seiner Aktivität auf die militärische Aufrüstung der Sowjetunion, was selbstverständlich berechtigt war. So kam er etwa im April 1941 auf den Gedanken, um die Verbindungen mit Hitlerdeutschland in eigenem politischen Interesse zu nutzen, die Komintern als solche einfach aufzulösen. Vor diesem Hintergrund beurteilte er auch die Mimikrie der KP der USA positiv, als diese ihre „Unabhängigkeit“ von Moskau vorspielte. Er liebäugelte sogar mit der Möglichkeit des Anschlusses der Sowjetunion an den Dreimächtepakt Deutschlands, Italiens und Japans, obwohl dieser von den Begründern unverhohlen „Antikominternpakt“ genannt wurde.

Hitler ließ sich jedoch nicht mehr auf „freundschaftliche“ Verbindungen mit Stalin ein. Seine Pläne gingen immer offener in eine ganz andere Richtung, die seiner ureigenen politischen Einstellung entsprach. Beim Generalstab der Wehrmacht

<sup>163</sup> Die Zitate sind der deutschen Übersetzung in *Die Zukunft*, Paris, 26.4.1940, entnommen. Siehe auch Nedelja, Moskva (1988), Nr. 26; N. V. Popov (Hrsg.): *Otkryvaja novye stranicy ... Meždunarodnye voprosy. Sobytiya i ljudi*. Moskva: Izdatelstvo Političeskoj Literatury 1989. S. 313–323.

lagen für die Weiterführung des Weltkriegs zwei große Angriffspläne bereit, die um die Gunst des Führers warben: „Fall Seelöwe“ gegen England und „Fall Barbarossa“ gegen die Sowjetunion. Der oberste Kriegsherr des „Dritten Reichs“ neigte mehr zum abenteuerlichen Ostfeldzug.

Andererseits hielt der Generalsekretär des EKKI, Dimitrov, den Vorschlag Stalins, die Komintern aufzulösen, für ernst gemeint und schon durch frühere Erwägungen über die erweiterte Selbstständigkeit aller Kommunistischen Parteien begründet. So notierte Dimitrov in seinem Tagebuch am 20. April 1941 alle Details eines nächtlichen Gesprächs in der Loge des Politbüros nach einem Festkonzert im Bolschoi-Theater. Auch auf Dimitrovs Gesundheit wurde dort getrunken und Stalin war ungewöhnlich gesprächig: „man sollte, – sagte er seinem vis-a-vis – die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken“.<sup>164</sup>

Handelte es sich dabei um einen im Rausch entstandenen Anfall der „Selbstkritik“ (die Stalin zur Bewegungskraft der sowjetischen Gesellschaft, anstelle des Klassenkampfes, erhob)? Oder war es vielmehr eine Art ernst-schlauer Überlegungen über weitere Perspektiven der Kommunisten? Es folgten Worte, die vorher nur den ärgsten Feinden des Marxismus-Leninismus in den Mund gelegt werden konnten: Sobald die kommunistischen Parteien, fuhr Stalin fort, „auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wieder herstellen. Die Internationale wurde zu Marx` Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet. Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken *nationale* Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Dass jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis (...) Halten sie sich nicht an dem fest, was *gestern* war, berücksichtigen sie konsequent die neuentstandenen *Bedingungen* (...) Vom Standpunkt des *Behördeninteresses* [der KI] mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlaggebend!“<sup>165</sup>

Dimitrov resümierte für sich, dass hier von Stalin „die Frage der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter den Bedingungen des Weltkrieges klar und deutlich gestellt worden“ sei.<sup>166</sup> An den folgenden Tagen wurden von Dimitrov bei seinen Gesprächen mit Manuil'skij und Ždanov, Togliatti und Thorez die Argumente für und gegen Verwendung anderer Organisationsformen und Arbeitsmethoden nochmals

<sup>164</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374.

<sup>165</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374f.

<sup>166</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374f.

abgewogen. Man überlegte nun auch – statt des EKKI – die Schaffung eines Organs „zur Information und zur ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien“, die in ihren Ländern ja verschiedene nationale Aufgaben zu erfüllen hatten.<sup>167</sup>

Doch Mitte Mai 1941 wurden alle diese Erwägungen und Gespräche prompt abgebrochen. Es bleibt allerdings offen, in welchem Maße eine Vorahnung von der heranrückenden radikalen Änderung der gesamten weltpolitischen Lage daran mitwirkte. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits halb Europa unter nationalsozialistischer Kontrolle. Dessen ungeachtet hatten die Aufgaben des *antifaschistischen Widerstands* immer noch keine Priorität im Wirken der Komintern erreicht. Die außenpolitischen Rechnungen Stalins, namentlich die Ausrichtung auf eine eventuelle Fortsetzung seiner Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland, drängten ihn zur Geringschätzung der faschistischen Gefahr, auch für die Sowjetunion. Trotz der sich häufenden Anzeichen glaubte er, darauf hoffen zu können, dass er Hitler überlisten und dadurch noch geraume Zeit für die Grenzsicherung seines Landes gewinnen würde. Man dürfe sich nur nicht provozieren lassen und die Taktik der Komintern vorrangig gegen den „imperialistischen Krieg der Westdemokratien“ ausrichten.

Solch eine falsche Einstellung verlangsamte den organisierten internationalen Widerstand gegen den nazistischen Aggressor. Aber handelten die führenden Politiker der Westmächte in und nach München, als sie Hitlers Angriff nach Osten kanalisieren suchten, etwa klüger? Waren denn die Politiker Polens umsichtiger, als sie das militärische Zusammenwirken der UdSSR mit Frankreich blockierten? Die Weltlage war damals äußerst kompliziert und man sollte sie auch heute noch von allen Seiten betrachten und überprüfen, um keinen einseitigen Antikommunismus zu beleben. Es hat ja in der Komintern und in den Kommunistischen Länderparteien nie ein „Verbot“ antifaschistischer militärischer und politischer Betätigung der Kommunisten gegeben. Auch die heute noch gebrauchte These vom „Bruch mit dem Antifaschismus“ oder einer „Beendigung der Ära des Antifaschismus der Kommunisten“ ist offensichtlich überspitzt. Meines Erachtens würde es vollkommen genügen, kritisch festzustellen, dass die Komintern, – aufgrund Stalins falscher, zurückhaltender Einstellung gegenüber dem Erzfeind der Menschheit, – sich erst sehr verspätet der weitgehenden Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe in den von Deutschland und seinen Vasallen besetzten Ländern Europas zuwandte.<sup>168</sup> Dies galt gewissermaßen auch für die generelle Linie der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR, vor allem für die Frage, wann und wie die beiden Diktatoren ihre gespielte „Freundschaft“ und eines gemeinsamen Handelns aufgeben würden? Und weiter: Wer konnte denn daran zweifeln, dass angesichts Hitlers wachsender Aggressivität ein gewaltiger Zusammenprall dieser militärisch stärksten Staaten früher oder später unabwendbar

<sup>167</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 375.

<sup>168</sup> Siehe Kirill K. Širinja: Strategija i taktika Komintern v borbe protiv fašizma i vojny. 1934–1939 gg. Moskva: Izd. Političeskoj Literatury 1979.

bevorstand? Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour wurde noch deutlicher, dass der Zweite Weltkrieg immer stärker einen globalen Charakter annehmen würde.<sup>169</sup>

## Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion

Trotz zahlreicher aus verschiedenen Quellen stammenden Warnungen, dass Deutschland gewaltige Truppenmengen an die sowjetische Grenze herangeführt habe, wurden diese Meldungen von Stalin als provokatorische Gerüchte abgewertet. Wie alle sowjetischen Bürger und Behörden wurde auch das EKKI am Sonntag, dem 22. Juni 1941, vom deutschen militärischen Überfall vollständig überrascht. Noch einen Tag zuvor hatte Dimitrov besorgt bei Molotov angerufen, bekam aber nur eine ausweichende und eher irreführende Antwort: „Die Lage ist unklar. *Es wird ein großes Spiel gespielt*. Nicht alles hängt von uns ab. Ich werde mit J[ossif] W[issarionowitsch] reden. Wenn es irgendetwas Besonderes gibt, rufe ich an!“<sup>170</sup>

Am frühen Morgen jedoch wurde Dimitrov eilig in den Kreml bestellt. In Stalins Arbeitszimmer, wo die höchste Führungsspitze versammelt war, erfuhr er von der militärischen Katastrophe an der gesamten Staatsgrenze und dem Vormarsch deutscher Truppen. Der Krieg hat nun auch die Sowjetunion erfasst. Anders als einige Zeitzeugen notierte Dimitrov in seinem Tagebuch: „Erstaunlich sind die Ruhe, Festigkeit und Zuversicht Stalins und aller anderen“.<sup>171</sup> Stalin äußerte ihm gegenüber: „Nur die Kommunisten können die Faschisten besiegen“, zugleich aber sollte „die Komintern (...) vorerst nicht öffentlich auftreten“. „Das sowjetische Volk führt einen vaterländischen Krieg (...)“ und „Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen“.<sup>172</sup> Auf der Extrasitzung des EKKI-Sekretariats am selben Tag informierte Dimitrov die Versammelten über die Lage, die politische Orientierung und die Aufgaben der Komintern. Alle an die Kommunistischen Parteien von nun an gerichteten chiffrierten Telegramme wiederholten die vorgegebene gemeinsame Eingangsformel: „Der treubruchige Überfall Deutschlands auf die UdSSR ist ein Schlag nicht nur gegen das Land des Sozialismus, sondern auch gegen die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker. Verteidigung des Sowjetvolkes ist zugleich die Verteidigung aller

**169** Raymond James Sontag, James Stuart Beddie, Eber M. Carroll (Hrsg.): *Nazi-Soviet Relations 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office*. Washington: Department of State 1948; German L. Rozanov: *Stalin-Gitler. Dokumental'nyj očerk sovetsko-germanskich diplomatičeskich otnošenij. 1939–1941 gg.*. Moskva: Meždunarodnye otnošenije 1991; Jurij V. Basistov: *Stalin-Gitler. Ot pakta do vojny*, Sankt-Peterburg: Russko-Baltijskij informacionnyj centr BLIC 2001.

**170** Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 392.

**171** Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 392.

**172** Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393; Siehe ebenfalls RGASPI, Moskau, 495/18/1355, 6; Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*, S. 97.

vom Hitlerfaschismus unterdrückten Völker“.<sup>173</sup> Das EKKI wies auf kardinale Änderungen der Losungen hin: die gestrigen Kriegsanstifter – westdemokratische Länder – wurden potenzielle Verbündete, der kurzfristige Partner Hitler erneut zum Erzfeind der Menschheit erklärt. Dimitrov fügte dem hinzu, dass der begonnene Krieg schwer sein werde. Zur operativen Leitung des EKKI wurden neben ihm nun auch noch Manuil'skij und Togliatti gestellt.<sup>174</sup>

Als Mitte Oktober 1941, fast vier Monate der wüste Krieg tobte, nun auf dem Boden der Sowjetunion, die deutschen Truppen vor den Toren Moskaus standen und die sowjetischen Behörden bereits begannen, ihre Archive zu verbrennen, wurde erstmalig das enorme Ausmaß der erlittenen militärischen Niederlage erfasst. Alle westlichen und mehrere zentrale Gebiete des riesigen Landes, vom blockierten Lenin-grad bis vor Moskau und dem Schwarzen Meer, waren in Feindeshand. Millionen Kämpfer waren tot oder gingen als Kriegsgefangene und Schwerverwundete verloren. Hitler und seine Generäle bereiteten zum 7. November eine Siegesparade auf dem Roten Platz vor. Doch die Front stand schon fest und der Blitzkrieg war vorbei. Am 14. Oktober wurde in Moskau ein Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk und das deutsche Heer verfasst und sofort an Molotov geschickt. Die NS-Lüge vom Präventivkrieg wurde darin widerlegt und das deutsche Volk aufgefordert, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, Hitler und dem Krieg ein Ende zu machen sowie ein Deutschland des Friedens und der Freiheit zu erkämpfen (Dok. 499). Am nächsten Tag lobte Stalin den Aufruf und schlug Dimitrov vor, ihn per Presse und Radio, angeblich als „ein Dokument, das bei dem gefallenem Unteroffizier Stolz gefunden wurde“, zu veröffentlichen.<sup>175</sup>

In den folgenden Tagen musste wegen der direkten Bedrohung Moskaus ein bedeutender Teil der sowjetischen Regierungsbehörden in Richtung Osten evakuiert werden. Das EKKI mit Dimitrov an der Spitze fanden in Ufa und Kujbyšev Unterkunft, wo sie fast ein halbes Jahr verblieben. Die praktischen Arbeitsmöglichkeiten des Sekretariats wurden eingeschränkt. Erst der Erfolg der schweren Winterschlacht bei Moskau und im Frühling 1942 der große Sieg der Roten Armee im Kampf um Stalin-grad brachten den Umbruch. Die Kapitulation des Feldmarschalls von Paulus sowie die Gefangennahme vieler Generäle, Offiziere und Tausender Soldaten aktivierten die sowjetische Propaganda über die Front hinaus und unter den Kriegsgefangenen. Von deutscher Seite aus wurde eine Kommission durch Walter Ulbricht gebildet. In mehreren „Antifaschulen“ nahe der Front und in den Lagern begann eine politisch-ideologische Umschulung mehr oder weniger nazistisch gesinnter deutscher Soldaten und Offiziere. Aus Kriegsgefangenen und Emigranten entstand erst das „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“, danach der ihm angeschlossene „Bund deutscher Offiziere“. Schon im März 1942 konnten einige EKKI-Sekretäre und auf direkte Anweisung Stalins

---

173 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393.

174 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393.

175 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 394.



auch Dimitrov mit einer Gruppe deutscher Mitarbeiter nach Moskau zurückkehren, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen.<sup>176</sup>

Nach dem Eintritt der USA in den Weltkrieg brachte die Antihitlerkoalition der Sowjetunion, die viele Monate in erster Reihe gegen die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten gekämpft und große Verluste ertragen hatte, wesentliche militärische und wirtschaftliche Hilfe durch den nördlichen „Konvoi“ und „Landlies“. Britische Truppen wirkten nun aktiver im Mittelmeerraum. Die immer heftiger werdenden, Tag und Nacht andauernden anglo-amerikanischen Bombardierungen wichtiger deutscher Industrieanlagen, Transportknotenpunkte und Städte beeinflussten den Kriegsverlauf zunehmend. Der heldenhafte Kampf der Sowjetvölker ermutigte auch den antifaschistischen Widerstand in aller Welt und führte zur Erstarkung kommunistischer Parteien in vielen Ländern. Das EKKI half bei der Propaganda, wie auch beim Wiederaufbau der angeschlagenen oder zerstörten illegalen Organisationen in Italien, Frankreich, Jugoslawien und selbst in Deutschland. Die Bedingungen und dementsprechend die Aufgaben waren verschieden. Mal wurde zum Partisanenkampf, zur Sabotage und zu Diversionen aufgerufen und ermuntert, mal empfahl man voreilige revolutionäre Aktivität zu bremsen.

Trotzdem war das Zusammenwirken in der Antihitlerkoalition alles andere als einfach. Die Parole Stalins und des EKKI „1942 soll das Jahr der Vernichtung des Hitlerfaschismus werden!“<sup>177</sup> blieb ein Leerschuss. Die vorher verabredete Eröffnung der „Zweiten Front“ in Westeuropa wurde auch noch im Frühjahr 1943 von England und den USA in Frage gestellt. Churchill und Roosevelt planten diese bei ihrer Zusammenkunft in Washington Mitte Mai ernsthaft zu besprechen. Doch inzwischen hatte sich das Verhältnis beider Verbündeten zur Sowjetunion bedeutend verschlechtert. Vor allem die Streitigkeiten in und um Polen, in der KPP und mit der polnischen Exilregierung in England führten im April zum Abbruch diplomatischer Beziehungen der Sowjetunion mit der polnischen Regierung Sikorski, zur direkter Konfrontation zwischen der „Armija Ludowa“ und der „Armija Krajowa“. Es folgte ein scharfer Briefwechsel zwischen Churchill und Stalin über die Verlegung nach England des in der Sowjetunion aufgestellten und bewaffneten polnischen Andersens-Corps. Auch erfahrene sowjetische Botschafter, wie Maksim Litvinov in Washington und Ivan Maiskij in London, wurden abberufen. War das eine Krise der Antihitlerkoalition?

Zu diesem Zeitpunkt wurde von deutscher Seite versucht, die Koalition zu sprengen. Es wurde nämlich aufgedeckt und in der NS-Presse erklärt, dass das vor drei Jahren begangene „Verbrechen von Katyn“ von sowjetischen Organen verübt worden war. Es ging um die Schuld für das tragische Schicksal von tausenden polnischen kriegsgefangenen Offizieren, Polizisten und Zivilisten in sowjetischen Lagern. Stalin war hierfür persönlich verantwortlich gewesen. Konnte dies seine Stellung bei den

<sup>176</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 494ff.

<sup>177</sup> Protokoll der Sitzung des EKKI-Sekretariats, 18.4.1942. In: Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*, S. 208.

Verbündeten bedeutend verschlechtern?<sup>178</sup> Später wurde dokumentarisch nachgewiesen, dass sie auf Beschluss des Politbüros vom 5. März 1940 im April, also lange vor dem deutschen Einmarsch, erschossen und ihre Leichen in Massengräbern verscharrt wurden.

## Das Ende der Komintern

Am 6. Mai 1943 benachrichtigte der US-Präsident Roosevelt Stalin über seine bevorstehende Konferenz mit Churchill. Der Brief traf zwei Tage später in Moskau ein und war es bloßer Zufall, dass genau am Spätabend dieses 8. Mai Dimitrov und Manuil'skij eilig in den Kreml bestellt wurden? Molotov teilte ihnen die nun feste Meinung Stalins mit, „daß die Komintern als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbstständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben“ geworden sei. Die Alliierten wurden dabei nicht erwähnt. Stattdessen wurde unverzüglich beschlossen, sofort ein Schriftstück über die Auflösung der Kommunistischen Internationale vorzubereiten.

Manuil'skij und der an Grippe erkrankte Dimitrov waren schon am 11. Mai mit dem Entwurf eines Beschlusses des EKKI-Präsidiums fertig und schickten diesen an Stalin und Molotov. Noch am selben Abend billigte ihn Stalin. Das Papier sollte, als Vorschlag des Präsidiums, allen Sektionen mitgeteilt und nur nach ihrem Einverständnis veröffentlicht werden. Dimitrov und Malenkov sollten genau eruieren, „welche Funktionen [der Komintern] in welcher Form weitergeführt werden“ sollten und dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.<sup>179</sup>

Stalin räsionierte: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass man kein internationales Führungszentrum für alle Staaten haben kann. Das ist zu Zeiten von Marx, zu Zeiten Lenins und auch in der Gegenwart deutlich geworden. Vielleicht muss man zu regionalen Vereinigungen übergehen.“<sup>180</sup> Trotzdem wurde beschlossen, dass auch nach der offiziellen Auflösung der Komintern ihre Tätigkeit, freilich in einem anderen Format, weitergeführt werden sollte. Am 13. Mai fand eine geschlossene Sitzung des EKKI-Präsidiums statt, an der auch zahlreiche Mitglieder und Kandidaten des EKKI sowie einige Vertreter verschiedener Parteien beteiligt waren. Noch vorher erhielt Dimitrov jedoch eine scheinbar labile Anweisung Stalins: „Überstürzen Sie in dieser Angelegenheit nichts. Stellen Sie den Entwurf zur Diskussion (...). Den Entwurf

---

**178** Wie es erst Jahrzehnte später dokumentarisch nachgewiesen wurde, waren diese auf Beschluss des Politbüros vom 5.3.1940 im April, also lange vor dem deutschen Einmarsch, erschossen und ihre Leichen in Massengräbern verscharrt worden. Vgl. dazu Gerhard Kaiser, Andrzej Leszek Szczesniak: *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren*. Berlin: Ch. Links 1991; Natal'ja S. Lebedeva: *Katyn'. Prestuplenie protiv čelovečestva*. Moskva 1994.

**179** RGASPI, Moskau, 495/73/174, 1; Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 688.

**180** Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 689.

vorerst nicht ins Ausland schicken (...). Nicht den Eindruck vermitteln, dass wir die führenden ausländischen Genossen einfach davonjagen wollen“.<sup>181</sup>

Nach dem Referat Dimitrovs wurde lange diskutiert. Die Redner, die die Idee der Auflösung ernst genommen hatten und die sich daraus ergebenden Vorzüge für die Einigung aller antifaschistischen Kräfte in den nationalen Fronten erkannten, stimmten zu. Matyas Rákosi sagte, es sei nicht leicht die Komintern aufzulösen, aber es sei der richtige Weg. Lenin hätte es auch nicht leicht gehabt. Maurice Thorez zeigte sich vollständig einverstanden: „Uns, den Kommunisten, ist es ja nicht gelungen die Sozialdemokratie zu zerschlagen, die Faschisten daran zu hindern, in einigen Ländern zur Macht zu gelangen, wie auch den Raubkrieg zu entfesseln. Die alte Form der internationalen Vereinigung der Arbeiter hat sich überlebt, ähnlich dem, wie es einmal der Marxschen Internationale erging, hat sie sich nicht gerechtfertigt. Die Entwicklung ging einen anderen Weg“.<sup>182</sup>

Wilhelm Pieck gab zu, dass er, von Dimitrov am Vortag informiert, zunächst Zweifel geäußert habe, ob es im Moment günstig sei, die Komintern aufzulösen. Deutschland würde offensichtlich den Krieg verlieren und ob es sich lohne, gerade in der Zeit innerer Aufrüttelungen die Komintern einfach zu liquidieren, sei fraglich, und ebenso, ob alle Kommunistischen Parteien bereits reif genug dafür seien, ihre Aufgaben selbstständig zu lösen. Er meinte deswegen, dass die deutsche Partei auch weiterhin einer ideellen Hilfe seitens der erfahrenen sowjetischen Freunde bedürfe. Der Bulgare Vasil Kolarov, eines der ältesten EKKI-Mitglieder, sprach sich für die Auflösung aus, da das EKKI „schon längst“ aufgehört habe, ein führendes Organ zu sein. Die Komintern wurde zum Zeitpunkt des revolutionären Sturmes geboren, doch die Hoffnungen auf eine schnelle Weltrevolution hätten getäuscht, die Entwicklung nahm einen anderen Weg und die Lage habe sich verändert. Mit der UdSSR existiere ein neuer Faktor von einer so riesigen Kraft, dass die Komintern daneben als Anachronismus erscheine. Für die Auflösung der Komintern sprachen sich ebenfalls Dolores Ibarruri, André Marty, Jan Šverma, Ana Pauker, Johann Koplenig, Walter Ulbricht u. v. a. aus.<sup>183</sup>

Auf der zweiten Sitzung des EKKI-Präsidiums am 17. Mai wurde der Entwurf nochmals Punkt für Punkt diskutiert; einige Korrekturen wurden angenommen, andere abgelehnt. In der Nacht zum 20. Mai behauptete Stalin in der Beratung mit den Mitgliedern des Politbüros zwar, dass mehrere Sektionen der Komintern während des Krieges bereits die Auflösung der Komintern vorgeschlagen hätten. Dies traf jedoch nicht zu, da, wie aufgezeigt, nur er allein im April 1941 den Versuch wagte, diese Karte auszuspielen.<sup>184</sup> Nun jedoch, zwei Jahre später, im Mai 1943, tat er einen weiteren Schritt, diesmal nicht zugunsten einer Anbiederung an Hitler, sondern im Gegenteil

<sup>181</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 690f.

<sup>182</sup> RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 78ff.

<sup>183</sup> RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 80ff.

<sup>184</sup> Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 65.

zur Festigung seines ernsthaft gefährdeten Bündnisses mit Churchill und Roosevelt, von dem die Eröffnung einer „Zweiten Front“ und somit die siegreiche Beendigung des Krieges abhing (Dok. 522, 523).

\* \* \*

Die weiteren Funktionen des ehemaligen EKKI-Apparats sowie seine Formen und Methoden wurden von Dimitrov im Gespräch mit Stalin und anderen sowjetischen Leitern am 12. Juni 1943 geregelt. Im ZK der VKP(b) wurde eine Abteilung „*Internationale Information*“ gegründet und ihr „die Führung der Antifakomitees, der illegalen nationalen Rundfunksendungen, Verbindungen mit dem Ausland, der Telegrafagentur und des Verlages für fremdsprachige Literatur“<sup>185</sup> anvertraut. An die Spitze der Organisation wurde Aleksander Šcerbakov gestellt, Dimitrov und Manuil'skij wurden zu seinen Stellvertretern ernannt. Bald darauf wurde Dimitrov jedoch als „Leiter der Auslandsabteilung des ZK der VKP(b)“ bestätigt. Fast die gesamte Struktur des ehemaligen EKKI war nun ihm unterstellt und als wissenschaftliche „Institute Nr. 99, 100, 205“ aufgebaut. Alle konspirativen Verbindungen mit Kommunistischen Parteien und anderen auswärtigen Organisationen blieben vollständig erhalten. Die wichtigsten Entscheidungen über international zentrale Probleme wurden, wie bereits vorher, von Dimitrov direkt mit Molotov oder auch mit Stalin abgesprochen.

Doch hatte diese Transformation bei weitem nicht nur formellen Charakter. Nach 25 Jahren bestanden nun keine nationalen Sektionen der Komintern mehr, die den Richtlinien und Anweisungen einer mehr oder weniger machtvollen Zentrale hätten folgen müssen. Die selbstständig gewordenen Kommunistischen Parteien konnten sich des Verdachts blinder Unterstellung unter den Willen eines fremden Staates erwehren, ihre eigene Politik im Großen und Kleinen souverän bestimmen und auch ihre Namen ändern, was jedoch nur wenige unmittelbar taten.

Je näher sich die Rote Armee bei ihrem Vormarsch durch Europa dem Deutschen Reich näherte, desto größere Aufmerksamkeit wurde wiederum der KPD zu teil, darunter auch der Tätigkeit der deutschen Parteischule in Moskau, des „Nationalkomitees „*Freies Deutschland*““ und des ihm angeschlossenen „Bundes deutscher Offiziere“. Ende November 1944 führte Dimitrov eine ausführliche Besprechung mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Anton Ackermann über die weitere Zusammenarbeit auf der Parteebene sowie die Nachkriegsordnung in Deutschland.<sup>186</sup> Vor allem wurden jedoch Fragen des bevorstehenden Einmarsches sowjetischer Truppen auf deutschem Boden beraten. Bevor die Antihitlerkoalition jedoch ihren Endsieg erreichen sollte, lagen noch fast zwei Jahre schwerster und opferreichster Endkämpfe vor Europa. Doch als Staatshymne der UdSSR wurde bereits seit Ende 1943 nicht mehr

<sup>185</sup> Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 708.

<sup>186</sup> Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 82.

die seit Jahrzehnten gewohnte „*Internationale*“, sondern „*Sojuz nerušimyj respublik svobodnych*“ [„*Die unzerbrechliche Union der freien Republiken*“] angestimmt.

## Nochmals zur Idee und Praxis

Nun möge sich der Leser daran erinnern, dass die Idee der *Weltrevolution* von ihrem Ursprung her nicht als unabhängiges Ziel der Zerstörung und des Umsturzes des Alten in den Staats- und Gesellschaftssystemen zugunsten des Neuen erdacht wurde. Im Schoße der internationalen Arbeiterbewegung galt sie – neben Reformen sowie örtlichen oder partiellen Veränderungen – als ein mögliches und berechtigtes Mittel zur Begründung einer *sozialistischen* (oder *kommunistischen*) anstelle der krisen- und kriegsgeschüttelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf dieser Welt – eben als radikales Mittel für den Notfall, dass alle übrigen Mittel dieser gewaltigen Aufgabe nicht genügen konnten.

Die Idee der Weltrevolution, die 70 Jahre älter war als die Komintern, ging jedoch nicht mit der für viele unerwarteten und eigentlich kläglichen Auflösung einer der größten internationalen Organisationen unter. Zwar verlagerte die kommunistische Bewegung selbst nach dem VII. Weltkongress der Komintern diese Idee auf die zweite Ebene, doch blieb ihr Kern insofern erhalten, als die Wiedergeburt einer „objektiven revolutionären Situation“ in verschiedenen Ländern, Regionen und eventuell auch im Weltraum erfolgen konnte. Nach dem Kriegsende 1945 wurde bekanntlich ein zweites, namentlich sozialistisches Weltsystem errichtet und die „Dritte Welt“ schien dem nachzufolgen. Trotz zahlreicher Erfolge scheiterte jedoch das Experiment, allerdings erst viele Jahrzehnte nach dem Niedergang der Komintern.

Ist die Idee auch heute tot oder aber bleibt sie immer noch aktuell? Zu dieser Frage möchte ich als Historiker noch kurz einige eigene Erwägungen ergänzen, damit das Geschichtsbild sich nicht völlig vor dem Fortschritt der Menschheit und des Individuums verschließt.<sup>187</sup> Der bekannte russisch-deutsche Denker, Widerstandskämpfer, Historiker und Publizist Lev Kopelev wandte sich, als er vor einigen Jahren an die Zukunft dachte, der „*russischen Idee des 3. Jahrtausends*“ zu. Der große Physiker und Menschenrechtler Andrej Sacharov formulierte in seinem geistigen Vermächtnis diese Idee als die letzte Hoffnung. Ihr Sinn bestehe, wie er meinte, kurzgefasst darin, dass die Menschheit vor ihrem Untergang heute nur noch durch eine wirkliche „*Dreieinigkeit von Wissenschaft, Politik und Moral*“ gerettet werden könnte.<sup>188</sup>

Eigentlich hatte Marx seine Zeitgenossen dazu aufgerufen, dafür einzutreten, die „einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatper-

<sup>187</sup> Siehe dazu Jakov S. Drabkin: *Revoljucija kak naučnaja problema*. In: *Germanija i Rossija v sud'be istorika*. Sbornik statej k 90-letiju J. S. Drabkina. Hrsg. v. Marija B. Korčagina u. Vadim L. Teličyn. Moskva: Sbornie 2008. S. 47–69.

<sup>188</sup> Lev Kopelev: *Buduščee uže načinaetsja*. Moskva: Dva veka 1993. S. 220f.

sonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen“.<sup>189</sup> Auch Dostoevskij wünschte sich, dass „die Wahrheit für einen Menschen auch Wahrheit für die gesamte Nation werden“ solle.<sup>190</sup> Kopelev stellte die Frage, ob es noch möglich sei, ein neues Verständnis in der Politik zu erreichen. Die Antwort, dass es heute weder siegreiche Kriege, noch gewalttätige Revolutionen geben könne, sei unbegründet. Im aufrüttelnden Schluss ging er einen Schritt weiter: „Möglicherweise besteht nur eine unwiderlegbare, obgleich schwankende Hoffnung: die schädlichen Kräfte werden durch die des gesunden Verstandes überflügelt – eben jenes elementaren Verstandes, der alle Lehren der Geschichte, unabhängig von Weltanschauungen, Religionen, Ideologien beinhaltet.“<sup>191</sup>

Es besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass gewaltfreie, unblutige, durchdachte und klug berechnete soziale Transformationen (man möge die tiefsten und umfassendsten von ihnen auch weiter *Revolutionen* nennen !) sicherlich über den zahlreichen zerstörerischen, spontanen Ausbrüchen in früheren Zeiten stehen. Allerdings bleiben dabei die „ewigen Fragen“ unbeantwortet: Wie lassen sich die Millionenmassen zu solchen Handlungen mobilisieren und heranführen? Wie lässt sich die wachgerüttelte und geballte elementare Energie in einem gewaltfreien Rahmen halten?

Denn auch im dritten Jahrtausend unserer Zeitrechnung bleibt in der Welt die *Gewalt* vorherrschend. Mehr noch: Der Terrorismus „von unten“ wie „von oben“ ist im Anwachsen begriffen. Und wie lässt er sich anders bändigen, als mit einer höchst organisierten Gegenwehr? Bis eine generelle Bedrohung des Friedens und selbst des Menschenlebens nicht überwunden ist, darf solange den Völkern und der Einzelperson der Gebrauch des allerheiligsten Rechts auf Selbstschutz, darunter auch auf revolutionäre Abwehr der Gewaltanwendung, genommen werden? In diesem Kontext sei der Leser nochmals daran erinnert, dass der Streit um *Gewaltanwendung* oder *gewaltfreie Handlungen* bereits sehr lange existiert und in seiner Dimension *international, global, ja planetarisch* ist. Vor etwa 100 Jahren führten ihn unter anderem die großen russischen Dichter und Denker Lev Tolstoj und Vladimir Korolenko, die sich dabei beide auf uralte Legenden, Parabeln und Erzählungen im Stile der Evangelisten beriefen.

Rosa Luxemburg, die weltbekannte Anhängerin der Revolution und der Demokratie, erinnerte sich in ihrer letzten, im Gefängnis verfassten Schrift, an eine von Korolenko erzählte Legende, die „Legende vom Florus“. Sie stammte aus der Zeit, als in Judäa die Römer herrschten und schloss mit den Worten: „Man löscht nicht Feuer

**189** Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, 28.9.1864. In: Werke. Hrsg. v. Karl Marx u. Friedrich Engels. Bd. XVI. Berlin: Dietz 1975. S. 5–13, hier: S. 13.

**190** Fedor M. Dostoevskij: Dnevnik pisatelja za 1877 god. Fevral' Glava vtoraja. Bd. IV: Metternichi i donkichoty. In: Ders.: Sobranie sočinenij. Vol. XXV. Leningrad: Nauka 1983. S. 47–51, hier: S. 50. Das Zitat ist nicht in der deutschen Ausgabe enthalten.

**191** Kopelev, *Budušćee uže načinaetsja*, S. 230f.

mit Feuer und trocknet nicht Wasser mit Wasser, doch den Stein zerschmettert man mit dem Stein, den Stahl wehrt man mit dem Stahl ab und Gewalt mit Gewalt. (...) Lass uns nie die Worte sprechen: Retten wir uns selber und überlassen wir die Schwachen ihrem Schicksal“. Und schließlich: „Verschwinden wird Gewalt und Unterdrückung, die Völker werden zum Fest der Verbrüderung zusammenströmen und nie mehr wird Menschenblut von Menschenhand vergossen werden.“<sup>192</sup>

Die Idee der *Weltrevolution* wird als Symbol und als ein gerechtfertigter Bestandteil der weitergehenden globalen Entwicklung sowie der neuen Transformationen der menschlichen Gesellschaft fort dauern. Goethe hatte seinerzeit als der „Weisheit letzten Schluss“ den dynamischen Sinn des Fortschritts auf den Punkt gebracht: „*Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss!*“<sup>193</sup> Chancen bieten sich nur den Gehenden und Suchenden, den Strebenden und Streitenden.

---

**192** Rosa Luxemburg: Einleitung. In: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Hrsg. v. Wladimir Korolenko. Aus dem Russischen übersetzt und mit einer Einleitung versehen von Rosa Luxemburg. In: Gesammelte Werke. Vol. IV. S. 302–331, hier: S. 328.

**193** Goethe: Faust II, Vers 11574ff.